

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Carsten Herrmann-Pillath

Kulturell geprägte Wirtschaftsdynamik  
und politischer Wandel in China

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

Politik und Ökonomie in der innerchinesischen Debatte  
über die Zukunft der VR China

Jutta Hebel/Günter Schucher

Sozialer Wandel in der Volksrepublik China

Paul A. von Hehn

Hongkong vor dem 1. Juli 1997

Leben und Überleben auf geborgte Zeit

B 51/93

17. Dezember 1993

Carsten Herrmann-Pillath, Dr. rer. pol., Dipl.-Vw., M. A., geb. 1959; Studium der Volkswirtschaftslehre, Sinologie, Romanistik, Mandschuristik, Sprachwissenschaft und des Russischen an der Universität zu Köln; Professor für Ostasienwirtschaft mit dem Schwerpunkt China an der Universität-GH-Duisburg; seit 1990 gemeinsam mit Professor Helmut Martin, Bochum, Leiter des von der Volkswagen-Stiftung geförderten „Europäischen Projektes zur Modernisierung in China: Kultureller und wirtschaftlicher Wandel in der Gegenwart“; 1993 Research Associate des Centre for Asian Studies, Hongkong, und Visiting Professor der Keio-Universität, Tokyo.

Veröffentlichungen u. a.: China – Kultur und Wirtschaftsordnung. Eine system- und evolutionstheoretische Analyse, Stuttgart–New York 1990; Der Vergleich von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen: Wissenschaftstheoretische und methodologische Überlegungen zur Zukunft eines ordnungstheoretischen Forschungsprogrammes, in: ORDO 42 (1991); Institutioneller Wandel, Macht und Inflation in China: Ordnungstheoretische Analysen zur Politischen Ökonomie eines Transformationsprozesses, Baden-Baden 1991; The Brain, Its Sensory Order and the Evolutionary Concept of Mind: On Hayek's Contribution to Evolutionary Epistemology, in: Journal of Social and Evolutionary Systems 15 (1992).

Susanne Weigelin-Schwiedrzik, Dr., M. A., geb. 1955; Studium der Sinologie, Japanologie und politischen Wissenschaften in Bonn, Peking und Bochum, seit 1989 Ordinaria für Moderne Sinologie an der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a. zur Parteigeschichtsschreibung in der VR China (Dissertation, Wiesbaden 1984), der Methodologie von Historiographie in der VR China (Habilitation, Bochum 1989) sowie in Literatur, Politik und Ideengeschichte im China des 20. Jahrhunderts.

Jutta Hebel, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Soziologie, Psychologie und Philosophie in Frankfurt am Main, Paris und Göttingen; Akad. Oberrätin an der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Der Betrieb als kleine Gesellschaft. Die Bedeutung des chinesischen Betriebstyps für den Prozeß der Reform des Arbeitssystems, in: Soziale Welt, (1990) 2; (zus. mit Günter Schucher) Zwischen Arbeitsplan und Arbeitsmarkt. Strukturen des Arbeitssystems in der VR China, Hamburg 1992; (zus. mit Günter Schucher) Die Reform der „Drei Eisernen“: Strukturwandel im chinesischen Arbeitssystem, Köln 1992.

Günter Schucher, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Sinologie und Geschichtswissenschaften in Hamburg und Tianjin/VR China; Referent für Asien und Südpazifik in der Übersee-Dokumentation des Deutschen Übersee-Instituts; Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V.

Veröffentlichungen u. a.: Überschüssig – aussortiert – arbeitslos? Zur Reform der Arbeitsorganisation in der VR China, in: Internationales Asienforum, (1989) 3/4; (zus. mit Jutta Hebel) Kommentiertes Deutsch-Chinesisches Fachglossar zu Arbeit und Beschäftigung. Mit einem chinesischen Index, Wiesbaden 1990; (zus. mit Monika Schädler) Unemployment and provisions for unemployment in a phase of transition: the Chinese case, in: R. Krieg/M. Schädler (Hrsg.), Social Security in the PRC, Hamburg (i. E.).

Paul A. von Hehn, Rechtsanwalt, geb. 1950; Partner der internationalen Anwaltsfirma Wilmer, Cutler & Pickering (Washington, London, Brüssel, Berlin); Jurastudium in Tübingen, Columbia Law School (LL.M.), East-Asian University (Dipl. in chinesischem Recht); u. a. vier Jahre Tätigkeit in Hongkong für Investment-Fragen in China und Südostasien.

Verschiedene Veröffentlichungen zum Geschäft mit China und Hongkong.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke hergestellt werden.

## Kulturell geprägte Wirtschaftsdynamik und politischer Wandel in China

### I. Kein Staat, sondern ein politisch komplexer Kulturraum: China und seine Wirtschaft

Wer die Zahlen zum Außenhandel und Kapitalverkehr der Volksrepublik China studiert, wird rasch feststellen, daß Chinas Politik seit 1978 im wesentlichen auf eine Öffnung gegenüber den wirtschaftlichen Aktivitäten der Chinesen außerhalb der politischen Grenzen des Landes zielte<sup>1</sup> – unter anderem deshalb, weil die Führung der KP Chinas die Außenwirtschaftspolitik immer als Bestandteil einer langfristigen Strategie der nationalen Wiedervereinigung betrachtete<sup>2</sup>. Die Integration der grenzüberschreitenden chinesischen Wirtschaft

Der folgende Beitrag ist ein Forschungsergebnis des „Europäischen Projektes zur Modernisierung in China: Kultureller und wirtschaftlicher Wandel in der Gegenwart“, das von der Volkswagen-Stiftung finanziert und in Kooperation zwischen den Universitäten Bochum (Prof. Helmut Martin) und Duisburg (Prof. Carsten Herrmann-Pillath) (vormals Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln) organisiert wird. Der Autor ist den Mitarbeitern des Projektes zu Dank verpflichtet, insbesondere Herrn Sun Chi-pen, der keine Mühe bei der Beschaffung taiwanesischer Quellen scheute. Wichtige Beiträge lieferten Frau Zhu Qiuxia und Herr Yue Bing. Eine entscheidende Anregung kam von Christoph Müller-Hofstede, Ost-West-Kolleg, Köln. Ich danke außerdem der „Japan Society for the Promotion of Science“, die meine Arbeit mit der Verleihung einer Fellowship an der Keio-Universität in Tokyo unterstützte und mir auf diese Weise den Zugang zur japanischen Sicht der im folgenden zu diskutierenden Phänomene eröffnete.

1 Nach einer Angabe in Liaowang vom 29.3. 1993, S. 10, stammten beispielsweise bis Ende 1992 90,31 Prozent aller realisierten ausländischen Direktinvestitionen in China aus Hongkong, Macao und Taiwan. Diese Zahl weicht zwar von den offiziellen Zahlen ab, könnte aber durchaus der Wirklichkeit nahekommen, denn die taiwanesischen Investitionen auf dem Festland dürften um das Dreifache umfangreicher sein, als die offizielle Statistik erkennen läßt. Vgl. Liang an jing mao tongxun, (1993) 1, S. 4. Viele Investitionen aus westlichen Industrieländern werden außerdem unter wesentlicher Beteiligung chinesischer Mitarbeiter und Unternehmen organisiert. (Karte der VR China und Zahlenmaterial siehe Anhang des Heftes.)

2 Westliche Darstellungen der chinesischen Öffnungspolitik übersehen diesen Aspekt häufig, während er in Asien gleich stark betont wird wie der wirtschaftspolitische. Vgl. Maruyama Nobuo, Kanan keizai-ken, Tōkyō 1992, S. 373.

beschleunigt sich mit der De-facto-Annäherung zwischen Taipei und Beijing rasant. Zwischen den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen Hongkongs und Südchinas findet eine Verschmelzung statt, die einerseits die britische Kronkolonie bereits in die Volksrepublik einverleibt, andererseits aber den Einfluß Hongkongs und seiner wirtschaftlichen Eliten tagtäglich wachsen läßt<sup>3</sup>. Obgleich in diesem „Greater China“ – eng verstanden als das Dreieck Volksrepublik China–Taiwan–Hongkong – kein formales Abkommen zur Handelsliberalisierung existiert, wies und weist keine formal etablierte Freihandelszone oder kein Gemeinsamer Markt in der Weltwirtschaft ein vergleichbar hohes Wachstum des intraregionalen Handels auf<sup>4</sup>.

Dies sind nur einige Aspekte der Entstehung des Phänomens „Greater China“. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sind nach wie vor nicht ausreichend geistig darauf vorbereitet, ihm angemessen Rechnung zu tragen: Fast scheint es, daß die lange Jahrzehnte vorherrschende „Ein-China-Politik“ der meisten weltpolitischen Akteure auch die Brille der Beobachter getrübt hat<sup>5</sup>. So gibt es bei-

3 Siehe auch den Beitrag von Paul A. von Hehn in diesem Heft.

4 Vgl. Randall Jones/Robert King/Michael Klein, The Chinese Economic Area: Economic Integration Without a Free Trade Arrangement, OECD Economics Department Working Papers No. 124, Paris 1992. Ich danke Herrn Professor Willy Kraus für den Hinweis auf diesen Beitrag.

5 Freilich gilt dies nicht für Ostasien selbst. Die Idee von einem „Greater China“ wurde von wissenschaftlicher Seite bereits zu Beginn der achtziger Jahre von Ökonomen in Taiwan und Hongkong propagiert, wie etwa Edward K. Y. Chen vom Centre of Asian Studies der University of Hong Kong. Zum Überblick siehe Charng Kao (Gao Zhang), A „Greater China Economic Sphere“: Reality and Prospects, in: Issues & Studies, November 1992, S. 49–64. Heute ist einer der führenden Vertreter des Konzeptes der Taiwanese Charles H. C. Kao (Gao Xijun), vgl. u. a. den Beitrag Da bianju, da shishi, da geju – tantao „jingji Zhongguo“ qianjing, in: Jingji qianzhan, (1992) 28, S. 10–19. Diese Visionen und die tatsächlichen Entwicklungen in China werden seit längerem in anderen Ländern Ostasiens intensiv beobachtet, allen voran natürlich in Japan. Es gibt in Japan inzwischen eine Flut von Publikationen, die sich mit der zukünftigen Rolle der Chinesen in der Weltwirtschaft befassen. Das „Institute of Developing Economies“ etwa hat unter der Leitung von Maruyama Nobuo eine eigene Reihe „Ajia no keizai ken sirizu“ (Wirtschaftskreise Asiens) herausgegeben, die sich vor allem auf China konzentriert, die japanische Außenhandelsorganisa-

spielsweise in der Zunft der Chinaforscher eine stillschweigende Arbeitsteilung zwischen „Taiwanesen“ und „Festländern“, d. h., wer sich mit dem Festland befaßt, verfolgt die Entwicklung in Taiwan als Nebenschauplatz und umgekehrt. Häufig überlagerte sich diese Arbeitsteilung auch mit politischen und weltanschaulichen Bindungen im eigenen Land. „China“ wird selbst von den meisten Chinakundlern implizit mit der „Volksrepublik China“ gleichgesetzt.

Eine solche Gleichsetzung muß heute als gravierendes Vor- und Fehlurteil betrachtet werden, das Folgen für sämtliche Facetten des westlichen Chinabildes hat. Gerade die wirtschaftliche Dynamik der Integration von ehemals „peripheren“ und „zentralen“ Regionen Chinas zeigt, daß wir unter „China“ den grenzüberschreitenden chinesischen Kulturraum begreifen müssen: Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse in diesem Raum sind ein komplexes, dynamisches System aus seinen politisch und historisch mehr oder weniger zufällig abgegrenzten Komponenten. Zwar haben geschichtliche Veränderungen seit dem 19. Jahrhundert zur Entfaltung eigenständiger formaler Herrschaftsinstitutionen in Teilregionen der chinesischen Peripherie geführt, die nun auch den politischen Aspekt der chinesischen Integration prägen, doch realisierten sie sich innerhalb eines gemeinsamen kulturellen Substrates<sup>6</sup>. Diese zunächst abstrakt gekennzeichnete weltgeschichtliche Konstellation hat viele konkrete Konsequenzen.

So ist bei einer Analyse des gegenwärtigen und einer Prognose des zukünftigen politischen Wandels in China zu berücksichtigen, daß im „Grundgesetz“ für die zukünftige Sonderverwaltungszone *Hongkong* deren rechtliche Selbständigkeit veran-

kert ist<sup>7</sup>. Hongkongs wirtschaftliche Entwicklung baute aber wesentlich auf der Tatsache auf, daß es als Kronkolonie Teil eines seinerseits kulturell geprägten Rechtsraumes war, nämlich des angelsächsischen Common Law. Die Rechtspraxis des Common Law realisierte sich im Medium der englischen Sprache, deren Verwendung für die chinesischen Eliten Hongkongs selbstverständlich werden mußte. Zukünftig soll das Common Law weiter herrschen – Sprache des Rechts muß nun aber auch das Chinesische sein. Es ist jetzt noch nicht absehbar, welche langfristigen Folgen sich daraus ergeben werden. Mit einiger Sicherheit läßt sich aber zweierlei sagen: Falls die Sinisierung des Common Law scheitert, ist auch die weitere wirtschaftliche Dynamik Hongkongs und damit Südchinas gefährdet – gegen ein solches Scheitern wirkt allerdings die Tatsache, daß Hongkongs chinesische Eliten in einem langen Prozeß kultureller Assimilation and Akkommodation selbst Träger dieser Tradition geworden sind<sup>8</sup>.

Ähnlich bedeutungsvoll, aber ebenfalls kaum antizipierbar sind die Folgen des Tatbestandes, daß in *Taiwan* die erste demokratisch verfaßte chinesische Gesellschaft entstanden ist. Der Konflikt zwischen der Republik und der Volksrepublik China, der die Konstellation des Bürgerkrieges der zwanziger bis vierziger Jahre unseres Jahrhunderts fortschrieb, war bis in die achtziger Jahre hinein vor allem ein Konflikt zwischen den regierenden Parteien. Heute ist er ein Konflikt zwischen alternativen Formen politischer Herrschaft, der in Taiwan zunehmend zur Ausbildung einer eigenständigen taiwanesischen Identität beiträgt<sup>9</sup>. Der politische Wandel in der Volksrepublik dürfte zukünftig wesentlich durch diesen historischen Tatbestand geprägt werden. Denn das taiwanesisches Volk wird keiner politischen Gestaltung der chinesischen Einheit zustimmen, die es hinter das Erreichte zurückwirft und die Wahrung eigener Interessen gefährdet. Das bedeutet aber, daß selbst eine – zur Zeit wohl weit entfernte – umfassende Demokratisierung der Volksrepublik keine hinreichende Bedingung für die chinesische Wiedervereinigung wäre, solange nicht im Rahmen eines föderalistischen Systems die jahrtausendealte Herrschaftstra-

tion JETRO hat im Oktober 1992 eine ausführliche Studie zu den Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland ediert (Ryō gan keizai kōryū to Taiwan), oder das Nomura Research Institute in Hongkong publizierte im August 1992 eine an ein breiteres Publikum gerichtete Studie zur Dominanz der Chinesen in der Wirtschaft Asiens, *Hong Kong to ka jin keizai ken* (Hongkong und der Wirtschaftskreis der Chinesen). Das Interesse am wirtschaftlichen Einfluß der Chinesen reicht bis zu journalistischen Untersuchungen der New Yorker Chinatown und ihrer internationalen Beziehungen, siehe Morita Yasuro, *Chika keizai no atarashii shihaisha*, Tōkyō 1991 (Die neuen Herrscher der Untergrundwirtschaft). Im Vergleich hierzu ist der Informationsfluß in Europa spärlich.

<sup>6</sup> Freilich ist zu beachten, daß „Frontier“-Gesellschaften wie Taiwan erst sehr spät dem aktiven politischen Prozeß der Konfuzianisierung unterworfen wurden und daher durchaus kulturelle Variabilität existierte, siehe Chen Kongli, *Qing dai Taiwan shehui fazhan de moshi wenti – ping „tu shu hua“ he „nei di hua“ de zhenglun*, in: Edward K. Y. Chen/Jack F. Williams/Joseph Wong (Hrsg.), *Taiwan – Economy, Society and History*, Hong Kong 1991, S. 357–373.

<sup>7</sup> Vgl. zum folgenden *Far Eastern Economic Review* vom 8.7. 1993, S. 18. Siehe auch den Beitrag von Paul A. von Hehn in diesem Heft.

<sup>8</sup> Zu Kontinuität und Wandel der chinesischen Kulturtradition in Hongkong vgl. Lau Siu-kai/Kuan Hsin-chi, *The Ethos of the Hong Kong Chinese*, Hong Kong 1988.

<sup>9</sup> Vgl. Hermann Halbeisen, *Politische Reformen in Taiwan*, Arbeitspapiere zur Politik Ostasiens (SPO-wp-1/92), Fakultät für Ostasienwissenschaften, Ruhr-Universität Bochum.

dition des unitarischen Zentralstaates gebrochen würde<sup>10</sup>. Nur die Begrenzung der Macht des wie auch immer politisch legitimierten Zentralstaates könnte die berechtigten Interessen der taiwanesischen Bevölkerung schützen<sup>11</sup>.

Damit wird auch deutlich, daß der Wandel Chinas in der Gegenwart eng mit dem säkularen Prozeß der Regionalisierung der politischen Organisation des unitarischen Staates zusammenhängt. Dieser im 19. Jahrhundert angestoßene Prozeß war lange Zeit von militärischen Konflikten geprägt und schien durch die Errichtung des kommunistischen Herrschaftssystems nicht nur gebremst, sondern zurückgenommen<sup>12</sup>. Zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der Ära Deng Xiaoping gehört jedoch, daß sich innerhalb der scheinbar rigiden Strukturen des Einparteiensystems eine komplexe, konsensuale Herrschaftsform ausbildet, in der die Gebietskörperschaften der verschiedenen Ebenen (Städte, Kreise, Provinzen, Zentralregierung) zunehmend verschiedene Interessenlagen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches gegenüber den übergeordneten Instanzen repräsentieren. Damit findet erstmals eine friedliche Regionalisierung des Herrschaftssystems auf dem chinesischen Festland statt, die gerade durch die wachsende Bedeutung der früheren Peripherie abgestützt und stabilisiert wird<sup>13</sup>.

Bei diesen komplexen politischen Veränderungen ist die chinesische Kultur das Medium wirtschaftlicher Integration. Die wirtschaftliche Integration trägt aber stetig auch zum politischen Wandel bei, beispielsweise, indem der wachsende direkte und indirekte Einfluß von Auslandschinesen auch in den staatswirtschaftlichen Strukturen die De-facto-

Privatisierung der Staatsunternehmen beschleunigt und damit ein tragendes Element soziopolitischer Dominanz im „Danwei-Sozialismus“ untergräbt, die sich auf die Verschmelzung von politischer Verteilung von Lebenschancen, informeller sozialer Kontrolle und der individuellen Lebenswelt in der „Arbeitseinheit“ („Danwei“) stützt<sup>14</sup>.

Allein diese wenigen Beobachtungen dürften ausreichend belegen, daß das bisherige westliche Chinabild einer gründlichen Revision bedarf und daß der Westen China vornehmlich als politisch komplexen und wirtschaftlich integrierten Kulturraum begreifen sollte. Daß diese Verschiebung von Perspektiven bislang nur zögernd geschieht, hat freilich auch methodische Gründe.

---

## II. Ein methodologischer Exkurs: Welche theoretischen Konzepte eröffnen den Zugang zu China?

---

Westliche Augen sind daran gewöhnt, die gesellschaftliche Wirklichkeit gemäß der wahrnehmbaren formalen Institutionen – etwa schriftlich fixierten Statuten und Gesetzen – perzeptiv zu strukturieren. So betrachtet die Wirtschaftswissenschaft die wirtschaftliche Integration politisch selbständiger Regionen als eine mögliche Abfolge gesetzlicher und konstitutioneller Schritte, die zunehmend die institutionellen Barrieren gegen den freien Strom von Gütern, Kapital und Menschen zwischen diesen Gebieten abbauen; ist Integration ein Ziel der Wirtschaftspolitik, verlangt sie entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen. Die europäische Integration ist ein Musterfall für solche Prozesse und deren Wahrnehmung durch die Beteiligten. Entsprechend schwierig ist der Umgang mit der chinesischen Integration, bei der sich der wirtschaftliche Wandel zunehmend von formalen politischen Institutionen abkoppelt<sup>15</sup>. So zieht der politische Antagonismus zwischen der Republik und der Volksrepublik China eine Fülle formaler Handelshemmnisse nach sich, wie etwa die künstliche Erhöhung der Transportkosten durch das Verbot direkter Handelsbeziehungen; taiwanische Investoren sind außerdem nicht durch ein

10 Siehe vor allem Karl Büniger, *Concluding Remarks on Two Aspects of the Chinese Unitary State As Compared with the European State System*, in: Stuart Schram (Hrsg.), *Foundations and Limits of State Power in China*, Hong Kong-London 1987.

11 Wie Wu Xinxing, *Dalu zhengce yu liang an guanxi – jian lun minjian jiaoliu de yi*, in: *Minzhu jijinhui* (Hrsg.), *Liang an jingmao guanxi zhi qiantao yu zhanwang*, Taibei 1992, S. 143–154, hier S. 144, betont, wären taiwanische Vertreter selbst innerhalb eines demokratisch gewählten, gesamtchinesischen Volkskongresses eine verschwindende Minderheit. Zu den verschiedenen institutionellen Alternativen für eine mögliche Wiedervereinigung vgl. Liao Kuang-sheng, *China's State Structure and National Reunification*, in: Kuan Hsin-chi/Maurice Brousseau (Hrsg.), *China Review* 1990, Hong Kong 1991.

12 Vgl. J. K. Fairbank, *The Reunification of China*, in: *The Cambridge History of China*, Vol. 14/1, Cambridge 1987, S. 1–50.

13 David Goodman spricht daher von „creative tension“ im Verhältnis zwischen Provinzen und Zentralregierung, vgl. David Goodman, *Provinces Confronting the State?*, in: Kuan Hsin-chi/M. Brousseau (Hrsg.), *China Review* 1991, Hong Kong 1992.

14 Beispielsweise sind vermutlich rund 50 Prozent der ausländischen Anlegern zugänglichen B-shares staatlicher Aktiengesellschaften der VR China im Besitz von Taiwanern, siehe Gao Konglian, *Liang an jingmao yu zhanwang*, Taibei 1993, S. 19. Zum „Danwei-Sozialismus“ siehe auch den Beitrag von Günter Schucher und Jutta Hebel in diesem Heft.

15 Vgl. Philippe Régnier/Niu Yuanming/Zhang Ruijun, *Toward a Regional „Block“ in East Asia: Implications for Europe*, in: *Issues & Studies*, (1993) 3, S. 15–34.

Investitionsabkommen geschützt, da ein solches Abkommen Fragen der Anerkennung der autonomen Staatlichkeit Taiwans aufwirft und sie auf festländischem Boden eigentlich rechtlich als Inländer betrachtet werden – wie alle „*tong bao*“, „Landsleute“<sup>16</sup>. Und dennoch expandieren die Handelsbeziehungen und Kapitalströme zwischen beiden Regionen mit atemberaubender Geschwindigkeit.

Grundlage dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß in der chinesischen Kultur formale Institutionen nicht die primären strukturellen Determinanten gesellschaftlicher Wirklichkeit und ihrer Wahrnehmung sind. Formale Institutionen sind im Gegenteil häufig Gegenstand symbolischer Manipulation im Dienste politischer und wirtschaftlicher Interessen und können eine gänzlich andere Bedeutung erhalten, als ihre formale Definition vorzugeben scheint. Von wesentlich strukturbestimmender Kraft sind hingegen informelle Netzwerke zwischen Individuen, die im Austausch von Gütern und Diensten im weiten Sinne ihre wechselseitigen Interessen verfolgen – in China selbst als „*guanxi*“ bezeichnet, im Westen häufig allzu einfach als „Beziehungen“ wörtlich übersetzt und damit auch mißverstanden<sup>17</sup>. Es handelt sich um langfristige Vertrauensverhältnisse, die je nach Tiefe der persönlichen Beziehungen durch länger- oder kurzfristiger orientierte Reziprozität ständig erneuert werden müssen und die gerade deshalb eine beträchtliche Flexibilität aufweisen, weil sie nicht durch formale Institutionen wie etwa rechtsverbindliche Verträge festgeschrieben sind. Derartige Netzwerke durchdringen und überlagern formale Institutionen wie etwa politische Organisationen oder wirtschaftliche Rechtspersonen bis zu einem Grad, daß die formale Struktur handlungspraktisch bedeutungslos wird. Auf der anderen Seite schaffen die Individuen innerhalb bestimmter Netzwerke häufig auch Organisationen, die der gemeinsamen Verfolgung bestimmter Interessen dienen; Netzwerke werden als objektiver sozialer Tatbestand reflektiert und observiert<sup>18</sup>.

16 Vgl. Guo Anmin, *Tai shang zai da lu touzi mianlin zhi kunjing*, in: *Zhong gong yanjiu*, (1992) 9, S. 33–41.

17 Ausführlicher mit Literaturhinweisen vgl. Carsten Herrmann-Pillath, *China – Kultur und Wirtschaftsordnung. Eine system- und evolutionstheoretische Analyse*, Stuttgart–New York 1990, S. 131–188. Vgl. u. a. auch Bettina Gransow, *Die Gabe und die Korruption. Form- und Funktionswandel des Tausches in China*, in: *Internationales Asienforum*, (1991) 22, S. 343–360.

18 So haben sich in Taiwan die sogenannten „*guanxi qiye*“ entwickelt, Unternehmensgruppen, die sich durch die Loyalitäts- und häufig Verwandtschaftsbeziehungen zwischen den Eigentümern der Unternehmen und einem Patron des leitenden Unternehmens formierten. Diese Unternehmensgruppen operieren eigentlich als eine Art Konzern, sind aber

Nun sind Netzwerke keinesfalls ein ausschließlich chinesisches Phänomen. Bemerkenswert ist aber, daß sie erst neuerdings Gegenstand wissenschaftlicher Forschung werden und etwa in der Wirtschaftswissenschaft bei der Analyse von Innovationsprozessen entdeckt worden sind. Eine bahnbrechende OECD-Studie spricht sogar von einem „dritten Transaktionsregime“ zwischen Markt und Hierarchie, das durchaus auch im Westen aufzufinden und offenbar in bestimmten Bereichen höchst leistungsfähig ist, wie etwa bei der Koordination arbeitsteiliger Wissensproduktion (Netzwerke zwischen Wissenschaftlern an Universitäten und Technikern in Unternehmen) oder der Integration kleiner und mittelständischer Betriebe in bestimmte Absatzorganisationen und Markenproduktionen marktführender Unternehmen<sup>19</sup>.

Netzwerke waren und sind jedoch nur selten Gegenstand wissenschaftlicher Analyse oder aktiver formaler Gestaltung gewesen, weil wirtschaftliche Aktivitäten stets dichotomisch analysiert wurden, nämlich entweder als Markttransaktionen unter einem bestimmten Regime formaler Institutionen wie dem Vertragsrecht oder als hierarchisch regulierte Prozesse innerhalb einer formalen Unternehmensorganisation. Netzwerke wurden als „persönliche Beziehungen“ und damit als irreguläres, zufallsbedingtes und von persönlichen Lebensläufen abhängiges Phänomen aus der wissenschaftlichen Analyse weitgehend ausgeblendet<sup>20</sup>. Tatsächlich aber könnten sie mit der OECD-Studie als ein drittes Transaktionsregime bezeichnet werden, das sich auszeichnet durch

– Komplementarität der Fähigkeiten der Beteiligten,

nicht wie im Westen als ein solcher formal konstituiert, stellen also keine rechtliche Entität dar und besitzen entsprechend auch keine klaren Abgrenzungen gegeneinander. Sie werden aber gesellschaftlich in einem Maße als soziale Tatbestände wahrgenommen, daß es sogar ein Jahrbuch über diese Unternehmen gibt. Ausführlich siehe Ichiro Numazaki, *The Role of Personal Networks in the Making of Taiwan's Guanxiqiye (Related Enterprises)*, in: Gary Hamilton (Hrsg.), *Business Networks and Economic Development in East and Southeast Asia*, Hong Kong 1991, S. 77–93.

19 Vgl. OECD, *Technology and the Economy, The Key Relationships*, Paris 1992, hier besonders S. 67–88.

20 Entdeckt werden sie freilich in der jüngeren Zeit auch als informelle Strukturen, die nach dem Zerfall der formalen Institutionen des Sozialismus hervorbrechen, vgl. etwa Lutz Marz, *Dispositionskosten des Transformationsprozesses*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24/92, S. 3–14. Sie werden dann freilich im wesentlichen als ein Ausgleich für die Dysfunktionalität der realsozialistischen Institutionen verstanden. Es ist hier leider kein Raum verfügbar, die Frage zu diskutieren, ob dies auch in China der Fall ist. In jedem Fall zeigt die Bedeutung von Netzwerken in allen chinesischen Gesellschaften, daß ein einfacher Bezug auf den Realsozialismus nicht möglich ist.

- persönliche Beziehungen als Kommunikationskanäle, in denen Reziprozität und Reputation einen hohen Stellenwert besitzen,
- ausgeprägte Flexibilität nach innen und außen,
- hohe Selbstbindung der Beteiligten an Netzwerkverpflichtungen,
- Betonung von gegenseitigem Nutzen auf der Grundlage interdependenter Beziehungen (im Gegensatz zu marktlicher Unabhängigkeit der Akteure einerseits und ihrer hierarchischen Bindung in Unternehmen andererseits).

Die aufgeführten Merkmale ließen sich direkt auf die chinesischen Netzwerke – die „*guanxi*“ – übertragen. Die Erforschung dieser Netzwerke ist ebenfalls noch nicht weit gediehen. Bezeichnenderweise haben sich auch in diesem Bereich bislang zwei unterschiedliche Forschungsansätze nebeneinander entwickelt, die sich jeweils mit der Volksrepublik und den Chinesen außerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereiches befassen. Netzwerke finden auf der einen Seite viel Aufmerksamkeit in der politischen Kulturforschung, die seit längerem versucht, die politische Dynamik und insbesondere den faktionalistischen Konflikt in der Kommunistischen Partei Chinas durch bestimmte kulturell tradierte Verhaltensmuster zu erklären<sup>21</sup>. Netzwerke haben andererseits in den letzten Jahren einen paradigmatischen Status innerhalb der Erforschung der auslandschinesischen Wirtschaftskultur erhalten. Inzwischen werden nicht mehr Familienunternehmen, sondern Netzwerke von Familienunternehmen als eigentliche Grundeinheit chinesischen Wirtschaftsverhaltens betrachtet<sup>22</sup>.

Beide Ansätze stehen noch unverbunden nebeneinander. Gerade die Dynamik der chinesischen Integration zeigt aber, daß beide Netzwerktypen in der Praxis längst miteinander buchstäblich vernetzt worden sind, denn die wechselseitige, informelle Durchdringung lokaler und nationaler politischer Eliten mit der neu entstehenden Unternehmerschicht des Festlandes und den etablierten Unternehmern jenseits der Grenzen ist eine treibende Kraft des Übergangs zur Marktwirtschaft. Insofern müssen Netzwerke einen paradigmatischen Status bei der wissenschaftlichen und politischen Aus-

einandersetzung mit China erhalten. Netzwerke organisieren beispielsweise den eigentlichen Transfer der Macht von der Hongkonger Kolonialverwaltung zur Kommunistischen Partei, und diese Netzwerke schaffen sich längst schon repräsentative Organisationen, etwa in Gestalt von Unternehmenskooperationen zwischen Institutionen der Volksrepublik und Hongkonger „Tycoons“, also mächtigen Geschäftsleuten der Kolonie<sup>23</sup>. Wie Netzwerke den wirtschaftlichen Integrationsprozeß in China prägen oder wie sie im ländlichen Raum den Wandel von Eigentumsrechten bestimmen, soll im dritten Abschnitt gezeigt werden.

Für die China-Forschung stellt das Netzwerk-Paradigma einen Ausweg aus der gegenwärtigen „paradigmatischen Krise“ dar, die in der jüngeren Wirtschafts- und Sozialgeschichte ebenso aufgebrochen ist wie in der Auseinandersetzung mit der Ära Deng, also genau in jenen Bereichen, die sich mit dem Phänomen der „Modernisierung“ im chinesischen Kontext auseinandersetzen<sup>24</sup>. Nachdem die vergleichsweise einfachen politischen Strukturen der Ära Mao Zedong es erlaubten, Modelle und Typologisierungen der chinesischen Realität zu entwickeln, ist gegenwärtig eine große Unsicherheit in der Anwendung allgemeiner Kategorien auszumachen: etwa bei der schlichten Frage, welche Wirtschaftsordnung China eigentlich aufweist. Entsprechend ist auch eine Scheu vor theoretischer Aufarbeitung zu verzeichnen und eine Neigung, empirische Fragestellungen in den Vordergrund zu rücken<sup>25</sup>. Daß in dieser Hinsicht das Netzwerk-Konzept einen leistungsfähigen analytischen Rahmen darstellen könnte, wird auch durch die bemerkenswerte Tatsache belegt, daß in einem jüngst fertiggestellten Gutachten für die taiwanesischen Regierung „Netzwerke“ explizit als institutionelles Medium für die Entfaltung einer wirtschaftlichen Arbeitsteilung zwischen taiwanesischen und festländischen Unternehmen identifiziert wurden<sup>26</sup>.

23 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 27. Mai 1993, S. 62 ff., über die „New China Hong Kong Group Limited“.

24 Besonders deutlich bei Philipp C. C. Huang, The Paradigmatic Crisis in Chinese Studies. Paradoxes in Social and Economic History, in: Modern China, (1991) 17, S. 229–341, und Kenneth G. Lieberthal/David M. Lampton (Hrsg.), Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China, Berkeley–Los Angeles–London 1992; siehe auch den Beitrag von Susanne Weigelin-Schwiedrzik in diesem Heft.

25 Diese internationale Tendenz verzeichnet auch einer der führenden japanischen China-Watcher, Kokubun Ryosei, Chūgoku seiji to minshuka, Tōkyō 1992, S. 27.

26 Vgl. Lin Yingfeng u. a., Jianli liang an zhongxin weixing fengong guanxi zhi yanjiu, Xingzheng yuan da lu weiyuanhui weituo yanjiu, Taipei 1993, S. 1.31 ff.

21 Ein führender Vertreter ist Lucian Pye, The Mandarin and the Cadre: China's Political Cultures, Ann Arbor 1988.

22 Vgl. Gary Hamilton, The Organizational Foundations of Western and Chinese Commerce: A Historical and Comparative Analysis, in: ders. (Hrsg.) (Anm. 18), S. 48–64. Hamilton spricht an anderer Stelle ausdrücklich von einem „*guanxi capitalism*“.

Netzwerke werden somit auch zu einer wirtschaftspolitischen Kategorie in der dynamischen Wirklichkeit des politisch komplexen Kulturraums „China“.

### III. Netzwerke und die politische Ökonomie Chinas

Im folgenden soll versucht werden, die bisherigen Überlegungen anhand konkreter wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen in China zu verdeutlichen. Ich greife zwei Beispiele heraus, die von einiger Wichtigkeit für die weitere Entwicklung Chinas sind: *erstens* die organisatorischen Aspekte der Integration zwischen der taiwanesischen und der festländischen Wirtschaft und *zweitens* den institutionellen Wandel im ländlichen Raum.

#### 1. Wirtschaftsintegration durch Netzwerke: Taiwan und das Festland

In der Anfangsphase taiwanesischer Investitionen auf dem Festland traten die taiwanesischen Unternehmer als Einzelakteure auf, weil sie sich in der Illegalität bewegten. Es gibt über diese Zeit sehr wenige Informationen. Seitdem aber die taiwanesishe Regierung offizielle Genehmigungsverfahren für derartige Investitionen einführte (1989), hat nicht nur der Kapitalstrom nach China stark zugenommen, sondern es hat sich auch eine Fülle flexibler organisatorischer Verfahren entwickelt, mit denen auf die Probleme im Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Regionen reagiert wird. Dabei ist bemerkenswert, daß auf beiden Seiten die formalen Institutionen der gegenseitigen Politik zunehmend an praktischer Bedeutung verlieren. Betrachten wir hier nur die taiwanesishe Seite<sup>27</sup>.

In den letzten Jahren ist eine fast verwirrende Vielfalt von Organisationen und organisatorischen Strategien entstanden, die den Rahmen für einzelwirtschaftliche Investitionen auf dem Festland darstellen. Formal betrachtet bilden sie eine politische Hierarchie, an deren Spitze die zuständigen Ministerien und Kommissionen der taiwanesischen Regierung stehen<sup>28</sup>. In Richtung der Basis dieser hier-

archischen Pyramide nimmt der private Charakter der Organisationen zu. So übernehmen inzwischen vielleicht zwei Dutzend Stiftungen und Vereinigungen spezielle Aufgaben im Verkehr mit dem Festland, wie etwa die „Studiengesellschaft der Republik China für den Aufbau von Handel und Industrie“ („*Zhonghua minguo gong shang jianshe yanjiuhui*“) oder die „Vereinigung für die Handelskoordination zwischen dem Festland und Taiwan“ („*Haixia liang an shangwu xietiao hui*“)<sup>29</sup>. Zum Teil sind sie eigens gegründet worden, zum Teil schaffen vorhandene Organisationen Tochterorganisationen, wie etwa die Nationale Industrievereinigung („*Zhonghua minguo quan guo gongye conghui*“) in Gestalt von „Freundschaftsvereinigungen taiwanesischer Kaufleute“, die unter anderem in Shanghai und Guangdong gegründet worden sind. Alle diese Organisationen sammeln nicht nur ständig Informationen über die Verhältnisse auf dem Festland und geben sie an ihre Mitglieder weiter, sondern entsenden auch fortlaufend Delegationen oder richten Repräsentanzen ein, die persönliche Beziehungen zu festländischen Lokal-Eliten etablieren<sup>30</sup>. Dabei findet auf lokaler Ebene ein Tauziehen zwischen diesen Organisationen und den lokalen Verwaltungen statt, die Gegenorganisationen gründen, um die Selbständigkeit der Taiwanesen zu untergraben<sup>31</sup>. Etwa werden die „Freundschaftsvereinigungen“ („*Lianyi hui*“) verboten und statt dessen „Vereinigungen taiwanesischer Kaufleute“ („*Tai shang xiehui*“) gegründet, in denen lokale Kader vertreten sind und führende Positionen einnehmen. Es gibt aber in wichtigen Bereichen offizielle Zuordnungen zwischen solchen taiwanesischen und festländischen Organisationen und neuerdings sogar gemeinsame Gründungen<sup>32</sup>.

Konzept zur Wiedervereinigung? Jüngste Veränderungen in der taiwanesischen Chinapolitik, in: *Asien*, (1991) 41, S. 42–56.

29 Eine ausführliche Übersicht und Beschreibung dieser Organisationen findet sich in *Zhongguo tong shangye zazhi*, Februar 1993, S. 55–109.

30 Eine Illustration für die Tätigkeit einer solchen Delegation findet sich z. B. in: *Cai xun*, 128 (1992), S. 60–73.

31 Die kommunistische Führung betrachtet die Selbstorganisation der taiwanesischen Kaufleute als politisch höchst sensibel und gefährlich. Im November letzten Jahres wurden landesübergreifende Organisationen verboten, und ein internes Parteidokument untersagte Parteikadern unter anderem direkte Kontakte mit selbständigen Lokalorganisationen der Taiwanesen. Umgekehrt sehen manche Taiwanesen derartige Organisationen tatsächlich als ein Element der „Taiwanisierung“ des Festlandes an. Zu beidem siehe *Liang an jing mao tongxun*, (1993) 1, S. 23, und *Da lu jing mao touzi yue bao*, (1993) 17, S. 268 f.

32 So wurde beispielsweise am 8. April 1993 die „Chinesische Vereinigung zur Koordination und Förderung des Bergbaus beiderseits der Meerenge“ gegründet, siehe *Liang an*

27 Zum praktischen Bedeutungsverlust formaler Institutionen der kommunistischen Taiwan-Politik auf lokaler Ebene siehe *Cheng-Tian Kuo*, *The PRC and Taiwan, Fujian's Faltering United Front*, in: *Asian Survey*, Vol. XXXII (1992), S. 683–695.

28 Einen Überblick zu den formalen Institutionen der taiwanesischen Festlandpolitik bietet Günter Schucher, *Neues*



Ein politisch bedeutsamer Fall solcher Wechselwirkungen zwischen Netzwerken und deren organisatorischer Verkörperung ist die erwähnte „Vereinigung für die Handelskoordination“. Die schon 1989 in Hongkong als Rechtsperson registrierte Vereinigung war mit dem Ziel gegründet worden, Konflikte zwischen Taiwanern und festländischen Wirtschaftsorganisationen zu schlichten, die angesichts eines formal weitgehend rechtsfreien Raumes entstehen können<sup>33</sup>. Die Volksrepublik richtete kurz darauf eine nahezu gleichlautende Organisation ein, und beide Seiten kooperieren seitdem formell miteinander. Nun wurde jüngst auf Initiative des Leiters der taiwanesischen Seite eine „Stiftung für die Entwicklung des Handels zwischen beiden Seiten der Meerenge“ („*Hai xia liang an shangwu fazhan jijinhui*“) ins Leben gerufen, deren 48 Gründungsmitglieder die größten Unternehmen Taiwans sind, die auf dem Festland investieren.

Diese Stiftung repräsentiert die Interessen der taiwanesischen Wirtschaft gegenüber beiden Regionen, denn die persönlichen Beziehungen ihrer Mitglieder reichen tief in beide regierenden Parteien hinein. In Taiwan erlangt ihr De-facto-Status als „private“ Organisation fast denjenigen der ebenfalls als „privat“ bezeichneten, offiziell für die praktische Festlandpolitik zuständigen „Straits Exchange Foundation“. In der Volksrepublik ist sie wiederum sofort von höchster Ebene als wichtige handelspolitische Instanz anerkannt worden. Diese Stiftung gründet nun ihrerseits lokale „Servicezentren für taiwanische Kaufleute“, die taiwanische Interessen gegenüber lokalen Regierungen auf dem Festland vertreten sollen. Neben diesen „Zentren“ bestehen – besonders in den Wirtschafts-Sonderzonen – bereits „Servicekomitees“, die gemeinsam von verschiedenen taiwanesischen Branchenvereinigungen („*gonghui*“) auf Initiative von deren Nationaler Vereinigung („*gongye conghui*“) gegründet werden. So ergibt sich das Bild einer höchst komplexen Schichtung und Verwebung unterschiedlichster, mehr oder weniger formal strukturierter Organisationen, die gewissermaßen das Oberflächenphänomen einer durch individuelle Netzwerke gekennzeichneten gesellschaftlichen Tiefenstruktur sind.

Diese Entwicklung beschleunigt sich neuerdings noch dadurch, daß viele Taiwaner inzwischen

jing mao tongxun, (1993) 5, S. 19. Es gibt auch einen fest etablierten gemeinsamen Lobbyismus südchinesischer Behörden und der Unternehmer aus Hongkong und Guangdong, der von den zentralen Behörden argwöhnisch betrachtet wird, vgl. M. Nobuo (Anm. 2), S. 328.

<sup>33</sup> Vgl. zum folgenden Shangye zhongan vom 5. 4. 1993, S. 16ff.

kollektiv auf dem Festland investieren<sup>34</sup>. Ursprünglich war dies lediglich ein Nebeneffekt der Tatsache, daß viele kleinere Unternehmen sich am Verhalten anderer orientierten und wegen der vielfältigen Lieferbeziehungen zwischen den Unternehmen zum Teil gezwungen waren, einem bestimmten „Führer“ zu folgen; zum Teil gab es auch ein abgestimmtes Verhalten zwischen verschiedenen Unternehmen, die innerhalb des gleichen Branchennetzwerkes operieren<sup>35</sup>. Heute handelt es sich zunehmend um gezielte Investitionsstrategien auch größerer „*guanxi qiye*“, die im Rahmen des oben erwähnten „Netzwerk-Ansatzes“ auch wirtschaftspolitisch unterstützt werden<sup>36</sup>. Die jeweiligen Branchenvereinigungen (etwa der Computerproduzenten) entsenden Delegationen auf das Festland, die optimale Standorte für taiwanische Industrieparks suchen. Nach den Verhandlungen mit den lokalen Verwaltungen werden dann beispielsweise Kapitalgesellschaften gegründet, die Einrichtung und Erschließung gemeinsam mit den lokalen Stellen durchführen; Anteilseigner werden die Investoren, die sich im Industriepark ansiedeln. So gibt es inzwischen taiwanische „Spielzeugstädte“, „Elektronikstraßen“ und ähnliches. Erklärtes Ziel ist wieder, durch kollektives Handeln die eigene Position gegenüber den lokalen Verwaltungen zu stärken. Die fehlende Rechtssicherheit wird so durch Netzwerke und Verhandlungsregimes ausgeglichen, die an die Stelle formaler Integrationsmechanismen auf der Ebene von Regierungsverhandlungen treten. So leistungsfähig diese Mechanismen sind, so schwer nachvollziehbar sind sie aus der Vogelperspektive der „thin description“, die gewöhnlich von der Wirtschaftswissenschaft bevorzugt wird. Sie haben die bemerkenswerte Folge, daß nicht nur die wirtschaftlichen Transaktionen erleichtert und abgesichert werden, sondern daß gleichzeitig lokale Repräsentationsorgane wirtschaftlicher Interessen entstehen, die bereits mittelfristig eine politische Dimension erhalten können.

<sup>34</sup> Vgl. Zhongguo tong shangye zazhi, März 1993, S. 92–96, oder Liang an jingmao tongxun, (1992)12, S. 20f., (1993) 3, S. 22.

<sup>35</sup> Vgl. Li Jie, Xiamen diqu Tai zi qiye yingyun diaocha yanjiu, Taibei 1993, S. 34ff., und die ausführliche Schilderung eines Beispiels aus der Schirmfabrikation in JETRO (Hrsg.), Ryō gan keizai kōryū to Taiwan, Tōkyō 1992, S. 197ff.

<sup>36</sup> Vgl. Lin Yingfeng (Anm. 26). Der meistdiskutierte Fall ist sicherlich die seit Jahren anhaltende Aktivität des „Plastik-Fürsten“ Wang Yongqing, der nun schon seit längerem die Verlagerung eines ganzen Netzwerkes von Zulieferern und Schlüsselfabriken in der Petrochemie auf das Festland betreibt. Zum jüngsten Stand der Dinge vgl. Liang an jing mao tongxun, (1993) 8, S. 6, und Zhongguo tong shangye zazhi, August 1993, S. 22f.

## 2. Netzwerke und institutioneller Wandel im ländlichen Raum

### a) Lokale Netzwerke

In der chinesischen Systemtransformation spielen die sogenannten „*xiangzhen qiye*“, die ländlichen Unternehmen auf der Ebene der Kleinstädte und Dörfer, eine wichtige Rolle. Diese Bezeichnung geht ausschließlich auf die territoriale Zuordnung zurück und besitzt keine eigentumsrechtliche Bedeutung. Es kann sich also um Betriebe mit unterschiedlichen Eigentumsformen handeln, allerdings unter Ausschluß des staatlichen Eigentums. In der deutschen Übersetzung ist es ratsam, zwischen diesen „Gemeindebetrieben“ und den eigentlichen „Kommunalbetrieben“ (als einer Teilmenge der Gemeindebetriebe) zu unterscheiden, deren Eigentümer eine lokale Gebietskörperschaft ist. Die Provinzen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich der Anteile unterschiedlicher Eigentumsformen, die miteinander sogar in konkurrierender Beziehung stehen können, so daß etwa mancherorts örtliche Verwaltungen lokale Privatunternehmen zugunsten der Kommunalbetriebe diskriminieren.

Wie sind aber die Strukturen der Verfügungs- und Nutzungsrechte im einzelnen zu charakterisieren<sup>37</sup>? Betrachten wir die formal eindeutig im Eigentum der jeweiligen Lokalregierung befindlichen Kommunalbetriebe. Viele Dörfer haben nach der Abschaffung der Volkskommunen im Jahre 1982 eine organisatorische Trennung zwischen der Dorfregierung und einem lokalen „Generalunternehmen“ („*cong gongsi*“) vollzogen, das als eine Art Holding sämtlicher lokaler Unternehmen fungiert. Gleichzeitig gibt es auf der Ebene der Landkreise – formal die unterste staatliche Behörde, im Gegensatz zur Selbstverwaltung der Dörfer – Büros, die für die Gemeindeunternehmen zuständig sind. Die staatliche Behörde ist die regulierende Instanz, das Generalunternehmen vertritt das dörfliche Kollektiv als Eigentümer. Derartige Beschreibungen eröffnen aber keinen Zugang zu den eigentlichen sozialen Tatbeständen.

37 Die folgende Darstellung stützt sich hauptsächlich auf Lin Qingsong/William Byrd (Hrsg.). *Zhongguo nongcun gongye: jiegou, fazhan yu gaige*, Beijing 1989; Zhang Gang, *Government Intervention vs Marketization in China's Rural Industrialization: A Preliminary Inquiry into the Role of Local Governments*, erscheint in: *China Information*, Summer 1993; Yue Bing, *Zhongguo xiangzhen qiye xingwei de yanjiu*, noch unveröffentlichtes Arbeitspapier der Gruppe „Wirtschaft“ des „European Project on China's Modernization: Contemporary Patterns of Cultural and Economic Change“, Duisburg 1993, und erste Materialsammlungen der Feldforschung „Leadership and Decision-Making in China's Rural Enterprises“, die im gleichen Projekt durch das Rural Development Institute der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften durchgeführt wird.

Die formale Beziehung zwischen der Leitung der Unternehmen und den lokalen Behörden ist in Netzwerke eingebettet, in denen über bestimmte konkrete Verteilungen von Verfügungs- und Nutzungsrechten fortlaufend verhandelt wird. Formale administrative und politische Strukturen sind lediglich Oberflächenphänomene und lassen einen weiten, interpretationsbedürftigen Spielraum für die tatsächlichen Verhältnisse. Beispielsweise spielen lokale Behörden häufig eine wichtige Rolle bei der Aufbringung des Gründungskapitals, sie greifen aber vergleichsweise selten direkt in die operationalen Entscheidungen der Unternehmensführung ein. Das Verhältnis zwischen Unternehmensführung und lokaler Regierung wird vielmehr in dem Moment definiert, wenn die Entscheidung über die Besetzung der Unternehmensleitung gefällt wird, die sich in der Regel die Lokalregierungen vorbehalten. Denn hier wird *uno actu* festgelegt, welche Netzwerke aktiviert werden, über die anschließend die eigentliche Kommunikation und Interaktion zwischen lokaler Wirtschaft und Politik erfolgt. Dies kann so unverblünte Formen annehmen wie die Besetzung aller Direktoren-Posten mit Söhnen des Bürgermeisters. Ganz allgemein gilt, daß Dörfer mit dicht verwobenen Verwandtschaftsgeflechten (also Dörfer, die von nur einer oder wenigen Lineages [Stamm, Geschlecht] beherrscht sind) häufiger umfangreiche Kommunalbetriebe und -einrichtungen aufweisen als Dörfer, in denen dies nicht gegeben ist: Nicht das formal bestehende kollektive Eigentumsrecht bestimmt die tatsächliche Verteilung von wirtschaftlichen Rechten, sondern die jeweils lokal vorherrschenden Verwandtschaftsstrukturen als soziale Tatbestände.

Diese lebenspraktisch fundamentalen Strukturen lassen sich jedoch nur mit Hilfe einer „thick description“ der langen Geschichte einzelner chinesischer Dörfer nachvollziehen. So hat der japanische Soziologe Nakao Katsumi Feldforschung in einem der Dörfer der Provinz Shandong durchgeführt, die bereits in den vierziger Jahren von japanischen Ethnologen detailliert untersucht worden waren<sup>38</sup>.

38 Vgl. Nakao Katsumi, *Chūgoku sonraku no kenryoku kōzō to shakai henka*, Tōkyō 1992, besonders S. 60f., 76ff. Es handelt sich um die berühmten „Mantetsu“-Untersuchungen eines Forschungsinstitutes, das der südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft zugeordnet war. Sie sind bereits wiederholt von amerikanischen Sinologen für die Rekonstruktion der sozialen Tiefenstrukturen chinesischer Dörfer ausgewertet worden, zuletzt von Prasenjit Duara, *Culture, Power, and the State. Rural North China, 1900–1942*, Stanford 1988. Nakao und Duara betonen in ähnlicher Weise die zentrale Rolle von lokalen Machtkonflikten (in Duaras Worten der „cultural nexus of power“) für den sozialen Wandel in chinesischen Dörfern.

Er konnte zeigen, daß der konkrete Verlauf der Landreform, der Kollektivierung und der Wirtschaftsreform zu Beginn der achtziger Jahre wesentlich dadurch bestimmt worden war, daß auf der einen Seite der Staat zwar tief in die dörflichen Strukturen eingriff, aber auf der anderen Seite gerade durch diesen Eingriff auch neue Machtressourcen schuf, die wiederum zum Gegenstand der Konflikte zwischen verschiedenen Lineages im Dorf wurden. Die Verwandtschaftsstrukturen wurden größtenteils auf die Zusammensetzung der Produktionsgruppen projiziert und erwiesen sich besonders dadurch als sehr anpassungsfähig, daß es in der chinesischen Tradition keine strikten Regeln für die Bestimmung der jeweils führenden, repräsentativen Eliten der Verwandtschaftsgruppen gibt. Auf diese Weise blieb die Differenzierung der Dorfbewölkerung nach Klassen, die von der Kommunistischen Partei stets betrieben wurde, letztlich für die eigentlich sozialstrukturbestimmenden Verwandtschaftsgruppierungen bedeutungslos.

Eine Schlüsselrolle für die Entwicklung der Gemeindebetriebe (damals noch „Brigadebetriebe“ genannt) im Dorf spielte dann die Tatsache, daß der Niedergang der örtlichen Landwirtschaft, der eine Folge der verfehlten Politik der Kollektivierung war, in den siebziger Jahren dazu führte, daß industrielle Nebenbetriebe eine wichtige zusätzliche Einkommensquelle sein konnten. Als ein Mitglied einer der dörflichen Lineages in dieser Hinsicht unternehmerisch aktiv wurde, verschob sich die Machtbalance zwischen den beiden großen, um Koalitionen von Lineages geschmiedeten Gruppen im Dorf nachhaltig. Seit dieser Zeit wird die Dynamik der lokalen ländlichen Industrie auch dadurch bestimmt, daß zwischen den Lineages eine intensive Konkurrenz um die Kontrolle und die Schaffung industrieller Einkommenschancen stattfindet. Führungspositionen in ländlichen Unternehmen sind in dieser Hinsicht von ebenso zentraler Bedeutung wie Stellungen in der Dorfverwaltung.

Unabhängig von der konkreten Rechteverteilung sind jedoch Lokalregierungen und Gemeindeunternehmen gleichermaßen den Zwängen des Marktes ausgesetzt. Die Budgetbeschränkungen der letzteren sind nur geringfügig härter als die fiskalischen Beschränkungen der ersteren, denn beide können nur sehr begrenzt auf Subventionen durch übergeordnete Instanzen zurückgreifen. Daher bilden sich allerorts Netzwerke zwischen „politischen“ und „wirtschaftlichen“ Unternehmern, die gemeinsam daran interessiert sind, die lokale Wirtschaft aufzubauen und eventuelle Verteilungs-

konflikte über die Netzwerk-Reziprozität zu regulieren<sup>39</sup>. Privatunternehmen lassen sich beispielsweise als „Kollektivunternehmen“ registrieren und müssen dann zwar bestimmte finanzielle Lasten gegenüber der Lokalregierung tragen, gelangen aber dafür zum Beispiel in den Genuß von günstigen Krediten durch die örtliche Kreditgenossenschaft. Entsprechend gibt es keine klare und verbindliche, an formalrechtlichen Bestimmungen orientierte Statistik der Unternehmenstypen auf dem Lande. Nicht die – weiterhin fehlende – Institutionalisierung etwa der fiskalischen Beziehungen zwischen lokalen Behörden und Unternehmen hat in den letzten Jahren die Rechtsposition der Unternehmen und damit die Rahmenbedingungen für die unternehmerische Dynamik verbessert, sondern die Stabilisierung von informalen Netzwerken nach den kulturevolutionären Konflikten – nicht zuletzt als Folge des Wirtschaftswachstums, das Verteilungskonflikte zwischen verschiedenen Machtgruppen in den Dörfern abmilderte. Die jeweiligen Grade der „Öffentlichkeit“ von Eigentumsrechten bzw. umgekehrt das Ausmaß der „Privatisierung“ werden in diesen Netzwerken flexibel verhandelt.

#### b) Überlokale Netzwerke

Neben solchen lokalen Netzwerken spielen überlokale Netzwerke eine vitale Rolle gerade bei den erfolgreicherem Gemeindeunternehmen. Beispielsweise haben sich oft florierende Geschäftsbeziehungen zwischen der kulturevolutionären Generation landverschickter Jugendlicher und den Unternehmen der damaligen Aufenthaltsgemeinden entwickelt. Es gibt landesweite Informationskanäle, die es den Bewohnern einer Region ermöglichen, etwa in Peking Personen in wichtigen Positionen ausfindig zu machen, die aus dieser Region stammen (also „*tong xiang*“ sind). Dieses gemeinsame Merkmal wird sofort dazu verwendet, Netzwerke im eigentlichen Sinne („*guanxi*“) aufzubauen, in die dann die ökonomischen Transaktionen eingebettet werden, wie etwa die Organisation von Exporten aus der ländlichen Heimatregion. Es entstehen unter Umständen kaskadenartige Vernetzungen einzelner Netzwerke, die von Dörfern des chinesischen Hinterlandes bis hin zu führenden Positionen der Pekinger Zentralregierung reichen und ausschließlich über bestimmte Schlüsselpersonen vermittelt werden, die sich persönlich kennen

39 Vgl. David Zweig, *Urbanizing Rural China: Bureaucratic Authority and Local Autonomy*, in: Kenneth G. Lieberthal/David M. Lampton (Hrsg.), *Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China*, Berkeley-Los Angeles-London 1992, S. 334-363.

und jeweils ihre individuellen Netzwerke aktivieren können.

Es liegt auf der Hand, daß beide bislang betrachteten Netzwerktypen auch sehr leicht in Wechselwirkung treten können. Beispielsweise aktivieren viele Auslandschinesen ihre Bezüge zur Heimatregion, um Investitionen zu planen. Konkret kann dies bedeuten, daß über verwandtschaftliche Beziehungen letztlich auch traditionelle Kulturelemente wiederbelebt werden, die durch die Gesellschaftspolitik der KP eigentlich unterdrückt werden sollen, nämlich die Klan- und Lineage-Organisationen<sup>40</sup>. Dieses Beispiel zeigt auch, daß chinesische Netzwerke die unterschiedlichste Gestalt annehmen: Insofern ist das Netzwerk die allgemeinere Grundform von Assoziationen, Faktionen oder den soeben angesprochenen weiteren Verwandtschaftsbeziehungen und nicht, wie herkömmlich angenommen, die Familie die dominante soziostrukturelle Grundeinheit in der chinesischen Kultur<sup>41</sup>.

### c) Eigentumsrechte und Netzwerke

Interessanterweise läßt sich die skizzierte Einbettung von Eigentumsrechten in Netzwerke auch in anderen Bereichen der Wirtschaft beobachten. Deshalb dürfte vermutlich das Eigentumsproblem in China keine derart überragende wirtschaftspolitische Bedeutung für den Übergang zur Marktwirtschaft besitzen, wie in sozialistischen Planwirtschaften europäischen Typs. Die traditionelle Kultur kannte keinen Begriff absoluten individuellen Eigentums, der sich in Europa nach dem Feudalismus ausbildete, sondern nur ein persönliches Eigentumsrecht, das stellvertretend für die Familie als eigentlichen, korporativen Eigentümer ausgeübt wurde<sup>42</sup>. Hinzu kam besonders in den entwickelten südöstlichen Regionen Chinas, daß sehr komplexe Verschachtelungen vor allem von Eigentumsrechten am Land möglich waren, da die Rechte zur Nutzung und Übertragung der Oberfläche unterschieden wurden vom Eigentum an der

darunterliegenden Erde. Es gab langfristig stabile Pachtverhältnisse bei Oberflächenrechten, die sogar weiter verpachtet werden konnten, und gleichzeitig einen fortlaufenden Kauf und Verkauf der eigentlichen Eigentumsrechte – allerdings war der Wechsel der Verpächter für die Bauern kaum wahrnehmbar, weil der Pachtzins an Verwaltungsbüros gezahlt wurde. Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß die traditionelle chinesische Kultur eine Fülle institutioneller Arrangements kannte, wirtschaftliche Aktivitäten zu organisieren, indem zwischen den verschiedenen Teilrechten des Eigentums stark ausdifferenziert wurde und die konkrete Verteilung von Teilrechten wieder über Netzwerke reguliert wurde, deren Mitglieder dann flexible Organisationen zur Verfolgung ihrer Ziele gründeten<sup>43</sup>.

Ähnliche Verhältnisse scheinen heute in vielen Regionen Chinas bei der Verteilung von Rechten an Grund und Boden wieder vorzuherrschen<sup>44</sup>. Die formale Struktur des sogenannten „Verantwortungssystems“, in dem das Dorf als Kollektiv Eigentümer des Bodens bleibt und der einzelne Bauernhaushalt Nutzungs- und teilweise auch Verfügungsrechte langfristig pachtet, beschreibt die soziale Wirklichkeit nur unzureichend. Es ist der Charakter lokaler Netzwerke, der in Verbindung mit bestimmten Verteilungsnormen und dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere des Grades der ländlichen Industrialisierung, die Verteilung von Rechten determiniert. Auf diese Weise entstehen lokal sehr unterschiedliche Verteilungen, die nach Maßgabe netzwerkgebundener Reziprozität stets verhandelbar sind. Allgemeine Subsistenznormen legen fest, daß jede Familie über einen Minimalbestand an Land verfügen muß (das sog. „Getreiderations-Land“); die darüber hinausgehende Fläche kann durch „kollektive“ Beschlüsse flexibel arrangiert werden (etwa als große Farm an bestimmte „spezialisierte Haushalte“ verpachtet oder als „Verantwortungsland“ nach Maßgabe der vorhandenen Arbeitskräfte auf alle Haushalte verteilt werden). Dabei kann das „Kollektiv“ eine sehr unterschiedliche

40 Ein Beispiel untersucht Yuen-fong Woon, *Social Change and Continuity in South China: Overseas Chinese and the Guan Lineage of Kaiping County, 1949–1987*, in: *The China Quarterly*, (1989) 118, S. 322–344.

41 Vgl. bereits P. Steven Sangren, *Traditional Chinese Corporations. Beyond Kinship*, in: *Journal of Asian Studies*, Vol. XLIII (1984), S. 391–415.

42 Die wohl beste Kurzdarstellung der vorindustriellen chinesischen Wirtschaft und ihrer Institutionen ist Madeleine Zelin, *The Structure of the Chinese Economy during the Qing Period: Some Thoughts on the 150th Anniversary of the Opium War*, in: Kenneth G. Lieberthal u. a. (Hrsg.), *Perspectives on Modern China. Four Anniversaries*, Armonk–London 1991, S. 31–67.

43 Mit unmittelbarem Bezug auf S. Sangren (Anm. 41) vgl. hierzu William T. Rowe, *Success Stories: Lineage and Elite Status in Hanyang County, Hubei, c. 1368–1949*, in: Joseph W. Esherick/Mary Backus Rankin (Hrsg.), *Chinese Local Elites and Patterns of Dominance*, Berkeley–Los Angeles–London 1990, S. 51–81.

44 Vgl. Zhu Qiuxia/Carsten Herrmann-Pillath, *Bodensystem, Eigentumsrechte und Kultur in der chinesischen Landwirtschaft: Eine humanökologische Analyse*, Arbeitsbericht Nr. 4 der Gruppe „Wirtschaft“ des „European Project on China's Modernization“, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1992.

Gestalt haben und sich beispielsweise in Südost-China qua sozialem Tatbestand als eine traditionelle Lineage konstituieren, im Norden aber als eine authentische Selbstverwaltungsinstanz, die von lokalen Faktionen und faktionalen Konflikten geprägt ist<sup>45</sup>.

---

#### IV. Politik, Kultur und Wirtschaft in China: Plädoyer für eine kulturspezifische Methode

---

Die verschiedenen, hier nur oberflächlich berührten Beispiele haben gezeigt, daß sich unser China-Bild lösen sollte von weitreichenden Verallgemeinerungen, die etwa in Vorstellungen vom „Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft“ oder bei der Konzentration auf „Pekings Wirtschaftspolitik“ zum Ausdruck kommen. Daß uns die chinesische Politik immer wieder als eine Einheit zu begegnen scheint, ist ein Mißverständnis als Folge kultureller Differenzen zwischen China und dem Westen. Die Zentralregierung, die „Mitte“, ist ihrerseits Machtpol konkurrierender politischer Netzwerke, die immer wieder versuchen, das symbolische Potential der „Mitte“ auszunutzen. Daß China seit 1992 einen konjunkturellen Boom erfährt und rasche weitere Schritte in Richtung Marktwirtschaft geht, war das Ergebnis von Deng Xiaopings „Reise nach Süden“<sup>46</sup>, auf der er – im Grunde auf maoistische Taktiken zurückgreifend – außerhalb der formalen politischen Institutionen durch einige Äußerungen landesweit Machtbalancen und Interessenkonflikte zugunsten der Befürworter rascher wirtschaftlicher Entwicklung verschob. Hierzu brauchten keine administrativen oder gesetzlichen Maßnahmen ergriffen werden – ausschlaggebend war der symbolische Gehalt des konkreten individuellen Aktes. Was seither geschieht, ist nur mehr in begrenztem Maße unter der Kontrolle zentraler Instanzen befindlich oder durch einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen reguliert. Entscheidend sind vielmehr die individuellen Handlungen der Mitglieder der aktivierten Netzwerke. Netzwerke sind aber von ihrer Natur her lokale, kontingente Phänomene. Entsprechend entsteht eine ausgeprägte lokale Vielfalt von Institutionen und Entwicklungsmustern.

45 Zu den Verhältnissen in Südost-China vgl. detailliert Sulamith H. Potter/Jack M. Potter, *China's Peasants, The Anthropology of a Revolution*, Cambridge et al. 1990.

46 Siehe dazu den Beitrag von Susanne Weigelin-Schwiedrik in diesem Heft.

Wenn wir unser China-Bild nicht dieser Realität anpassen, wird es grundlegend defizitär bleiben. Daß Chinas Entwicklung beispielsweise als extrem sprunghaft erscheint, liegt daran, daß sich die Beobachter auf den politischen Konflikt in der „Mitte“ konzentrieren. In diesem Konflikt ist aber die Kontrolle symbolischer Medien eines der wichtigsten Machtinstrumente. Die jeweils herrschenden Kräfte – politischen Netzwerke – in der Zentralregierung sind bestrebt, ein Bild einheitlicher Verhältnisse zu produzieren, weil die Eindeutigkeit der symbolischen Repräsentation der „Mitte“ wiederum ein wichtiges Instrument in Machtkonflikten auf lokaler Ebene ist. Praktisch geht dies soweit, daß die „Marktwirtschaftler“ bis zum Sommer 1993 intern alle Äußerungen von Wirtschaftswissenschaftlern zensierten, die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklungen kritisch beurteilten<sup>47</sup>. Erst wenn die Positionen im internen Machtkonflikt der Führung abgesteckt sind, wird genau die zensierte Meinung plötzlich zur Regierungslinie. Wenn wir uns an den Informationen orientieren, die auf diese Weise nach außen treten, lassen wir uns systematisch irreleiten. Unser China-Bild verzeichnet beispielsweise Politikschwankungen zwischen „Planwirtschaft“ und „Marktwirtschaft“ im Zuge der sogenannten Austeritätspolitik nach 1989, die in der Realität gar nicht existierten, und wird nach gewisser Zeit damit konfrontiert, daß in China tatsächlich die marktwirtschaftliche Transformation kontinuierlich fortgeschritten ist, aber gleichzeitig ein großes Inflationspotential durch eine ebenso ungebrochene Kreditexpansion aufgebaut wurde<sup>48</sup>.

Unser Zugang zu China muß also bereits auf der konzeptuellen Ebene an die kulturelle Eigenart des Gegenstandes angepaßt werden. Es gibt hierzu nur wenige Ansätze, da die methodologische Reflexion in der Sinologie ein Schattendasein führt<sup>49</sup>. Leider handelt es sich hier aber keinesfalls um ein akademisches Problem, das ausschließlich von Interesse für Spezialisten ist. Unsere lebenspraktische Beziehung zum chinesischen Kulturraum und seiner politischen Komplexität und wirtschaftlichen Dynamik wird durch unseren konzeptuellen Zugang wesentlich mitbestimmt. Gleichzeitig könnte es aber auch Rückwirkungen auf die westliche Theoriebildung geben.

47 Vgl. Jing Bao, (1993)4, S. 28–31.

48 Ich habe die skizzierten Zusammenhänge zwischen Machtkonflikten, symbolischer Politik und monetären Entwicklungen in China ausführlich analysiert in: *Institutioneller Wandel, Macht und Inflation in China*, Baden-Baden 1991.

49 Zu den großen Ausnahmen zählt Daniel Little, *Understanding Peasant China. Case Studies in the Philosophy of Social Science*, New Haven–London 1991.

# Politik und Ökonomie in der innerchinesischen Debatte über die Zukunft der VR China

---

## I. Vorbemerkungen

---

Der Sinologe Wolfgang Franke hat einmal gesagt, das Chinabild der Deutschen reflektiere eher die jeweilige Situation in Deutschland, als daß es Ausdruck der Realität in China sei. Kein Wunder, so Franke, daß die Deutschen zwischen Bewunderung und Ablehnung für China hin- und herschwanken und sich selten dazu durchringen könnten, eine realistische Haltung chinesischen Dingen gegenüber einzunehmen. Chinoiserie auf der einen Seite bringe wie notwendig geradezu haßerfüllte Zurückweisung auf der anderen Seite mit sich.

Inzwischen, so könnte man meinen, sollten die Zeiten sich geändert haben. Seit der Öffnung der Volksrepublik China nach dem Tode Mao Zedongs haben sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China rasch vermehrt; auch die Zahl der aus dienstlichen, geschäftlichen oder touristischen Gründen nach China Reisenden ist stark gestiegen. Es müßte also möglich sein, sich ein „realistisches“ Bild der Situation in der VR China zu machen, und doch beobachten wir immer noch das schon von Franke beklagte Hin und Her: So war die Hoffnung auf rasche Demokratisierung der Volksrepublik China im Frühjahr und Sommer 1989 übergroß, die Enttäuschung angesichts des Massakers auf dem Pekinger Tian-An-Men-Platz dementsprechend tief, daß manch einer sich vorschnell von China abwandte und dabei übersah, was sich ökonomisch und politisch in den Jahren seit 1989 alles veränderte.

Inzwischen wird berichtet, andere Länder hätten nach 1989 keine moralischen Hemmungen empfunden, sich in der VR China zu engagieren, und stünden deshalb auf dem chinesischen Markt heute an wesentlich besserer Stelle als Deutschland. Das sei um so bedauerlicher, als trotz der gefürchteten Austeritätspolitik des Ministerpräsidenten Li Peng China vor allem seit 1992 wieder einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung erlebe.

Während die meisten Länder der Welt immer tiefer in die ökonomische Krise rutschen, verbuchen die Länder Ostasiens und insbesondere die Volksrepublik China zweistellige Wachstumsraten, und das trotz der Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Tian-An-Men-Platz 1989, die im Westen nicht nur politisch verurteilt, sondern auch als ökonomisch kontraproduktiv eingeschätzt wurde: Man erwartete einen Rückfall in die Planwirtschaft und rechnete sich keine guten Bedingungen für weitere Investitionen in der VR China aus.

Wer die Situation in China seit dem Frühling 1989 beobachtet hat, weiß, daß diese Argumentation einer Überprüfung an der Realität nicht standhält. Weder hat die Verschärfung der politischen Unterdrückungsmaßnahmen seitens der chinesischen Regierung das Wirtschaftswachstum nachhaltig hemmen können, noch kann man behaupten, daß die Bedingungen für ausländische Investitionen sich nach 1989 erheblich verschlechtert hätten. Als die Medien in Deutschland anlässlich des 14. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Herbst 1992 wieder die Aufmerksamkeit auf die VR China richteten und die dort ausgegebene Parole von der „sozialistischen Marktwirtschaft“ als Indikator für ökonomische und politische Reformen betrachteten, hinkten sie schon wieder der Entwicklung der Verhältnisse in der VR China hinterher: Man begeisterte sich für die angeblich unbegrenzten Entwicklungsperspektiven der „sozialistischen Marktwirtschaft“ und vergaß Vorbehalte von gestern zu einem Zeitpunkt, da in China selbst längst wieder der Zweifel keimte. So wird berichtet, der als neuer Star der chinesischen Politik aus dem 14. Parteitag hervorgegangene Zhu Rongji<sup>1</sup> habe ein Sparprogramm verkündet, „welches das Wachstum der chinesischen Wirtschaft bremsen soll“ und zu dem Zwecke nicht nur eine Kürzung der Staatsausgaben um 20 Prozent, sondern auch starke Ein-

---

1 Zhu Rongji wurde auf dem 14. Parteitag vom 12. bis 19. Oktober 1992 in den Ständigen Ausschuß des Politbüros gewählt, nachdem er auf dem 13. Parteitag erst Kandidat des Zentralkomitees geworden war. Auf der 7. Sitzung des Nationalen Volkskongresses 1991 wurde er zum stellvertretenden Ministerpräsidenten des Staatsrates gewählt. Vgl. Kurze Darstellung der neuen Stars auf dem 14. Parteitag (14 da xin xing jianjie), in: Jishi niandai, (1992) 11, S. 24f., bes. S. 24.

schränkungen bei der Kreditvergabe sowie die Erhöhung der Bankzinsen vorsieht<sup>2</sup>. Grund für die Maßnahmen im Jahr 1993 mag ähnlich wie 1989 die Inflation sein, die wie ein siamesischer Zwilling alle Phasen der raschen Wirtschaftsentwicklung in China begleitet. Sie bringt Unzufriedenheit bei der Bevölkerung wie Korruption unter den Funktionären mit sich und verstärkt das von allen Politikern in der chinesischen Geschichte gefürchtete Gefühl, die Gesellschaft stürze ins Chaos (*luan*).

Die von Deng Xiaoping geforderte, einseitig auf wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtete Politik des 14. Parteitagess hat viele Beobachter überrascht. War Deng Xiaoping noch zu Beginn der achtziger Jahre als Garant der Reformpolitik eingestuft worden, wurde er im Zusammenhang der Ereignisse im Jahr 1989 Objekt heftiger Attacken. Nun trat er wieder als Fürsprecher einer forcierten Reformpolitik auf, doch zeigte sich bald, daß auch er keinen Ausweg aus dem Dilemma zwischen übermäßiger Regulierung bei langsamem Wirtschaftswachstum einerseits und rasch einsetzender konjunktureller Überhitzung bei Verstärkung der Politik von „Reform und Öffnung“ andererseits zu bieten hat: Die Hoffnung, in der „sozialistischen Marktwirtschaft“ eine Lösung für China gefunden zu haben, hat sich schnell verbraucht. Damit hat sich weder die Strategie, politische Demokratisierung als Vorbedingung für ökonomische Entwicklung zu fordern, noch die Politik, im Sinne einer ökonomischen Entwicklung auf Demokratisierung zu verzichten, in China als fruchtbar erwiesen. Es zeigt sich vielmehr, daß die Gegenüberstellung von Ökonomie und Politik (im Sinne von *entweder* Ökonomie *oder* Politik) im Modernisierungsprozeß zumindest für die VR China als unsinnig zu betrachten ist. Auch wenn sich im Vergleich zwischen der Sowjetunion und der VR China die Formel anbietet, in der Sowjetunion und ihren Nachfolgerstaaten werde zuerst politisch, dann ökonomisch modernisiert, während in der VR China der umgekehrte Weg eingeschlagen werde, muß man konstatieren, daß im Bewußtsein der am Modernisierungsprozeß in der VR China Beteiligten auf unterschiedliche Weise immer der Politik Vorrang vor der Ökonomie eingeräumt wird. Egal, ob die ökonomische Modernisierung als Mittel zum Zwecke der Stabilisierung augenblicklicher Machtverhältnisse betrachtet oder als Mittel der Überwindung

2 Vgl. Petra Kolonko, Angst vor zuviel Wachstum. Warum die chinesische Regierung die überhitzte Konjunktur abkühlen möchte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1993, S. 10.

des kommunistischen Regimes gelobt wird, immer steht die Suche nach einer politischen Lösung im Vordergrund.

---

## II. Die Kontroverse zwischen Deng Xiaoping und Chen Yun

---

### 1. Deng Xiaopings Reise in den Süden: Politik der Modernisierung

#### a) „*Gaige kaifang*“: Politik von Reform und Öffnung

Von langer Hand hatte Deng Xiaoping den 14. Parteitag vorbereitet. Im Frühjahr 1992 machte er sich auf eine Reise in den Süden des Landes und formulierte noch einmal in aller Deutlichkeit seine Positionen. Die von Deng Xiaoping zwischen dem 18. Januar und dem 21. Februar 1992 u. a. in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai und Shanghai gehaltenen Reden – sie wurden als Dokument an die Mitglieder der Partei bis auf die Kreisebene weitergegeben – enthielten die folgende Botschaft an die Partei: Die Frage, ob in China nun eigentlich der Kapitalismus eingeführt oder der Sozialismus reformiert werde, sei falsch gestellt. Sozialismus bedeute nämlich nichts anderes, als „die Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft zu befreien<sup>3</sup>, die umfassende Macht des sozialistischen Staates zu verstärken und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben“<sup>4</sup>. Dabei müsse das Gemeineigen-

3 Die Formulierung „Produktivkräfte befreien“ (*jiefang sheng-chanli*) wurde bisher nicht im Zusammenhang mit der sozialistischen Gesellschaft benutzt, es wurde vielmehr davon ausgegangen, daß die Revolution die Produktivkräfte befreit habe und es nun die Aufgabe sei, unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen die Produktivkräfte zu *entwickeln*.

4 Diese Darstellung der Ausführungen Deng Xiaopings beruht auf der in der Hongkonger Zeitschrift „*Jiushi niandai*“ abgedruckten Version des Dokuments *Zhongfa* (1992) 2. Vgl. Dokument des ZK der KPCh – *Zhongfa* (1992) 2: Das ZK der KPCh gibt den Originaltext der Reden Deng Xiaopings weiter (*Zhonggong zhongyang wenjian – zhongfa* [1992] 2 hao: *Zhonggong zhongyang chuanda Deng Xiaoping jianghua yuanwen*), in: *Jiushi niandai*, (1992) 4, S. 42–47. Es handelt sich dabei um eine nichtautorisierte Veröffentlichung eines parteiinternen Dokuments, dessen Echtheit nicht überprüft werden kann. Es ist lediglich bekannt, daß es sich bei den an die Partei weitergegebenen Versionen der Ausführungen Deng Xiaopings nur um etwa 60 Prozent der ursprünglichen Rede handelt und daß nicht überall das Dokument bis auf die Ebene der Mitglieder der Kreispartei Komitees heruntergereicht wurde. Vgl. hierzu auch: Luo Bing/Li Zijing, Qiao Shi treibt die hartnäckig „linken“ Generäle zum Rücktritt an (Qiao Shi cu wangu „*zuo*“ jiang cizhi), in: *Zhengming*, (1992) 5, S. 11f. Zu einer Zusammenstellung von Zitaten aus den verschiedenen Deng-Reden, die bereits

tum an erster Stelle stehen, die politische Macht in den Händen der Kommunistischen Partei konzentriert sein, und ausländisches Kapital dürfe insgesamt nicht mehr als ein Viertel umfassen. Die Ausbeutung müsse abgeschafft und die Schere zwischen arm und reich geschlossen werden. Sozialismus in diesem Sinne sei nur mit einer Politik von Reform und Öffnung (*gaige kaifang*) zu erreichen. Diese Politik müsse mutig angefaßt werden.

Mit diesen Äußerungen verwahrte sich Deng Xiaoping gegen Kritiker innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas, die ihn beschuldigten, mit seiner Politik der forcierten Modernisierung die Integrität des sozialistischen Systems zu gefährden. Er begegnete ihnen, indem er neue Kriterien einführte, an denen sich der Sozialismus in China messen müßte. Wirtschaftswachstum und eine Befriedigung der Konsuminteressen der Bevölkerung solle der Sozialismus ebenso ermöglichen wie einen starken Staat, der für „Stabilität und Einheit“ zu sorgen in der Lage sei. In diesem Sinne bekannte sich Deng Xiaoping auch im Rückblick zur „Adjustierungspolitik“ Li Pengs seit 1989. Man dürfe diese allerdings nicht als grundlegende Kritik an der Politik von „Reform und Öffnung“ verstehen, so wie sie in den fünf Jahren vor 1989 praktiziert worden sei. In jener Zeit habe es eine im Tempo forcierte Entwicklung gegeben, die – im Gegensatz zu den Befürchtungen einiger führender Funktionäre – den Gesamtorganismus der Entwicklung nicht geschädigt, sondern große Erfolge hervorgebracht habe. „Wenn wir in diesen Jahren nicht einen so großen Sprung gemacht hätten, wenn die gesamte Wirtschaft in dieser Zeit nicht eine Stufe höher gestiegen wäre, hätte man die Adjustierungen in den darauffolgenden Jahren nicht problemlos durchführen können. So gesehen ist unsere Entwicklung wohl dadurch zu charakterisieren, daß wir in einer bestimmten Phase die günstigen Bedingungen nutzen, das Tempo der Entwicklung für einige Jahre zu forcieren, um, sobald Probleme auftauchen, diese zu bereinigen und danach fortzuschreiten... Wir müssen zwar darauf achten, daß die Wirtschaft stabil bleibt und sich harmonisch entwickelt. Doch Stabilität und Harmonie sind auch nur relativ und nicht absolut (zu setzen). Wirklich wichtig und unabdingbar ist Entwicklung!“<sup>5</sup>

Das Hin und Her, welches ausländischen Beobachtern die Einschätzung der ökonomischen Situation in der VR China so schwierig macht, findet hier eine

im März 1993 erschien, vgl. Xi Cheng, Bericht über die Reise Deng Xiaopings in den Süden und seine [dort gemachten] Ausführungen (Deng Xiaoping nanxun fangyan lu), in: Jiushi niandai, (1992) 3, S. 31–33.

5 Ebd.

scheinbare Erklärung. Es wird nicht als Problem der Modernisierung beschrieben, sondern geradezu als ihr inhärente Gesetzmäßigkeit, nach der Phasen des Vorwärtstürens notwendig von Phasen der Drosselung des Wirtschaftswachstums begleitet sein müßten. So wie zu maoistischen Zeiten die Beunruhigung der Bevölkerung über die vehementen Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung mit Hilfe der Theorie vom „Klassenkampf in der Partei“ eingedämmt wurde, wird die Unmöglichkeit eines stetigen Wirtschaftswachstums nun zum Prinzip erklärt: Nicht die subjektive Unfähigkeit der Politiker ist danach für den andauernden Wechsel in der Wirtschaftsentwicklung verantwortlich, sondern eine objektive Gesetzmäßigkeit.

Ganz nebenbei stilisiert sich Deng Xiaoping dabei – trotz seiner oft schwer nachvollziehbaren Politik wechselnder Koalitionen – als weiser „Vater“ des chinesischen Volkes, der in jeder Situation, unterschiedlichen Erfordernissen entsprechend, das Beste für China durchzusetzen in der Lage sei. Dementsprechend kümmert er sich wenig um die Risiken, die das Wechselspiel von „Reform und Öffnung“ einerseits, Austeritätspolitik oder Adjustierung andererseits mit sich bringt. Den daraus resultierenden gesellschaftlichen Problemen will er, dem Beispiel Singapores folgend, mit strengen Maßnahmen gegen alle ungesetzlichen Aktivitäten begegnen. „Gestützt auf die Diktatur des Proletariats das sozialistische System zu bewahren, das ist eine Grundauffassung des Marxismus... Die Geschichte beweist: eine neu entstandene Klasse, die soeben erst an die Macht gekommen ist, ist meist im Vergleich zu ihrem Gegner schwach und muß deshalb mit den Mitteln der Diktatur ihre Herrschaft konsolidieren... Wir bauen den Sozialismus erst seit einigen Dekaden auf und befinden uns noch in der Anfangsphase.“<sup>6</sup> Hier deutet sich an, daß Deng Xiaoping nicht nur eine weitere Entideologisierung des gesellschaftlichen Klimas in der VR China zugunsten wirtschaftlicher Liberalisierung anstrebt. Die Entideologisierung bedingt auch eine im Vergleich zu den Praktiken der maoistischen Phase neue Form der Diktatur. Nicht die Massen werden gegen den Klassenfeind mobilisiert und üben die „Diktatur des Proletariats“ aus; die Erfahrungen Singapores auf China zu übertragen heißt vielmehr, den Organen des Staates die Kontrolle über Recht und Ordnung zu übergeben und die Polizei dort einzusetzen, wo früher Rotgardisten und Milizen die Konterrevolutionäre aufspürten.

6 Ebd.



b) „*yi ge zhongxin*“: Die Vorherrschaft der ökonomischen Reform, die Rettung des sozialistischen Systems und die Herrschaft der Kommunistischen Partei

Wenn die „Volksmassen“ nicht mehr als Hüter des Sozialismus gefragt sind, muß um so mehr die Kommunistische Partei dafür sorgen, daß bei aller Reform der Sozialismus als organisatorische Voraussetzung für ihre politische Vormachtstellung nicht in seinem Bestand gefährdet ist. Dementsprechend nutzte Deng Xiaoping seine Reise in den Süden, um seine Einschätzung der inneren Beschaffenheit der Partei insbesondere bezogen auf das Problem der Nachfolge zu artikulieren: „Wenn in China Probleme auftauchen, dann innerhalb der Partei. Das muß einem klar sein, deshalb müssen wir uns darauf konzentrieren, Nachfolger heranzuziehen . . . Als ich nach der ‚Kulturrevolution‘ wieder zurück in die Politik kam, habe ich auf diese Frage geachtet, denn wir haben gemerkt, daß man gestützt auf unsere Generation das Problem der langfristigen Politik nicht lösen kann. Deshalb haben wir andere Leute gefördert und wollten wirklich die dritte Generation finden, doch haben wir das Problem nicht gelöst, sondern mit beiden Leuten<sup>7</sup> eine Niederlage erfahren. Dabei sind die Probleme nicht im ökonomischen Sektor entstanden, sondern die Konflikte traten immer im Bereich des Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung auf. Da darf es keine Kompromisse geben.“<sup>8</sup>

So hart diese Worte klingen mögen, Deng versucht die Partei auf einen Kurs zu zwingen, der Prinzipientreue und Flexibilität miteinander vereint. Denn: Nur eine pragmatisch an den Realitäten ausgerichtete Politik vermag die Vorherrschaft der Partei zu garantieren. Und selbst, wenn der Sozialismus eine zeitweilige Niederlage erleide, ginge er, Deng Xiaoping, davon aus, daß die Zahl der Menschen wieder zunehmen werde, die an den Marxismus glaubten. Und als zitiere er Mao aus den siebziger Jahren, schwingt Deng sich am Schluß seiner Rede zu der Einsicht<sup>9</sup> auf, daß selbst eine zeitweilige Restauration (des Kapitalismus) noch in Übereinstimmung mit dem Marxismus

7 Gemeint sind wohl die beiden in den achtziger Jahren tätigen und später abgesetzten Parteivorsitzenden Hu Yaobang und Zhao Ziyang.

8 Deng Xiaoping (Anm. 4).

9 Interessanterweise ähnelt die von Deng Xiaoping geäußerte Auffassung von der Gesetzmäßigkeit der Restauration den Ausführungen, welche in der Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius Anfang der siebziger Jahre von seiten der sogenannten Viererbande propagiert wurden. Ein Ziel der damaligen Kampagne bestand darin, die Rückkehr an die Macht von Politikern wie Deng Xiaoping zu verhindern.

stünde, denn „die Restauration ist ein gesetzmäßiges Phänomen, das nur schwer zu vermeiden ist“<sup>10</sup>.

Es ist schon eigenartig, mit welcher Vehemenz Deng Xiaoping sich in die Debatte um die Zukunft der VR China einbringt und gleichzeitig nicht davor zurückschreckt, die Niederlage der eigenen Politik als Möglichkeit zu antizipieren. Doch was hier auf den ersten Blick wie eine realistische Einschätzung der eigenen Schwäche aussieht, beinhaltet in Wahrheit die Hoffnung auf eine Langzeitwirkung. Die Stärke, über die eigene Niederlage reflektieren zu können, soll über die Schwäche hinwegtäuschen, die aus der Unfähigkeit resultiert, einen überzeugenden Ausweg aus dem chinesischen Dilemma formulieren zu können. Diese Stärke, das zeigt das Beispiel Mao Zedongs, macht sich bezahlt: Der Politiker wird durch sie zum weisen Vater der Nation, der noch viele Jahre nach seinem Tod die Menschen ideologisch gefangenhält.

In China faßt man die Linie Deng Xiaopings<sup>11</sup> unter dem Stichwort „ein Zentrum“ (*yi ge zhongxin*) zusammen und meint damit die Vorherrschaft der ökonomischen Reform, die Rettung des sozialistischen Systems und der Herrschaft der Kommunistischen Partei durch den Wirtschaftsboom. Die Wirtschaft steht für Deng an erster Stelle. Dabei ist sie allerdings nicht mehr als Mittel zum Zwecke der Konsolidierung einer schwer angeschlagenen Parteiherrschaft. An keiner Stelle ist bei Deng die Rede davon, daß erst die Wirtschaft und dann die politischen Strukturen reformiert werden müssen. Ihm geht es vielmehr darum, die Bevölkerung durch einen Wirtschaftsboom zufriedenzustellen, um dadurch zu verhindern, daß sie sich mit politischen Kräften solidarisiert, die einen Sturz der Kommunistischen Partei anstreben.

In diesem Sinne ist die wirtschaftsorientierte Politik Deng Xiaopings letztlich weit politischer, als dies Kommentatoren außerhalb der VR China bisher dargestellt haben. Politik und Ökonomie nehmen bei ihm nicht unterschiedliche Positionen in der Prioritätenliste ein, sie verhalten sich vielmehr zueinander wie Mittel und Ziel, wobei das Mittel zwar dem Ziel untergeordnet ist, in der Realpolitik jedoch größte Aufmerksamkeit erfordert, damit es sich als tauglich erweisen kann, das übergeordnete

10 Deng Xiaoping (Anm. 4).

11 Angeblich wurde der Begriff „Deng-Linie“ (*Deng Xiaoping luxian*) erstmals von der KP-nahen Zeitschrift „Zijing“ aus Hongkong in ihrer Ausgabe vom Januar 1992 geprägt. Vgl. Qi Xin, Wenn der alte Deng was sagt, gerät die Wirtschaftsreform in Bewegung (Lao Deng you hua shuo, jinggai you da dongzuo), in: Jiushi niandai, (1992) 3, S. 8–30.

Ziel zu verwirklichen: die Rettung des Sozialismus und der Vorherrschaft der Kommunistischen Partei.

## 2. Chen Yun und „das andere Zentrum“

Während Deng Xiaoping die Ökonomie zum „Zentrum“ der Parteipolitik erhebt, verbreitet Chen Yun, wie jener ein Revolutionär der ersten (Deng würde „bescheiden“ sagen: zweiten) Generation, seine „sechs Vorschläge“ in der Partei. Dabei bedient er sich eines Gremiums, um dessen Liquidierung Deng sich schon seit langem bemüht: des Beraterkomitees beim ZK der KPCh, in dem 177 Mitglieder der Parteigerontokratie versammelt sind. Auch er redet wie der alte Mao Zedong, obwohl er wie sein heutiger Widersacher Deng Xiaoping einst Opfer des Großen Vorsitzenden und dessen parteiinterner Klassenkampfpolitik war. Wie dieser zu Beginn der Kulturrevolution konstatiert Chen Yun, unter den Führern der Partei seien einige, die nicht fest an den Marxismus-Leninismus glaubten<sup>12</sup>. Man müsse „verhindern, daß Opportunisten in der Partei und Anti-Marxisten in die Führungsmannschaft aufrückten, um dort die Führungsmacht an sich zu reißen“<sup>13</sup>. Außerdem warnt Chen Yun vor den Versuchen des Imperialismus, an erster Stelle des US-Imperialismus, einen „friedlichen Übergang“ (zum Kapitalismus), die friedliche Evolution („*heping yanbian*“)<sup>14</sup>, herbeizuführen, warnt vor Sabotage- und Umsturzversuchen<sup>15</sup>. Doch sei dies nur ein äußerer Faktor, viel schlimmer sei der innere Faktor, die Entartung von Parteimitgliedern.

12 Vgl. Luo Bing, Eine neue Kriegserklärung von Chen Yun an Deng [Xiaoping] (Chen Yun xiang Deng de xin tiaozhan), in: Zhengming, (1992) 2, S. 6–8.

13 Zitiert nach: Luo Bing/Li Zijing, Chen Yun macht sechs Vorschläge und kritisiert indirekt Deng [Xiaoping] (Chen Yun ti liu dian yijian anpi Deng), in: Zhengming, (1992) 1, S. 18f., hier S. 18. Die Darstellung folgt im weiteren, soweit nicht anders angegeben, diesem Text.

14 Der Begriff „friedliche Evolution“ (engl. *peaceful evolution*) steht für die Strategie der USA seit John Foster Dulles, die auf eine Verschärfung der Widersprüche innerhalb des kommunistischen Lagers als Voraussetzung für die Entmachtung der Kommunistischen Parteien setzte. Die Publizisten um Chen Yun verstehen die Ereignisse in der ehemaligen SU und in Osteuropa als Ergebnis einer Unterwanderungsstrategie seitens der USA, die eine „friedliche Evolution“ herbeigeführt habe. Vgl. Tsai Wen-hui, New Authoritarianism, Neo-Conservatism, and Anti-Peaceful Evolution: Mainland China's Resistance to Political Modernization, in: Issues and Studies, 28 (1992) 12, S. 1–22, hier S. 8.

15 Vgl. Tsai Wen-hui (Anm. 14), S. 11; Luo Bing, Die Hintergründe zu einem anti-amerikanischen Geheimpapier (Fanmei mijian de beihou), in: Dongxiang, (1992) 1, S. 6–8: In einem „anti-amerikanischen“ Dokument versuchen die Autoren, den USA nachzuweisen, daß sie systematisch auf den Umsturz des kommunistischen Regimes in China hinarbeiten. Dazu benutze die Regierung der USA mit Unterstützung der Medien insbesondere die Diskussion über Men-

Um all dem entgegenzutreten, müsse man, so der dritte Vorschlag Chen Yuns, den Linienkampf in der Partei führen, eine Parteisäuberung einleiten und wieder den Avantgardeanspruch der Partei hervorheben<sup>16</sup>. Erst wenn die Reinheit der Partei garantiert sei, seien die Voraussetzungen dafür geschaffen, einen wirtschaftlichen Aufbau zu betreiben, der auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhe und „Abenteurertum, Überhitzung sowie Übereile“ vermeide: „Ich trete auch dafür ein, daß die Wirtschaft in Gang kommt. Aber sie darf nur planmäßig in Gang kommen und nicht von den Plannormen weg ins Chaos geraten... Vor zehn Jahren auf dem 12. Parteitag habe ich bereits auf die Beziehung zwischen Vogel und Käfig hingewiesen. Einen Vogel kann man nicht in der Hand festhalten, denn dort stirbt er. Man muß ihn fliegen lassen, aber eben nur im Käfig fliegen lassen. Wenn man keinen Käfig hat, fliegt einem der Vogel weg, und dabei wird er die Orientierung verlieren. Die Größe des Käfigs muß allerdings stimmen, er muß so groß sein, daß es paßt... Wenn der Vogel wächst, muß der Käfig angepaßt werden.“<sup>17</sup>

Hinter den Ausführungen Chen Yuns steht viel deutlicher als bei Deng Xiaoping der Schrecken über die Entwicklung in den Staaten Osteuropas und insbesondere der ehemaligen Sowjetunion. Er sieht dort das Beispiel dafür, wie mit zunehmender „Öffnung“ die Macht den Kommunisten aus der Hand gewunden und auf diese Weise „der Kapitalismus restauriert“ worden sei. Das dort zu beobachtende wirtschaftliche Chaos führt er dabei auf eine übereifrige Reformpolitik zurück, die Abkehr vom Sozialismus auf „Fäulnis“ in der Partei und Ergebnis der „bürgerlichen Liberalisierung“. Ganz konsequent folgert er aus dieser Analyse der Lage, daß an erster Stelle die Reinheit der Partei stehen müsse, denn diese sei Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft im Sinne seiner Vogel-Käfig-Metapher rational in die Modernisierung geführt werden könne. Auf diese Weise stelle die Partei Festigkeit in Fragen der Ideologie und Effizienz in der Wirtschaft unter Beweis und sei damit nicht nur vor einem Machtverlust gefeit, sondern auch dazu in der Lage, ein stetiges Wirtschaftswachstum herbeizuführen. Letztlich geht es ihm damit um genau die

schonreichte, um eine anti-chinesische Stimmung in der ganzen Welt heraufzubeschwören, die auch wirtschaftlich für China von größtem Nachteil sei.

16 Vgl. Luo Bing/Li Zijing, Eine neue Schlacht in der Auseinandersetzung zwischen Deng [Xiaoping] und Chen [Yun] (Deng Chen jiaofeng de xin zhanyi), in: Zhengming, (1992) 4, S. 8–11, bes. S. 9.

17 Zitiert nach Luo Bing/Li Zijing, Die großangelegte Vorwärtsverteidigung der Fraktion um Chen Yun (Chen Yun pai de da fanpn), in: Zhengming, (1992) 4, S. 12–14, bes. S. 14.

Frage, die auch bei Deng Xiaoping im Mittelpunkt der Überlegungen steht: Wie kann man über das Ableben der „Revolutionäre der alten Generation“ hinaus die Herrschaft der Kommunistischen Partei in China garantieren, wie kann man verhindern, um es in einer Formulierung Mao Zedongs auszudrücken, daß „der Kapitalismus restauriert“ wird? Chen Yun scheut Ungleichgewicht und Disproportionalität in der wirtschaftlichen Entwicklung und beschuldigt Deng, vom Marxismus wie vom Prinzip der sozialen Gerechtigkeit abzuweichen. Dementsprechend hält er dessen Politik für gefährlich, um nicht zu sagen für subversiv. Mit ihrem Hang zur Entideologisierung öffne sie – so Chen Yun – Tür und Tor für Prinzipienlosigkeit, und das heißt in China immer auch Vetternwirtschaft, Korruption, Machtmißbrauch und Willkür.

Eine noch offenere Sprache ist in Artikeln zu finden, die nach den Reden Deng Xiaopings intern zur Unterstützung Chen Yuns verfaßt wurden. Dort wird davon gesprochen, daß die Politik der letzten Jahre dazu geführt habe, daß sich innerhalb der Bevölkerung überhöhte Hoffnungen auf Wohlstand und Glück ausgebreitet hätten, so daß man heute bereits davon träume, ohne zu arbeiten an Geld zu kommen. In diesem wilden Taumel habe die Bevölkerung jegliche Orientierung verloren. Auch habe der Nationalstolz nachgelassen: Im Vergleich zu anderen Nationen fühlten die Chinesen sich heute zweitrangig, was sogar so weit führe, daß allgemeine Grundsätze von Sitte und Moral nun von Teilen der Bevölkerung leichtfertig über Bord geworfen würden<sup>18</sup>.

Noch schlimmer als die oben beschriebenen allgemeinen Anzeichen von Dekadenz unter der Bevölkerung scheint den Politikern um Chen Yun jedoch die Existenz einer „neuen Bourgeoisie“ zu sein, die bereits mehrere Millionen Menschen umfasse<sup>19</sup>. „Die verschiedenen politischen Wellen bürgerlicher Liberalisierung, die unser Land in den achtziger Jahren durchgemacht hat, sind auch auf der gesellschaftlichen Grundlage entstanden, die durch diese Leute und andere Kräfte, die hoffen,

18 Vgl. Fan Zuo, Die linken Könige greifen die „fünf großen Fehler“ von Reform und Öffnung an (Zuo wang gongji gaige kaifang „wu da shiwu“), in: Zhengming, (1992) 3, S. 17–19.

19 Die zahlenmäßige Größe der nationalen Bourgeoisie in den fünfziger Jahren, d. h. vor der Kollektivierung und Enteignung, betrug 160 000. Vgl. Liu Zhengyuan, Die große Kritik der linken Könige an der „neuen Bourgeoisie“ (Zuo wang dui „xin zichanjieji“ de da pipan), in: Zhengming, (1992) 3, S. 22–25, hier S. 23. Der Artikel faßt mehrere interne Veröffentlichungen von Autoren im Umkreis der Propagandaabteilung des ZK der KPCh zusammen, die folgenden Ausführungen stützen sich auf die dort wiedergegebenen Zitate.

den kapitalistischen Weg gehen zu können, geschaffen wurde. So ist es auch leicht zu verstehen, warum während der Unruhen und konterrevolutionären Ausschreitungen des Jahres 1989 einige Leiter von Privatbetrieben, die sich normalerweise zum Nachteil anderer bereichern und stets die besten Maden aus dem Speck picken, plötzlich so freigebig wurden und die Teilnehmer an illegalen Demonstrationen, Sit-Ins und Hungerstreiks großzügig unterstützten . . .“<sup>20</sup>. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, daß es angebracht sei, wieder wie in den fünfziger Jahren gegen diese Leute einen Kampf zur Beschränkung ihres gesellschaftlichen Einflusses zu führen, sie dürften sich auf keinen Fall ungehindert unter dem Deckmantel einer Politik von Reform und Öffnung in der Gesellschaft ausbreiten.

Chen Yun und seine Mannschaft sehen in sozialer Instabilität die grundlegende Bedrohung für die von ihnen befürwortete Gesellschaftsordnung unter Führung der Kommunistischen Partei. Sie beklagen das wieder entstandene Problem massenhafter Prostitution in den Städten, das die Kommunisten nach der Machtübernahme innerhalb kürzester Zeit „erfolgreich“ gelöst hätten, das Problem des wachsenden Drogenhandels und -konsums (auch das schien schon einmal gelöst) sowie die Orientierungslosigkeit der Jugend. Diese Phänomene seien ein (eigentlich unerwünschtes) Nebenprodukt einer Modernisierung, die, da als Liberalisierung „mißverstanden“, letztlich, selbst wenn die Wirtschaft noch so gut „boome“, in das Chaos führe. Deshalb argumentiert Chen Yun, die politische Reinheit der Partei sei die Grundvoraussetzung für eine gelenkte Modernisierung „chinesischen Stils“, und stellt damit in einem ganz anderen als landläufig im Westen gemeinten Sinne die Politik vor die Ökonomie.

### 3. Bewertung der Kontroverse

Während Deng Xiaoping betont, die Partei müsse sich an die Spitze der wirtschaftlichen Modernisierung setzen, um diese, machtpolitisch gesprochen, überleben zu können, macht Chen Yun sich vor dem Hintergrund der aus der Entwicklung in der Sowjetunion gewonnenen Erfahrungen zum Anwalt der Zweifler. Er befürchtet, daß die Bevölkerung die Partei mit den negativen Begleiterscheinungen der Modernisierung identifiziert, und fordert deshalb eine Kommunistische Partei, die, an der Orthodoxie festhaltend, innerhalb des Modernisierungsprozesses die Achtung der Prinzipien gegenüber einem uneingeschränkten Pragmatismus

20 Ebd.

bzw. Ökonomismus einfordert. Die Legitimation der Partei müsse darin bestehen, daß sie sich nicht nur als Garant wirtschaftlicher Effizienz, sondern auch als Hüter der ideologischen Ordnung in den Modernisierungsprozeß einbringt.

Daß Beobachter im Westen Deng simplifizierend als Vertreter einer ökonomischen Modernisierung und seine Gegner als ideologisch motivierte Bremsen auffassen, ist Folge der von den Kontrahenten verfolgten Diskursstrategie. Um Deng Xiaoping in der Partei weiter zu isolieren, beschuldigt ihn Chen Yun der Vernachlässigung von Politik und Ideologie, während Deng, vor allem um das Vertrauen des Auslands wieder zu gewinnen, den politischen Kern seiner Modernisierungslinie verschleiert. Dies zu erkennen fällt uns um so schwerer, als in der politischen Diskussion außerhalb Chinas vornehmlich das Beispiel der Sowjetunion auf die Verhältnisse in der VR China übertragen wird. Dabei wird sowohl der politische Charakter der Wirtschaftspolitik Deng Xiaopings als auch die Komplexität des mit der Modernisierung einhergehenden sozialen Umbaus übersehen.

---

### III. Reaktionen auf Deng Xiaopings Politik

---

#### 1. Die Partei der Kronprinzen und der „Neo-Konservatismus“

Die „neo-konservativen“ Kräfte unter den Nachkommen der „Revolutionäre der alten Generation“ scharen sich um den Sohn von Chen Yun, Chen Yuan, und formulieren eine Modernisierungslinie, in der Sozialismus und chinesische Tradition miteinander vermischt werden: „Unsere Reform ist die Selbstvervollkommnung des sozialistischen Systems“, d. h., „wir bewahren alle guten Seiten des sozialistischen Systems und entfernen alle krankhaften und den neuen Produktivkräften nicht entsprechenden Bereiche“, schreiben sie in einem Papier, das schon im Herbst 1991 unter dem Titel „Unsere Reaktion auf die Realität und unsere strategischen Entscheidungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion“ intern zirkulierte<sup>21</sup>. Sie kritisieren die Reformer in der Sowjetunion als „utopische Kapitalisten“, die immer wieder neue, hochfliegende Pläne aufstellten und, sobald diese sich als unrealisierbar herausstellten, die konservativen und reformunwilligen Kräfte für

die Niederlage verantwortlich machten. Sie hätten kein Verständnis dafür, daß Reformen im Sozialismus schrittweise durchgeführt werden müßten, daß ein Reformschritt den anderen ablösen müsse und nicht alle Forderungen gleichzeitig verwirklicht werden könnten. Im Grunde spiegele sich in dieser Ungeduld die alte Haltung wider, die nur das Mittel der Revolution zur Herbeiführung gesellschaftlicher Änderungen zulasse.

Auch in China müsse die Partei lernen, sich von ihrem revolutionären Erbe zu trennen und zu einer Regierungspartei zu werden, d. h. Abstand zu nehmen von der Durchführung zerstörerischer Maßnahmen und sich hin zu einer konstruktiven Haltung zu entwickeln. Dazu gehöre auch, daß der Marxismus mit den Besonderheiten der chinesischen Tradition verbunden werden müßte, d. h., daß alle vernünftigen Elemente der Tradition mit allen positiven Elementen des bestehenden Systems verbunden und sinnvolle Anleihen bei westlichen Systemen unternommen werden sollten. Aus diesen drei Strömungen setze sich dann die chinesische Form der Modernisierung zusammen. Nur so könne eine neue integrative Kultur entstehen, welche die chinesische Nation in das 21. Jahrhundert führen könne.

Nach Bekanntwerden der Reden Deng Xiaopings vom Januar und Februar 1992 schlug Chen Yuan als derzeit stellvertretender Direktor der Volksbank (Renmin Yinhang) sich auf die Seite der Gegner Deng Xiaopings, indem er vor Verstößen gegen die Gesetze der ökonomischen Entwicklung warnte und auf die schlechten Erfahrungen der Jahre 1986 und 1987 verwies, in denen eine Überhitzung der Konjunktur schon einmal zu politischer Instabilität geführt habe<sup>22</sup>.

Die „Partei der Kronprinzen“ hält nichts von übereilten ökonomischen Reformen und tritt statt dessen dafür ein, die Produktivkräfte durch technische Neuerungen und nicht durch Veränderungen der Produktionsbeziehungen (also etwa durch Veränderungen im Bereich des Eigentumssystems) weiterzuentwickeln.

Auch unter den „Kronprinzen“ haben also Politik und Ideologie Vorrang vor ökonomischen Reformen. Ihre Vertreter mißtrauen der von Deng Xiaoping angestrebten, unter dem Deckmantel der ökonomischen Reform herbeigeführten Entideologisierung, meinen jedoch im Gegensatz zu den „orthodoxen“ Marxisten der älteren Generation,

---

21 Vgl. ebd. Die Zusammenfassung des Textes folgt dem Original.

22 Vgl. Luo Bing, Die Partei der Kronprinzen greift Deng Xiaoping an (Taizi dang chujǐ Deng Xiaoping), in: Zhengming, (1992) 5, S. 9–11.

eine den Erfordernissen der sich modernisierenden Gesellschaft entsprechende neue Ideologie aus der alten herausentwickeln zu können. Als Vertreter der nächsten Generation scheuen sie den Bruch mit dem Regime der Alten und sehen dennoch die Notwendigkeit eines Neuanfangs angesichts der allgemein herrschenden Ratlosigkeit. So propagieren sie die Notwendigkeit des Reformismus und die Abkehr von der Revolution, halten dafür aber an einem bewährten Mittel der „Massenmobilisierung“ fest: nicht über den Konsum, sondern über eine solidaritätsstiftende Ideologie wollen sie die Bevölkerung für sich gewinnen.

## 2. Die Intellektuellen

Neben den Beiträgen von sogenannten Linken, die oben bereits im Zusammenhang der Argumentation von Chen Yun dargestellt wurden, haben sich prominente chinesische Intellektuelle im Umkreis Deng Xiaopings mit dem Buch „Die historische Strömung“ (*lishi de chaoliu*) in die Debatte über Politik und Ökonomie in China eingeschaltet<sup>23</sup>. Betrachtet man die in dem Band versammelten 17 Aufsätze, so wird deutlich, wie schwierig es auch heute noch ist, sich legaler Mittel zu bedienen, um die Reform in China voranzutreiben. Obwohl die Autoren sich im wesentlichen an die von Deng Xiaoping vorgegebene Linie halten (und deshalb wohl auch die Unterstützung Bo Yibos erhielten), wurde das Buch doch Opfer der Zensur. Der Grund dafür liegt wohl in der Tatsache, daß sich unter den Autoren zwei Intellektuelle befinden, die sich besonders aktiv an der Demokratiebewegung des Jahres 1989 beteiligt haben und später dafür „bestraft“ wurden. Zum einen handelt es sich dabei um den früheren Chefredakteur der Peking-*Volkszeitung* Hu Jiwei, der nach dem Juni 1989 aus der Partei ausgeschlossen worden war und seinen Sitz im Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses verlor; zum anderen um den 39jährigen Jura-Professor an der Peking-Universität Yuan Hongbing, der wegen seiner Aktivi-

23 Innerhalb eines Monats wurden Beiträge von Autoren gesammelt, die gewillt waren, Deng Xiaopings Offensive zu unterstützen und den Ideologen im Umkreis Chen Yuns Argumente entgegenzusetzen. Als Ende April dann auch noch Bo Yibo als Vertreter der „Generation der alten Revolutionäre“ dafür gewonnen werden konnte, das Buch mit einer Kalligraphie zu schmücken, wurden Anfang Mai 30 000 Exemplare des Buches in den Vertrieb gegeben, bevor am 12. Mai 1992 die weitere Auslieferung untersagt und die bereits ausgelieferten Exemplare zurückbeordert wurden. Diese und weitere Ausführungen beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf die Darstellung von Lu Minsheng, Das Verbot von „Die historische Strömung“ aus interner Sicht („Lishi de chaoliu“ bei jin neimu), in: Zhengming, (1992) 7, S. 33–34.

täten im Frühling und Sommer 1989 zum „Objekt der Untersuchung“ erklärt, mit Lehrverbot belegt und zuletzt aus der Partei ausgeschlossen wurde<sup>24</sup>.

Yuan Hongbing, der als Herausgeber des Buches fungiert und den einleitenden Artikel dazu verfaßte, bezeichnet „das Linkstum“ in der Partei als die Wurzel für alle historischen und aktuellen Niederlagen und Schwierigkeiten in China: „Um der chinesischen Nation zu ermöglichen, zusammen mit dem Sonnenaufgang des 21. Jahrhunderts aufzusteigen, können wir nicht anders, als uns an die Nase zu fassen und ein weiteres Mal mit dem linken Denken abzurechnen.“<sup>25</sup> Die Linken behaupteten einfach, daß Unruhe und Chaos die Folge von Reform und Öffnung seien, und versuchten mit der von ihnen geschürten Angst vor dem Chaos die Reform aufzuhalten. Daß die Linken sich dabei so heftig den Zielen der Reform entgegenstimmten, liege nicht daran, daß sie, wie einst Mao Zedong, einem Ideal nachgingen, sie sähen vielmehr die Verwirklichung ihrer persönlichen Interessen durch die Reformpolitik gefährdet, denn mit fortschreitender Öffnung würde immer klarer, daß diese Ideologen nicht dazu in der Lage seien, China in das nächste Jahrhundert zu führen<sup>26</sup>.

Obwohl die Autoren von „Die historische Strömung“ zum Teil aus dem Lager der Sympathisanten der „demokratischen“ Bewegung des Jahres 1989 stammen, suchen sie jetzt deutlich die Nähe Deng Xiaopings und unterscheiden sich von diesem lediglich durch die Härte ihrer Angriffe gegen „links“. Die idealistischen Ziele der Studenten auf dem Tian-An-Men-Platz scheinen sie erst einmal vergessen zu haben.

Anders Xu Liangying, einer der Unterzeichner des im Frühjahr 1989 von 42 prominenten Intellektuellen verfaßten offenen Briefes an die Parteiführung, in dem die Einhaltung der Menschenrechte und die Freilassung politischer Gefangener gefordert

24 Zu Yuan Hongbing vgl.: Yang Po, Die Autoren von „Die historische Strömung“ handeln sich politische Schwierigkeiten ein („Lishi de chaoliu“ zhuzhe ge ling fengsao), in: Zhengming, (1992) 7, S. 35–36.

25 Zitiert nach Chi Yue, Yuan Hongbing mobilisiert zum Feldzug gegen „links“ (Yuan Hongbing de fa „zuo“ xiwen), in: Zhengming, (1992) 7, S. 37f., hier S. 37. Alle Ausführungen zu Yuan Hongbings Artikel beruhen auf der Publikation von Chi Yue.

26 Das Verbot von „Die historische Strömung“ zeigt, wie stark der Einfluß der sogenannten linken Ideologen um Chen Yun im Bereich der Medien und des Publikationswesens noch ist. Offenbar befindet sich nicht nur das Zentralorgan der KPCh, die Peking-*Volkszeitung*, in ihrer Hand, auch andere Bereiche des intellektuellen Lebens und vor allem die Zensur scheinen ihren Befehlen zu gehorchen.

wurde: Er veröffentlichte Ende 1992 in der Hongkonger Zeitschrift „*Jiushi niandai*“ einen Artikel mit dem Titel „Ohne politische Demokratie kann die Reform keinen Erfolg haben“, in dem er beklagt, daß nach 1989 die Demokraten erneut zu Feinden erklärt worden seien und statt dessen „die Worte und Schmeicheleien von Betrügern, Lumpen und Prostituierten“ den Mächtigen in den Ohren klängen, während „die Vertreter der Gerechtigkeit keine [Möglichkeit] hätten, über das Unglück der chinesischen Nation Klage zu führen“<sup>27</sup>. Er hält daran fest, daß die von Deng Xiaoping anvisierte Reform nur dann zu Stabilität und Solidarität in der Gesellschaft führen kann, wenn sie von einer Demokratisierung begleitet wird. Reform ohne Demokratie provoziere Korruption und Vetternwirtschaft, und diese seien für die Bevölkerung so unerträglich, daß sich in ihrer Folge Unruhen entwickelten. Den Menschen läge aber nicht an einer heftigen, gar gewaltvollen politischen Veränderung, sie wollten schrittweise Reformen, wären aber nur bereit, die damit einhergehenden Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, wenn sie auf der anderen Seite ein Mehr an Demokratie und Freiheit gewinnen. Nur die Verbindung von ökonomischer und politischer Reform befände sich in Übereinstimmung mit der „internationalen Strömung“, ihr müsse man folgen, sonst ginge man unter!

So erweist sich Xu Liangying als Vertreter einer Strömung, die noch an den Grundprämissen festhält, welche von westlichen Kommentatoren 1989 als politische Linie der demonstrierenden Studenten ausgemacht wurde. Wie damals ist für ihn das Hauptproblem, daß die vielgelobte Wirtschaftsreform in China paradoxerweise zwar zahlreiche Vorteile für die städtischen Konsumenten mit sich bringt, im Bereich der Verwaltung und das heißt insbesondere im Verhältnis des Staates zum einzelnen Bürger jedoch erhebliche Nachteile hervorgebracht hat. So heißt „Demokratisierung“ für ihn wie wahrscheinlich auch für die Studenten auf dem Tian-An-Men-Platz im Frühsommer 1989: Abbau von Korruption, Vetternwirtschaft und Privilegien. Nicht mehr und nicht weniger.

### 3. Die Exilbewegung

Die Reden Deng Xiaopings auf seiner Reise in den Süden haben nicht nur die Wirtschaft Chinas angeblich wieder in Schwung gebracht und die inner-

parteiliche Diskussion angeheizt<sup>28</sup>, sie haben auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Diskussion unter den seit 1989 im Exil verharrenden chinesischen Intellektuellen ausgeübt<sup>29</sup>. Yuan Ming<sup>30</sup>, Autor aus dem amerikanischen Exil, versucht dabei, die Notwendigkeit einer parteiunabhängigen demokratischen Bewegung daraus abzuleiten, daß richtige Einsichten der Parteiführung ohne den Druck der Demokratiebewegung nie zustande gekommen wären. So seien die heute noch viel gerühmten Beschlüsse des 3. Plenums des 11. Zentralkomitees (ZK) vom Dezember 1978 Ergebnis der Demokratiebewegung an der Xi-Dan-Straße in Peking<sup>31</sup> sowie der von den Bauern geforderten und spontan in Gang gesetzten Auflösung der Kommunen. Durch den von seiten der Bevölkerung ausgeübten Druck sei es gelungen, der Partei erste Schritte hin zur Auflösung der totalen Herrschaft über Politik, Ökonomie und Kultur abzutrotzen und damit die Grundlage für den mittelfristig zu erwartenden Machtverlust der KPCh zu

28 Streng genommen bahnte sich der erneute Aufschwung der chinesischen Wirtschaft schon vor der Reise von Deng Xiaoping in den Süden an, genauso wie die innerparteiliche Diskussion nicht durch seine Ausführungen initiiert wurde, sondern Dengs Reden eher als – allerdings höchst autoritativer – Beitrag zu einer seit Monaten andauernden Diskussion verstanden werden müssen. Vgl. hierzu auch den äußerst informativen Artikel von Qi Xing, Die KP auf dem kapitalistischen Trip und Reaktionen der Hongkonger Geschäftswelt darauf (*Zhonggong zou zi, gangshang wen feng er dong*), in: *Jiushi niandai*, (1992) 2, S. 32–35. In diesem Artikel wird noch nicht Bezug auf die Reden Deng Xiaopings genommen, sondern die Diskussion über die Ereignisse in der SU dahingehend zusammengefaßt, daß sich in der Führung der KPCh die Meinung durchgesetzt habe, nur ein wirtschaftlicher Aufschwung könne China retten. Der Hongkonger Geschäftswelt böten sich dadurch erneut gute Chancen, ihr wirtschaftliches Engagement auf dem chinesischen Festland zu verstärken.

29 Zur Situation der demokratischen Opposition in der VR China und im Exil vgl. auch Kai Möller, Was will, was kann die demokratische Opposition in China? Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP – IP 2784, März 1993.

30 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Artikel von Yuan Ming, Vorwärts in die Freiheit oder zurück in die Versklavung? Die aktuelle Situation der Reform in China und die Taktik der demokratischen Bewegung (*Zouxiang ziyou, hai shi huidao nuyi – hzongguo gaige xin xingshi yu minzhu yundong de celüe*), in: *Zhengming*, (1992) 6, S. 34–38.

31 1978 entstand im Zentrum Pekings an der Xi-Dan-Straße eine „Mauer“, an der Wandzeitungen aufgehängt wurden, in denen wie auch in den damals verbreiteten inoffiziellen (*minban*) Zeitschriften die Forderung nach einer fünften Modernisierung, d. h. Demokratisierung, erhoben wurde. Als ein Führer der demokratischen Bewegung wurde Wei Jingsheng damals inhaftiert und zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Trotz seiner schweren Erkrankung wurde er erst im Sommer 1993 aus der Haft entlassen. Das 3. Plenum des 11. ZK der KPCh faßte grundlegende Beschlüsse, die bis heute als Beginn der Öffnungs- und Reformpolitik Deng Xiaopings verstanden werden.

27 Vgl. Xu Liangying, Ohne politische Demokratie kann die Reform keinen Erfolg haben (*Mei you zhengzhi minzhu, gaige kaifang bu keneng chenggong*), in: *Jiushi niandai*, (1992) 12, S. 60–62, hier S. 60.

legen. Um jedoch im Zuge der Auflösung der Parteiherrschaft die Gesellschaft nicht in Chaos und Bürgerkrieg zu führen, müsse die demokratische Bewegung mit größter Vorsicht vorgehen und sich dabei auf das berufen, was Deng Xiaoping selbst einmal gefordert habe, nämlich darauf, daß „schrittweise und systematisch“ die „Reform des Führungssystems von Partei und Staat“ sowie die „Demokratisierung“ (der Gesellschaft) und die „Einführung des Rechtssystems“ durchgeführt werden. Das bedeute jedoch nicht, daß die demokratische Bewegung des Jahres 1989 drei Jahre nach ihrer Niederschlagung als zu radikal und unvorsichtig kritisiert werden dürfe<sup>32</sup>. Die Bewegung sei gerechtfertigt gewesen, und an ihren Idealen müsse auch heute noch festgehalten werden, selbst wenn die augenblickliche Lage verlange, daß hauptsächlich legale Mittel zur Durchsetzung einer schrittweisen Reform angewandt würden.

In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der französischen Abteilung der „Föderation für ein demokratisches China“ (*Minzhen*), Cai Chongguo<sup>33</sup>, wird dementsprechend direkt die Frage aufgeworfen, ob die Volksrepublik China dem sowjetischen Vorbild folgen müsse und der politischen Reform Vorrang vor der ökonomischen einräumen solle oder ob man eher dem Vorbild der „vier kleinen Drachen“, d. h. Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea, nacheifern solle, die der ökonomischen Reform Vorrang vor der politischen einräumten. Cai Chongguo entgegnet, daß die Frage weder in der einen noch in der anderen Richtung beantwortet werden könne, da die Besonderheit des kommunistischen Systems als Einheit von Politik, Ideologie und Ökonomie verlange, alle drei Aspekte gleichzeitig und in ihrer Interdependenz zu betrachten. In keinem Fall könne man die kommunistische Herrschaftsform direkt in eine demokratische überführen, es bedürfe vielmehr einer Übergangsphase, in der weder ungehindert die Marktwirtschaft praktiziert, noch volle Presse-

freiheit garantiert werden dürfe. Die von Deng Xiaoping befürworteten Reformen seien objektiv ein richtiger Schritt in diese Richtung, insofern sie einen Beitrag zur Auflösung der Einheit von Politik, Ideologie und Ökonomie, zur Entfaltung der Souveränität der Menschen in China sowie zur Schwächung der Vorherrschaft der Zentrale über die Provinzen leisteten. Auch im Bereich der Ideologie, der bisher in China durch die Einheit von Politik und Orthodoxie gekennzeichnet gewesen sei, fördere Dengs Pragmatismus eine Entspannung, weshalb man konstatieren müsse, daß seine Politik genau den Anforderungen entspreche, die an ein Übergangsregime gestellt werden müßten. Die Aufgabe der demokratischen Bewegung bestünde darin, „zur gleichen Zeit, da sie den aktiven Kampf zur Beendigung der Einparteiendiktatur der Kommunistischen Partei führe, die Reformen aktiv zu unterstützen, die zu einer schrittweisen Auflösung der Einheit von Politik, Ideologie und Ökonomie führen“<sup>34</sup>.

Beide Beiträge zeigen, daß Deng mit seiner Politik der ohnehin noch schwach entwickelten Exilbewegung wieder einmal den Wind aus den Segeln genommen hat; er hat sie gezwungen, ihn nicht nur innerhalb der KPCh und innerhalb der VR China, sondern selbst für die im Ausland agierende Exilbewegung als Fixpunkt anzuerkennen, von dem alle Initiativen ausgehen und an dem alle Initiativen gemessen werden müssen. So ist die Euphorie der bitteren Einsicht gewichen, daß der direkte Übergang vom Sozialismus zur Demokratie in das Chaos führt. Und nicht zuletzt die Entwicklung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion bestärken die Exilchinesen in der Ansicht, daß ein Übergangsregime China vor Zerfall und Bürgerkrieg retten muß. Längst geht es nicht mehr darum, ob zuerst die Wirtschaft reformiert oder die Politik demokratisiert werden soll. Die drohende Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges hat aus der Diskussion um Demokratie ein Spiel mit dem Feuer gemacht.

---

#### IV. Ökonomie und Politik in historischer Perspektive

---

Die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Modernisierungsprozeß hat in China nicht erst in den achtziger Jahren begonnen. Sie ist vielmehr ein Leitmotiv der inner-

32 Yuan Ming grenzt sich hier von – wie er selbst sagt – neo-konservativen Strömungen ab, die heute der demokratischen Bewegung des Jahres 1989 jegliche Legitimität absprechen, ohne dabei jedoch auf die Interpretation der Parteiführung einzuschwenken, die nach wie vor daran festhält, daß diese Bewegung „konterrevolutionär“ gewesen sei. Innerhalb der Exilbewegung gibt es allerdings auch andere als „neo-konservative“ Strömungen, die aus Anlaß des 3. Jahrestages des Massakers auf dem Tian-An-Men-Platz grundlegend Kritik an der Perspektivlosigkeit und Naivität der Bewegung üben und ihr vorwerfen, eine Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas zuungunsten der Reform provoziert zu haben.

33 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Artikel von Chen Ying, Nicht nur kurzfristig, sondern besser langfristig denken (*Du guang san du zhao yuan si*), in: *Zhengming*, (1992) 6, S. 34–41.

34 Ebd., S. 41.

elitären Diskussion seit Gründung der Volksrepublik China im Oktober 1949, ja geradezu die Matrix, vor der auf den ersten Blick abstrus wirkende Kämpfe zwischen den Führern der KPCh einen Sinn gewinnen. Voraussetzung für ein solches Verständnis der Vorgänge ist freilich, daß die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Ökonomie auch als Problem von Ideologie und Ökonomie betrachtet und nicht auf das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft reduziert wird.

In den achtziger Jahren ist die Auseinandersetzung über Politik und Ideologie auf der einen, Ökonomie und Entwicklung auf der anderen Seite allerdings auf andere Weise geführt worden, als in der Ära Mao Zedongs. Zunächst führte die Empörung über die am Ende der siebziger Jahre enttabuisierten Verbrechen der „Kulturrevolution“ zu einer Demokratisierungseuphorie, die selbst in den öffentlich zugänglichen Medien der Kommunistischen Partei ihren Ausdruck fand. Man forderte dort einen grundlegenden Umbau des politischen Systems im Sinne der Einführung von Demokratie und eines Rechtssystems, um ein nochmaliges Ausbrechen einer „Kulturrevolution“ zu verhindern. Wichtigster Fürsprecher dieser inner- und außerhalb der Kommunistischen Partei Chinas propagierten Linie war der spätere Parteisekretär Hu Yaobang, der damals zunächst mit der Leitung der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, später mit der Führung der Zentralen Parteihochschule betraut worden war und sich innerhalb der Partei vehement für die Rehabilitierung der seit den fünfziger Jahren verfolgten Intellektuellen einsetzte<sup>35</sup>. Deng Xiaoping, der Hu Yaobang zunächst in seiner Politik unterstützt hatte, setzte den Forderungen nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit jedoch schon 1979 das Argument entgegen, daß die politische Veränderung des Systems in der VR China nicht in Widerspruch zu den „vier Grundprinzipien“ geraten dürfe, d. h., daß man an dem sozialistischen System und der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten müsse<sup>36</sup>. Er reagierte damit nicht nur auf die innerhalb der Partei von Intellektuellen im Umkreis Hu Yaobangs immer stärker verbreitete Forderung nach Demokratie, sondern auch auf eine sich außerhalb der Partei formierende Bewegung junger Arbeiter und Intellektueller. Deren prominentester Repräsentant, Wei Jingsheng, trat in Wandzeitungen und nichtzensierten Magazinen dafür ein, die vier Modernisierungen durch eine fünfte,

die Demokratisierung, zu ergänzen. Damit setzte er erstmalig die seit dem Tod Mao Zedongs losgelöst von der Ökonomie erhobene Forderung nach politischer Umgestaltung in ein Verhältnis zu der Notwendigkeit, die „vier Modernisierungen“ durchzuführen<sup>37</sup>. So viele Intellektuelle dieser Forderung insgeheim auch zustimmten, der Gedanke wirkte doch im Kontext des ersten Freudentaumels über Konsum und ein bißchen mehr an Redefreiheit verfrüht. Kein Wunder, daß die Studenten auf dem Tian-An-Men-Platz im Frühjahr 1989 sich Wei Jingshengs kaum erinnerten.

Je mehr das soziale und politische Gefüge der VR China im Zuge der forcierten Modernisierung in Auflösung geriet, desto dringender stellte sich die Frage, wie lange und unter welchen Bedingungen die Kommunistische Partei Chinas in der Lage sein würde, sich als „führende Kraft“ zu behaupten. Damit setzte sich in der Diskussion um Politik und Ökonomie eine neue Trendwende durch. Hatte in den frühen achtziger Jahren noch die Frage an erster Stelle gestanden, wie Personenkult und kulturrevolutionäres Chaos in Zukunft verhindert werden könnten, drängte sich nun das Problem des Machterhalts der Partei als politisches Problem der Modernisierung in den Vordergrund.

Als unmittelbares Vorspiel auf die oben dargestellte Diskussion kann dabei die Auseinandersetzung über den „Neo-Autoritarismus“ gelten, die vor allem in dem theoretischen Teil der „*Zhongguo qingnianbao*“ (Chinesische Jugendzeitung) und in der im Sommer 1989 mit Verbot belegten Zeitung *World Economic Tribune* („*Shijie jingji daobao*“) geführt wurde. In dieser Diskussion wurde das Beispiel der „vier kleinen Drachen“ bemüht, um die Stabilität eines notfalls auch autoritären politischen Regimes als Voraussetzung für die ökonomische Modernisierung zu propagieren. Die Vertreter des „Neo-Autoritarismus“, die sich um den damaligen Parteivorsitzenden Zhao Ziyang scharten, stellten sich vor, die VR China könne sich im Verlauf der ökonomischen Entwicklung schrittweise von einem autoritären Regime über ein semi-autoritäres Interregnum zu einer durch Marktwirtschaft und Demokratie gekennzeichneten politischen Entität entwickeln, und argumentierten in ihren Artikeln vehement gegen die Forderung nach sofortiger Demokratisierung.

Die meisten Vertreter des „Neo-Autoritarismus“ haben nach den blutigen Ereignissen auf dem Tian-An-Men-Platz in Peking 1989 und der Ent-

35 Vgl. Merle Goldman, Hu Yaobang's Intellectual Network and the Theory Conference of 1979, in: *The China Quarterly*, (1991) 126, S. 219–242.

36 Vgl. ebd., S. 235–237.

37 Vgl. ebd., S. 226–229; vgl. auch Anm. 31.



machtung Zhao Ziyangs die Volksrepublik China verlassen müssen, obwohl ihre Forderungen im Vergleich zu den Diskussionen, die noch Anfang der achtziger Jahre geführt wurden, moderat und angepaßt wirkten. Die von ihnen angestoßene Diskussion ist jedoch bis heute nicht verstummt, und viele ihrer Grundauffassungen finden sich sowohl in dem wieder, was heute im Exil diskutiert wird, als auch in dem, was die „Partei der Kronprinzen“ heute „Neo-Konservativismus“ nennt<sup>38</sup>.

---

## V. Politik und Ökonomie in komplementärem Zusammenhang

---

Die unendliche Diskussion über Politik und Ökonomie in China zeigt uns, daß Politik und Ökonomie in einer Gesellschaft sozialistischer Prägung, wie wir sie in der VR China vorfinden, auf das engste miteinander verbunden sind – nicht mehr und nicht weniger. Das gesamtgesellschaftliche Interesse besteht darin, die Modernisierung mit dem Ziel durchzuführen, das durch die westlichen Industrienationen vorgegebene Niveau von Produktivität und Lebensstandard zu erreichen. Dieses Interesse wird jedoch im Kontext einer sozialistisch organisierten Gesellschaft verfolgt, deren Legitimität darin besteht, Modernisierung ohne soziale Härten – „ohne Ausbeutung und Unterdrückung“ – herbeizuführen. Genau in dieser Verknüpfung von ökonomischer Entwicklung einerseits und sozialem Ausgleich andererseits liegt mit Notwendigkeit die Komplementarität von Ökonomie und Politik. Sobald die ökonomische Modernisierung an die Grenzen des Sozialismus stößt – und das heißt in China insbesondere: sobald die Modernisierung gegen das Prinzip des Egalitarismus verstößt, die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinanderklafft und das soziale Gleichgewicht ins Wanken gerät –, muß ihr aus politischen Gründen Einhalt geboten werden. Genau darin beweist sich der „Vorteil des Sozialismus“ („*shehui zhuyi de youyuexing*“). Verhindert aber andersherum das Primat der Politik die ökonomische Entwicklung, drohen Hungersnöte und wirtschaftlicher Zusammenbruch wie nach dem „Großen Sprung nach vorn“ und der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, wird der Ökonomie wieder Vorrang eingeräumt, werden Ungleichheiten zugelassen und wird die Entwicklung forciert, bis die ökonomische Krise überwunden ist.

38 Vgl. Wen-hui Tsai (Anm. 14), S. 6–8.

Dieses Hin und Her in der Realpolitik, das die Geschichte der Volksrepublik China wie ein roter Faden durchzieht, entspricht den immer wieder erkennbaren zwei Polen in der politischen Auseinandersetzung. Beide Pole ergänzen sich und schließen sich zugleich aus, beide sind Ausdruck jeweils eines Aspektes der gesellschaftlichen Entwicklung, der ohne den anderen nicht existieren kann. Sich aus diesem System der Koexistenz herauszubeben bedeutet, der Gesellschaft einen grundlegenden Umbau aufzuzwingen, der – wie wir aus der Geschichte wissen – bisher in China schon oft versucht worden ist, doch noch nie ohne Blutvergießen vonstatten gegangen ist.

Vor diesem Hintergrund scheint es gefährlich, die Politik Deng Xiaopings als „chinesischen Pragmatismus“<sup>39</sup> zu feiern und mit ihr die Hoffnung zu verbinden, die Volksrepublik China könne sich mittelfristig ökonomisch, politisch und kulturell dem Westen annähern. Zum einen wird dabei allzu leicht vergessen, daß der sogenannte Pragmatismus Deng Xiaopings immer deutlicher nicht nur das Ziel der Modernisierung Chinas im Auge hat, sondern Mittel zum Zwecke der Machterhaltung der Kommunistischen Partei ist. Zum anderen übersehen die Modernisierungseuphoriker auch die objektiven und subjektiven Hindernisse, die uneingeschränkt pragmatischem Handeln in China entgegenstehen. Denn nur auf den ersten Blick erscheint die Vorherrschaft der Ökonomie über die Politik als Kernstück des Pragmatismus von Deng Xiaoping wie ein Abschied von der ideologie- und politikgeprägten Entwicklungsstrategie Mao Zedongs. Der Ausgangspunkt der Strategie Deng Xiaopings ist ein politischer, und der ideologische Rahmen, in dem er sich bewegt, ist von ihm selbst mit den „vier Grundprinzipien“ deutlich abgesteckt worden. Selbst wenn er in der ihm eigenen Flexibilität willens sein sollte, ideologische Erwägungen weitestgehend aus seinen Überlegungen auszuklammern, ist die Effektivität seiner Strategie nicht überzeugend genug, eine kulturelle Tradition zu löschen, in der Politik nur dann legitim sein kann, wenn sie mit moralischen Prinzipien in Übereinstimmung zu bringen ist.

Interessanterweise setzt Dengs schärfster Widersacher Chen Yun auch genau an dieser Stelle mit seinen Gegenargumenten an, indem er den allgemeinen moralischen Verfall, das Eindringen westlicher Ideen und das Abweichen von der Orthodoxie kritisiert. Ohne den Marxismus-Leninismus in

39 Vgl. hierzu den interessanten Beitrag von Lucian W. Pye, On Chinese Pragmatism in the 1980s, in: The China Quarterly, (1986) 106, S. 207–234.

sinisierter Form wäre die VR China ein Entwicklungsland unter anderen, das im Vergleich zu seinen Nachbarn als noch nicht einmal besonders erfolgreich bei dem Versuch der Überwindung von Unterentwicklung bezeichnet werden könnte<sup>40</sup>. Mit dem Marxismus-Leninismus als „Vogelkäfig“ kann jedoch die Einzigartigkeit des Experiments dem unangenehmen Vergleich mit anderen Ländern vorbeugen, kann die Zügellosigkeit der Marktwirtschaft im Sinne von sozialem Ausgleich und Gerechtigkeit ideologisch gebändigt und dadurch die Moral in der Politik unter Beweis gestellt werden. Der sinisierte Marxismus-Leninismus ist somit nach wie vor Grundlage der von der politischen Elite definierten nationalen Identität; von ihm abzuweichen hieße deshalb weit mehr, als dem Sozialismus eine Niederlage zu bereiten.

40 Trotz großer Erfolge bei der Ausstattung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln bleibt zu beachten, daß die Entwicklung des Bruttosozialproduktes pro Kopf seit 1979 nahezu stagniert. China liegt heute auf Platz 141 unter 185 Staaten und Territorien. Vgl. K. Möller (Anm. 29), S. 26.

So erscheint der zermürbende Machtkampf der Fraktionen in der Kommunistischen Partei Chinas als integraler Bestandteil des dort herrschenden politischen Systems. Indem die eine Fraktion die andere komplementär ergänzt, diese Komplementarität aber zugleich als Kampf beobachtbar wird, stabilisiert sich das System immer wieder von selbst und macht es allen Alternativen schwer, sich außerhalb des von der Partei definierten Spektrums zu behaupten.

Und dennoch: Die KPCh bangt um den Verlust der Macht, nicht nur weil die Ereignisse in der ehemaligen Sowjetunion ihr zeigen, wie schnell das Parteiimperium zerbrechen kann, sondern auch, weil sie ahnt, daß der Erfolg ihrer Bemühungen um die Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung weniger durch den „Kampf zweier Linien“ in Peking als durch die Realität einer ökonomischen Entwicklung bestimmt sein wird, die das Land immer deutlicher auseinanderreißt.

# Sozialer Wandel in der Volksrepublik China

---

## I. Vorbemerkung

---

Prozesse sozialen Wandels, in denen sich die Grundgliederung einer Gesellschaft und die stabilen Regelmäßigkeiten des sozialen Lebens verändern, gehören zu den Allgegenwärtigkeiten gesellschaftlichen Lebens. Als konfliktträchtig und bedrohlich erweisen sie sich erst dann, wenn die Geschwindigkeit, das Verlaufsmuster und der Umfang dieses Wandels zu Brüchen in der Sozialstruktur führen und die sonst auf mittlere Sicht stabilen institutionellen Handlungsorientierungen der Individuen entwerfen. Dies ist z. B. in der ehemaligen DDR der Fall. Die aktuellen Entwicklungen in Ostdeutschland wie auch in anderen ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas sprechen dafür, daß es sich hier eher um Strukturbrüche und die „Beweglichkeit von Strukturen“ handelt und nicht mehr um „Bewegungen in Strukturen“<sup>1</sup>, also um normale, vergleichsweise langsame Anpassungsprozesse. Demgegenüber scheinen die Prozesse sozialen Wandels in der VR China weit weniger den Charakter eines Strukturbruchs aufzuweisen.

Die sich gegenwärtig in der Volksrepublik China vollziehenden Wandlungsprozesse unterscheiden sich von denen in Osteuropa u. a. in den Ausgangsbedingungen, im Umfang, in der Geschwindigkeit und im Verlaufsmuster. Die geopolitischen Rahmenbedingungen, die spezifisch chinesische Übernahme und Anpassung des sozialistischen Systems und nicht zuletzt die kulturellen Traditionen haben eine Sonderstellung Chinas begünstigt. Diese Sonderstellung hat dazu geführt, daß in China die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt und diskutiert und daß 1978 ein Prozeß der wirtschaftlichen Reformen angestoßen wurde. Zunächst erfaßte er nur die Landwirtschaft. Erst in einem zweiten Schritt und nach verschiedenen Experimenten wurde dann 1984 die Reform der Industrie vorangetrieben. Aus der Sicht der chinesischen Wirtschaftsreformer soll(te) die sozialistische Wirtschaft schrittweise modernisiert werden. Eine

generelle Änderung der Eigentumsverhältnisse und die Privatisierung von Staatseigentum wurde dabei nicht als Vorbedingung der Modernisierung angesehen. Staatseigentum soll im Gegenteil das Rückgrat der sozialistischen Wirtschaft bleiben.

Der Prozeß des sozialen Wandels in der Volksrepublik China geht also auf eine aktive und schrittweise vorangetriebene Wirtschafts- und Industriepolitik zurück. Wirtschaftliches Wachstum soll sich unter politisch kontrollierten und autoritären Rahmenbedingungen vollziehen und der davon ausgehende soziale Wandel unterhalb der Konfliktschwelle gehalten werden.

Die Dynamik der Wirtschaftsreform hat jedoch bereits Entwicklungen ausgelöst, die weit über den Bereich der Wirtschaft hinausgehen. Die Zulassung von Märkten bedeutet de facto eine ordnungspolitische Weichenstellung in Richtung Marktwirtschaft. Die vergrößerten Autonomiepielräume der Wirtschaftssubjekte lassen die gegebene Machtkonstellation in der Gesellschaft brüchig werden und berühren unterschwellig das etablierte politische System. Die im Sozialismus entstandenen Grundstrukturen auf dem Land und in den Städten haben sich bereits aufgelöst oder unterliegen derzeit einem starken Veränderungsdruck. Die institutionellen Rahmenbedingungen gesellschaftlichen Handelns bilden sich um, das Ungleichheitsgefüge ändert sich.

In der VR China vollzieht sich ein Modernisierungsprozeß in Richtung auf eine marktförmig koordinierte Industriegesellschaft. In diesem Artikel wollen wir sozialstrukturelle Auswirkungen dieses Reformprozesses untersuchen. Wir gehen davon aus, daß er nach dem Muster eines Übergangs von „unzusammenhängender Gleichartigkeit“ hin zu „verflochtener Verschiedenartigkeit“<sup>2</sup> abläuft. Zum Beispiel wandeln sich autarke Volkskommunen und industrielle Einheiten zu spezialisierten Bauernhaushalten und arbeitsteilig organisierten Industriebetrieben. Die Gesellschaft bedarf bei einer Zunahme der Differenzierung neuer Verflechtungen und neuer Formen arbeitsteiliger Integration. Dabei können Phänomene der Moderni-

---

1 Vgl. Peter A. Berger, Von Bewegungen hin zur Beweglichkeit von Strukturen, in: Soziale Welt, 42 (1991) 4, S. 68–92. (Karte der VR China und Zahlenmaterial siehe Anhang des Heftes.)

2 Stefan Hradil, Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 4.

sierung mit solchen der Retraditionalisierung einhergehen.

In der folgenden Darstellung richten wir unser Augenmerk zunächst auf die Frage, wie die ordnungspolitische Weichenstellung zugunsten der Marktwirtschaft zur Zunahme der gesellschaftlichen Differenzierung beiträgt (Kapitel II). Industrialisierung und Modernisierung erfordern neue Koordinations- und Integrationsleistungen. In Kapitel III skizzieren wir Veränderungen in der Erwerbssphäre und beschreiben Ansätze institutionellen Wandels am Beispiel des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems. Weiter fragen wir nach Veränderungen in den Strukturen sozialer Ungleichheit (Kapitel IV) und nach möglichen Bruchstellen im Prozeß des sozialen Wandels (Kapitel V).

---

## II. Zunahme gesellschaftlicher Differenzierung

---

### 1. Ordnungspolitische Auseinandersetzung um das Verhältnis von Plan und Markt

Die chinesische Reformphase seit 1978 ist durch eine intensive Auseinandersetzung der politischen Führung mit ordnungspolitischen Fragen gekennzeichnet. Die politischen Auseinandersetzungen kreisten um Fragen der Verbindung von Plan- und Marktelementen, der Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse und der Instrumente wirtschaftlicher Koordination. Die Antworten fielen je nach Zugehörigkeit zu politischen Lagern und Fraktionen kontrovers aus. Der Verlauf dieser Auseinandersetzung um den ordnungspolitischen Kurs Chinas kann keineswegs als geradlinig und auch nicht als abgeschlossen betrachtet werden.

Eckdaten des Reformprozesses sind die ordnungspolitischen Entscheidungen von 1978, die von einem dualen Plan-Markt-Verständnis geprägt waren („Der Plan ist die Grundlage, Marktregulierung die Ergänzung“), und die Entscheidung von 1984, die von der grundsätzlichen Vereinbarkeit von Plan und Markt ausging („Sozialistische geplante Warenwirtschaft“) und die Zulassung von Marktelementen eröffnete. Im Oktober 1992 wurde schließlich das Konzept einer „Sozialistischen Marktwirtschaft“ beschlossen. Plan und Markt sind nunmehr lediglich unterschiedliche Koordinationsmechanismen und nicht mehr Unterscheidungskriterien zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Diese Sequenz von Beschlüssen führte zu einer hochkomplexen Verbindung von Plan und Markt sowie zu einer Dezentralisierung von Wirtschaftsentscheidungen. Wichtige Elemente der Reform sind hierbei: die Zulassung von Märkten (Märkte für Produktionsmittel, Kapital, Technologie, Arbeit) und von Privateigentum; die Übergabe der Bewirtschaftungsrechte an die bäuerlichen Haushalte und die Auflösung der Volkskommunen; die Autonomie der Staatsbetriebe durch das Prinzip der Trennung von Verfügungs- und Eigentumsrechten über staatliches Eigentum; die weitgehende Freigabe von Preisen sowie zahlreiche Einzelreformen (u.a. die Lohnreform, Arbeitsreform, Bildungsreform, Reform des sozialen Sicherungssystems, die Öffnungs- und Außenhandelspolitik).

Die ordnungspolitische Weichenstellung in Richtung Marktwirtschaft und Dezentralisierung hat zu der heute bekannten wirtschaftlichen Dynamik geführt, vor allem im Privatsektor, im „marktoffenen“ Kollektivsektor und in den Küstenprovinzen. Mit jährlichen Wachstumsraten von rund zehn Prozent während der achtziger Jahre und einem Anstieg des industriellen Bruttowerts um 25,1 Prozent im ersten Halbjahr 1993<sup>3</sup> boomt die chinesische Wirtschaft.

Die gewollte wirtschaftliche Dynamik hat aber auch Entwicklungen angestoßen, die in dieser Form nur bedingt intendiert waren. Die Entstehung regionaler Wachstumspole (Süden, Ostküste), die Veränderungen im Stadt-Land-Verhältnis und die komplexe Dualität von Plan- und Marktbereichen drohen Prozesse auszulösen, die der bisherigen politischen Kontrolle und Steuerung entgleiten könnten. Die weitreichendsten Folgen hätte sicher eine Auflösung des Staatsverbandes.

### 2. Zur Neudefinition des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Nach dem ausdrücklichen Willen der politischen Führung soll die Wirtschaftsreform in China unter stabilen politischen Bedingungen vorangetrieben werden<sup>4</sup>. Die Kommunistische Partei hat ihren Anspruch auf die führende Rolle in Staat und Gesellschaft nicht abgemindert. Dies hat sie nicht zuletzt

3 Vgl. Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 23. 6. 1993, zit. nach Margot Schüller, Absturz oder weiche Landung? Anmerkungen zur aktuellen Wirtschaftsentwicklung in China, in: China aktuell, (1993) Juni, S. 568f. An diesem Wachstum ist die staatseigene Industrie am geringsten beteiligt.

4 Siehe dazu den Beitrag von Susanne Weigelin-Schwiedrik in diesem Heft.

im Juni 1989 (Massaker auf dem Tian-An-Men-Platz in Beijing) deutlich zum Ausdruck gebracht. Dessenungeachtet haben sich jedoch bereits Veränderungen vollzogen, die langfristig zu einer Neudefinition des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft führen müssen.

*Erstens* haben die regionale Dezentralisierung und das wirtschaftliche Erstarren einzelner Regionen (z.B. Guangdong) die Balance zwischen Zentrale und Regionen nachhaltig verändert. Die Aufgaben des Zentralstaats müssen im Verhältnis zu den Provinzen und Städten, zu den Kreisen und Gemeinden neu bestimmt, Steueraufkommen festgelegt und entsprechend den Aufgaben verteilt werden<sup>5</sup>. Die wachsenden regionalen Disparitäten erfordern eine Politik zum Erhalt des Nationalstaates, z.B. für die Gestaltung eines föderalen Systems.

*Zweitens* haben die zunehmende Koordination der Wirtschaft über Marktmechanismen (z.B. Preise als Indikator von Knappheiten, Konkurrenz, Geld als universelles Tauschmittel) sowie der Abbau des Planungssystems und der Ressourcenzuteilung die darauf beruhende direkte Allokations- und Kontrollmacht der staatlichen Bürokratie bereits deutlich untergraben. Die allumfassende staatliche Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft, gleichermaßen in Stadt und Land, stützte sich auf das distributive und redistributive Monopol des Staates. Ressourcen, Kapital und Arbeit wurden zentral zugeteilt und begründeten eine umfassende Abhängigkeit aller Wirtschaftssubjekte vom Staat. Heute werden immer größere Anteile der Wirtschaftsleistung außerhalb des alten Planbereichs und der staatlichen Wirtschaft erbracht<sup>6</sup>.

Die sich langsam aus politischer Bevormundung befreiende Wirtschaft erfordert neue Aufgabendefinitionen und gesellschaftliche Integrationsleistungen. So müssen sich institutionelle Rahmenbedingungen verändern oder Institutionen überhaupt erst entstehen, wie z.B. das Rechtssystem, der Arbeitsmarkt oder das System sozialer Sicherung. China befindet sich derzeit in einem Prozeß umfassenden institutionellen Wandels. Die ordnungs-

politisch neue Aufgabe des Staates ist, neue Politiken zu entwickeln (z.B. eine Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik) und die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu setzen.

*Drittens* ist auch die Rolle der Kommunistischen Partei von den Veränderungen betroffen. Zwar ist die in mehr als 40 Jahren durchgesetzte Verquickung von Staat und Einheitspartei noch immer festgefügt und ein plurales Parteiensystem vorerst nicht in Sicht. Dennoch bedeutet der Verlust des staatlichen Ressourcenmonopols de facto auch einen herben Machteinbruch für die Partei. Damit verbindet sich ein Ansehensschwund, der sich in Massenausritten, Rekrutierungsproblemen und in der Überalterung der Kader zeigt. Parteimitgliedschaft stellt keine erstrebenswerte Auszeichnung mehr dar. Die wirtschaftliche Verantwortung der Betriebsleitungen und die ökonomische Unabhängigkeit der Bauernhaushalte haben die Parteisekretäre ins zweite Glied zurücktreten lassen. Die Partei reagierte auf die neuen Herausforderungen in gewohnter Weise mit ideologischen Kampagnen („sozialistische Erziehung“, „gute kommunistische Traditionen“, „Patriotismus“), scheint aber zu einer Neubestimmung ihrer Rolle noch nicht bereit zu sein.

### 3. Wandel ländlicher und städtischer Grundstrukturen

In dreißig Jahren sozialistischer Herrschaft in China hatten sich auf dem Land und in den Städten spezifische gesellschaftliche Grundstrukturen herausgebildet. Bis Anfang der achtziger Jahre waren die Volkskommunen mit ihren Untergliederungen die strukturbestimmenden Einheiten auf dem Land. In den Städten bildeten Betriebe und Institutionen die Grundeinheiten („danwei“ = *Einheit*) von Arbeit und Versorgung. Sie stehen gegenwärtig unter erheblichem Veränderungsdruck.

Auf dem Land hat die Gliederung nach Gemeinden die früheren Volkskommunen abgelöst. Im Zuge der Dekollektivierung und des Ausbaus der ländlichen Industrie haben sich die Handlungsspielräume deutlich erweitert. Neue soziale Akteure mit neuen Rechten und Handlungsmöglichkeiten sind in Erscheinung getreten: private Bauern, Haushalte, natürliche Dörfer und Kleinstädte. Die dörfliche Beschäftigungsstruktur ist komplexer geworden, es gibt Bauern, Arbeiter, Selbstbeschäftigte in Industrie und Handel, Privatunternehmer, Manager und Verwaltungskräfte. Nur noch die Minderheit der Dorfbewohner befaßt sich ausschließlich mit Landwirtschaft. Der „moderne“

5 Vgl. Sen Lin, A New Pattern of Decentralization in China: The Increase of Provincial Powers in Economic Legislation, in: China Information, VII (1992)3, S. 27-38.

6 Ende 1992 galten nach offiziellen Angaben für 90 Prozent der Konsumgüter und für 70 Prozent der Investitionsgüter Marktpreise. Vgl. Margot Schüller, Chinas Wirtschaft in den 90er Jahren. Neue Konzepte und Entwicklungsperspektiven, in: China aktuell, (1993) April, S. 353. Der nichtstaatliche Anteil der industriellen Produktion hat bereits 40 Prozent überschritten. Vgl. Gordon White, Riding the Tiger, Basingstoke-London 1993, S. 74.

Landwirt ist zugleich Arbeiter, Bauer und Händler und pendelt zwischen Dorf und Kleinstadt<sup>7</sup>.

Die Wirkung der Reformen auf die ländliche Sozialstruktur ist allerdings widersprüchlich: Die Herausbildung „moderner“ Elemente geht mit einer Reaktivierung „traditioneller“ Elemente einher. Mangelnde institutionelle Alternativen, sei es der sozialen Sicherheit, der Kapitalbeschaffung oder der Rechtssicherheit bilden eine Ursache für die Rückbesinnung auf die Familie. Retraditionalisierung erfolgt aber nicht ohne Einschluß neuer Elemente. Wiederbelebung der Tradition heißt in vielen Fällen auch das Wiederaufgreifen kollektiver Traditionen. Sie umfaßt die beiden Seiten: Abhängigkeit vom Kollektiv und Verantwortung des Kollektivs<sup>8</sup>.

Moderne Strukturen entstehen vor allem unter dem Eindruck der neuen nichtagrarischen Beschäftigungsmöglichkeiten und der Abnahme administrativer Kontrollen. Zumeist junge Familienmitglieder suchen Beschäftigungen mit höheren Verdienstmöglichkeiten, wandern als Zeitarbeiter in die Städte ab oder pendeln zwecks Vermarktung von Überschußprodukten. Sie werden so ökonomisch unabhängiger, und die elterliche Kontrollmöglichkeit nimmt ab; auch Frauen können sich aus dem Familienverband lösen. Die Jugendlichen gewinnen Einblick in städtische Lebensweisen und städtische Kultur; Konsumstile ändern sich<sup>9</sup>.

In der Stadt wandelt sich die Grundstruktur des in den fünfziger Jahren entstandenen „danwei“-Systems. Die Betriebe versorgten ihre Mitglieder mit Arbeit, Wohnraum, sozialer Sicherheit und Gütern des Grundbedarfs<sup>10</sup>. Die in der Wirtschaftsreform geforderte Konzentration der Betriebe auf ihre ökonomischen Aufgaben und der stärkere Zwang zur Behauptung am Markt berühren das bisherige Konzept einer betriebsgebundenen Lösung der gesellschaftlichen Sicherung und Versorgung. Gleichzeitig versiegt aber auch die Quelle

7 Vgl. Xu Jiangmin, Sunan nongmin shenghuo fangshi de bianhua (Veränderungen in der Lebensweise der Bauern Südjiangsus), in: Nongcun Jingji yu Shehui (Dörfliche Wirtschaft und Gesellschaft), (1993) 2, S. 35–44.

8 Die Verknüpfung der verschiedenen Elemente beschreibt I. Thireau am Beispiel der sozialen Sicherung auf dem Land. Vgl. Isabelle Thireau, Some traditional forms of solidarity and redistribution, and their consequence on the implementation of a social security system in the People's Republic of China, in: Renate Krieg/Monika Schädler (Hrsg.), Social Security in the PRC, Hamburg (i. E.).

9 Vgl. die Beiträge eines „Symposium on Rural Family Change“ in: The China Quarterly, (1992) 130, S. 317–391.

10 Vgl. Lu Feng, The Origins and Formation of the Unit (Danwei) System, in: Chinese Sociology and Anthropology, 25 (Spring 1993) 3, S. 7–92.

staatlicher Subventionen und verschärfen sich die betrieblichen Haushaltszwänge. Das betriebliche Sicherheitsnetz erscheint zunehmend als Ballast.

Der Wandel dieser ländlichen und städtischen Grundstrukturen hat den Abbau der staatlichen Durchdringung und der politischen Kontrolle zentraler Lebensbereiche eingeleitet. Die staatliche und politische Bevormundung wurde als Hemmnis für die Wirtschaftsreform und als Nährboden für Motivations-, Leistungs- und Verantwortungs-mangel angesehen. Die Aufhebung bzw. Lockerung dieser Grundeinheiten eröffnete neue Handlungsoptionen für die Menschen. Von diesem Wandel ist allerdings auch das bisher gewohnte und geschätzte Netz sozialer Sicherheit (u. a. Arbeitsplatzsicherheit, Kranken- und Alterssicherung) betroffen, das vor allem die staatlichen Einheiten ihren Mitgliedern boten. In der Stadt entwickeln sich allmählich überbetriebliche Institutionen für die soziale Absicherung, auf dem Land muß die Familie diese Funktion erfüllen und erfährt damit eine Aufwertung.

---

### III. Industrialisierung, Tertiärisierung und Wandel gesellschaftlicher Institutionen

---

#### 1. Industrialisierungs- und Tertiärisierungstendenzen

Der sukzessive Abbau des Plansystems und die Zulassung von Märkten haben Veränderungen in der Erwerbssphäre bewirkt, in deren Folge es zu globalen sektoralen Verschiebungen von Landwirtschaft, Industrie/gewerblicher Wirtschaft und Dienstleistungen gekommen ist<sup>11</sup>. Diese Entwicklung läßt sich als ein Industrialisierungs- und Tertiärisierungsschub kennzeichnen.

Auf dem Land vollzog sich seit 1978 ein erheblicher Diversifizierungsprozeß in der landwirtschaftlichen Produktion und ein Industrialisierungsschub. Große Teile der in der Landwirtschaft überschüssigen Arbeitskräfte haben spezialisierte landwirtschaftliche Aktivitäten ergriffen oder sind in die ländliche Industrie gewechselt.

11 Das Verhältnis der Anteile der drei Sektoren (primärer: sekundärer: tertiärer Sektor) am Sozialprodukt veränderte sich von 70,5 : 17,4 : 12,1 im Jahre 1978 zu 58,5 : 21,7 : 19,8 im Jahre 1991. Die unterschiedliche Entwicklungsdynamik wird bei der Betrachtung der Indexziffern für 1992 (1978 = 100) deutlich: primärer Sektor 123, sekundärer 185, tertiärer 241. Vgl. Zhongguo Tongji Zhaiyao 1993 (Auszüge aus der Statistik der VR China 1993), Beijing 1993, S. 16.

Nach einer jahrzehntelangen künstlichen Trennung<sup>12</sup> setzt derzeit eine Verzahnung von Stadt und Land ein. Zum einen haben sich auf dem Land Gewerbe und Dienstleistungen (z. B. Transport) für den städtischen Markt entwickelt. Zum anderen hat eine starke Migration von ländlichen Arbeitskräften in die Städte eingesetzt. Schätzungsweise 50 Millionen Menschen haben sich zur Arbeitsplatzsuche auf „Wanderschaft“ begeben. 20 bis 30 Prozent von ihnen sollen sich in den 25 Städten mit jeweils mehr als einer Million Einwohnern aufhalten, in denen die Wanderarbeiter z. T. über 40 Prozent der Bevölkerung stellen<sup>13</sup>.

In den Städten wandelt sich die Erwerbsstruktur am sichtbarsten durch den Tertiärisierungsschub. Kleingewerbe und vor allem Dienstleistungen, die in allen staatssozialistischen Gesellschaften aus ideologischen Gründen unterbunden waren, erleben derzeit – als Folge privater Wirtschaftsaktivitäten – eine boomartige Entwicklung<sup>14</sup>. Durch das private Kleingewerbe, Dienstleistungen und Privatbetriebe entstand ein neuer Wirtschaftssektor<sup>15</sup>. In diesem Sektor wurden Arbeitsplätze mit höherem sozialen Risiko, aber auch höheren Verdienstmöglichkeiten geschaffen.

Weniger deutlich sichtbar, aber langfristig vielleicht noch entscheidender, ist der Wandel in den Kernbereichen der städtischen Industrie, in den Staats- und Kollektivbetrieben. Er wurde u. a. durch den Marktzugang dieser Betriebe und ihre größere Autonomie in Personalfragen begünstigt. Seit 1986 werden z. B. Teile der jüngeren, der geringer qualifizierten und der redundanten Belegschaften in Randbereiche gedrängt; teilweise un-

terstützt durch betriebliches Kapital und Know-how werden sie auf marktbezogene Aktivitäten (Handel, Dienstleistungen, Transport u. ä. m.) verwiesen<sup>16</sup>. Bisher existieren in diesen Betrieben allerdings noch große „Stammebelegschaften“, die ihnen durch die frühere Arbeitsadministration zugewiesen wurden, faktisch unkündbar und sozial abgesichert sind. Im Unterschied zu Osteuropa gab es in China bislang noch keine Massenentlassungen.

Mit den genannten Verschiebungen in der Erwerbssphäre gehen auch qualitative Wandlungen einher. Der Wirtschaftsprozeß verlangt nach neuen Rahmenbedingungen für die Marktkoordination; dazu gehören u. a. Banken, Versicherungen, das Rechts- und Bildungswesen. In diesen neuen und gehobenen Dienstleistungsbereichen, aber auch in den industriellen Kernbereichen oder im Militär, ergeben sich durch komplizierter gewordene Produktions-, Leistungs- und Dienstleistungsaufgaben erhöhte Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte.

## 2. Die Entstehung von Arbeitsmärkten

Vor Beginn der Reformen bildete Arbeit eine der zentralen Ressourcen, die vom Staat im Rahmen der Planung zugeteilt wurden. Für die Individuen bedeutete die monopolistische Vergabe von Arbeitsplätzen zugleich Sicherheit und Gängelung. Das chinesische System der Arbeitsplanung und -zuweisung konnte als besonders starr angesehen werden, da es weder eine Berufs- und Arbeitsplatzwahl noch eine bedarfsgerechte Arbeitskräftenauswahl zuließ.

Die ordnungspolitische Weichenstellung zugunsten der Marktwirtschaft hat die Notwendigkeit neuer institutioneller Regelungen der Arbeitskräfteteilallokation und der Arbeitsbeziehungen deutlich gemacht. Der Übergang von der staatlichen Zuteilung zu Arbeitsmärkten erfolgte äußerst zögerlich. Ideologische Hemmnisse („Arbeit darf keine Ware sein“; gesetzlich verankertes Recht auf Arbeit) und fehlende institutionelle Regelungen (fehlendes Arbeitsrecht, fehlende Vermittlungs- und Informationsmöglichkeiten sowie soziale Absicherungen) haben die Entwicklung zunächst gebremst. Inzwischen gibt es jedoch in begrenztem Umfang Arbeitsmärkte. Sie eröffnen den Arbeitskräften neue Optionen der Berufs- und Arbeitsplatzwahl und den Betrieben die freie Wahl ihrer Mitarbeiter.

16 Die Auslagerung kann in Form von Arbeitsdienstleistungsgesellschaften, neugegründeten Kollektivbetrieben oder anderen Betriebsverbindungen erfolgen.

12 In der Vergangenheit bestanden strikte Haushaltsregistrierungen („*hukou*“-System), die in Verbindung mit der Rationierung von Grundnahrungsmitteln („*liangpiao*“-System) jegliche Migration und besonders die Landflucht unterbanden.

13 Vgl. Roger C.K. Chan, Challenges to urban areas: the floating population, in: Kuan Hsin-chi/Maurice Brosseau (Hrsg.), China Review 1992, Hongkong 1992, S. 12.1–12.21, S. 12.9f.

14 Vgl. Thomas Heberer, Recent Development of the Urban Private Economy in China, in: Wolfgang Taubmann (Hrsg.), Urban Problems and Urban Development in China, Hamburg 1993, S. 184–204; Shi Xianmin, Beijing's Privately-owned Small Businesses: A Decade's Development, in: Social Sciences in China, (1993) 1, S. 153–164.

15 Die Grenze zwischen „privatem Kleingewerbe“ und Privatbetrieben wird entsprechend der Anzahl der Beschäftigten gezogen, ersteres darf nur bis zu sieben Personen anstellen. Ende 1992 gab es offiziell 15,54 Mio. private Kleinbetriebe mit 24,68 Mio. Beschäftigten sowie 139 600 Privatbetriebe mit 2,02 Mio. Beschäftigten. Vgl. Li Ding, Guanyu Zhongguo shehui jigou bianhua de jige wenti (Einige Probleme des sozialstrukturellen Wandels in China), in: Jingji Ribao (Wirtschaftszeitung) vom 22. Juni 1993, S. 7.

Die Begrenztheit der Arbeitsmärkte zeigt sich an den Phänomenen der geringen Arbeitslosigkeit und der Arbeitskräftemobilität. Die offiziell genannte städtische Arbeitslosenquote von 2,3 Prozent (1992) ist niedrig. Gleichzeitig wird von einem Personalüberhang von zehn Prozent (offiziell) bis 30 Prozent in den staatlichen Einheiten ausgegangen. Die verdeckte ländliche Arbeitslosigkeit wird auf noch immer 20 Prozent geschätzt, obwohl bereits durch neue nichtlandwirtschaftliche Aktivitäten und die Entwicklung der ländlichen Industrie Teile des Arbeitskräftepotentials aufgesogen werden konnten. Die hohe verdeckte Arbeitslosigkeit ist ein Indiz für die Fortdauer der alten institutionellen Lösungen.

Im Zuge der Entstehung von Arbeitsmärkten spielen Mobilitätsprozesse eine entscheidende Rolle. Die Mobilität ist derzeit sehr ungleich verteilt. Landflucht in der jetzigen Größenordnung ist für China ein neues Phänomen. Die Mehrzahl der in die Städte strömenden Wanderarbeiter versuchen, über die dort entstandenen Arbeitsmärkte („Spotmärkte“) Fuß zu fassen. Noch immer hindern allerdings die alten administrativen Strukturen die ländlichen Arbeitskräfte an einer regulären Beschäftigung in den Staatsbetrieben. Sie sind auf unsichere, gefährliche und schlecht entlohnte Arbeitsplätze verwiesen, es sei denn, es gelingt ihnen, ein privates Gewerbe zu betreiben<sup>17</sup>.

Die berufliche, betriebliche und regionale Mobilität der städtischen Arbeitskräfte ist im Vergleich dazu gering geblieben. Die administrativen Barrieren eines Betriebswechsels sind weiterhin hoch. Daran hat auch die landesweite Einführung von Arbeitsverträgen nach 1986 nichts Grundsätzliches geändert. Dennoch sind heute Beschäftigungsalternativen vorhanden, womit Mobilität prinzipiell möglich geworden ist<sup>18</sup>. Mangels entwickelter außerbetrieblicher Sicherheitssysteme sind Arbeitsplätze im Staatssektor aber weiterhin die erste Wahl<sup>19</sup>.

17 Zu Arbeitslosigkeit und Migration vgl. Monika Schädler/Günter Schucher, Unemployment and provisions for unemployment in a phase of transition: the Chinese case, in: R. Krieg/M. Schädler (Hrsg.) (Anm. 8).

18 Deborah Davis, Job Mobility in Post-Mao Cities: Increases on the Margins, in: The China Quarterly, (1992) 132, S. 1062–1085.

19 Mehr noch verstärken sich gegenwärtig Tendenzen, die Staatsbetriebe hauptsächlich als Sicherungsnetz zu nutzen. Entweder engagiert man sich stark in einem zweiten Beruf oder nutzt unter Wegfall des Lohnes neue Chancen. Die Betriebe dulden dieses Verhalten, weil sich dadurch ihre Lohnsumme reduziert.

### 3. Ausbau des Bildungssystems

Bildung hatte nicht nur im traditionellen China, sondern auch in der Volksrepublik stets einen hohen Stellenwert. Heute läßt der Wandel in der Erwerbssphäre zunehmend Positionen entstehen, die gehobene Anforderungen an die Qualifikation ihrer Inhaber stellen. Die Reformer haben im geringen Ausbau des Bildungssystems und in politisch motivierten Zugangsbeschränkungen einen Hauptgrund für das geringe Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte gesehen. So wäre zu erwarten, daß im Zuge der Wirtschaftsreform ein zügiger Ausbau der Institutionen des Bildungswesens erfolgen würde. Demgegenüber sind die Ergebnisse höchst widersprüchlich.

Einer der Widersprüche besteht zwischen dem Ausbau des Bildungswesens und den Zugangschancen. Mit dem Ausbau des Bildungswesens hat sich zwar das Bildungsangebot verbessert, aber die ungleiche Verteilung der Bildungschancen verstärkt. Die Küstenprovinzen und die Städte bieten weit bessere Bildungschancen, das Inland und die ländlichen Regionen sind auf diesem Gebiet zurückgeblieben<sup>20</sup>. Hohe Schulabbruchquoten machen den Wiederanstieg von Analphabetismus wahrscheinlich.

Ein zweiter Widerspruch besteht in den Disproportionen von Allgemein- und Berufsbildung und von höherer Bildung und Grundbildung. Eine rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen im allgemeinbildenden Schulwesen geht mit dem z.T. erheblichen Ausbau des berufsbildenden Sektors und vor allem des Hochschulwesens einher.

Als besonders gravierend erweist sich derzeit ein dritter Widerspruch. Trotz des von den Politikern behaupteten hohen Stellenwerts von Bildung zahlt sie sich derzeit nicht aus. Das gilt für alle Beschäftigten. Schätzungsweise jeder zweite Intellektuelle mußte 1992 in der Provinz Hebei einer Nebenbeschäftigung nachgehen, um seinen Lebensunterhalt zu sichern<sup>21</sup>. Schulen und Hochschulen beklagen das Abwandern der jungen und der besonders qualifizierten Lehrkräfte sowie die Überalterung des Lehrkörpers<sup>22</sup>. Die geringe staatliche Finanzausstattung zwingt Schulen und Hochschulen zu vielerlei wirtschaftlichen Aktivitäten, die ihrer Aufgabenerfüllung abträglich sind. Der augenblickliche Wirtschaftsboom, das reiche Konsum-

20 Vgl. z.B. Leslie Nai-kwai Lo, Higher Education and Professional Manpower, in: Kuan sin-chi/Maurice Brosseau (Hrsg.), China Review, Hongkong 1991, S. 19.1–19.22.

21 Vgl. The Two-Job Holders, in: China News Analysis, (1993) 1480, S. 5.

22 Vgl. China aktuell, (1993) Juni, S. 535f.



güterangebot und die Käuflichkeit von Gütern und Leistungen relativiert die Notwendigkeit des Bildungserwerbs. Im Kleingewerbe und in der Privatindustrie können hohe Einkommen auch ohne oder mit nur geringer Bildung erreicht werden.

Eine derart widersprüchliche Entwicklung erscheint möglich, weil Investitionen in das Bildungswesen Zukunftsinvestitionen ohne eindeutig quantifizierbaren Ertrag sind. Die Vernachlässigung von Bildungsinvestitionen wirkt sich erst langfristig negativ aus. China leistet sich heute einen derartigen Verzicht.

---

## IV. Veränderungen im Ungleichheitsgefüge

---

### 1. Neue Ungleichheitsdeterminanten und Kriterien der Statuszuweisung

Ungleichheit war in der Vergangenheit mit der distributiven und redistributiven Macht von Staat und Partei verbunden. Der Abbau des staatlichen Allokationsmonopols, die Entstehung von Märkten mit der Beseitigung von Mängeln in der Güterversorgung und der Käuflichkeit von Sozial- und Dienstleistungen haben den Stellenwert des Staates bei der Verteilung von Ungleichheit geschwächt. Eine Neu- und Umbewertung der Determinanten sozialer Ungleichheit und der Kriterien der Statuszuweisung hat begonnen. Staatshandeln wirkt zunehmend eher indirekt auf die Verteilung von Ungleichheit, indem durch Wirtschafts-, Sozial-, Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik Rahmenbedingungen für die Erwerbssphäre gesetzt werden.

Die Entwicklung von Märkten führt also zu primär erwerbswirtschaftlich bestimmten Mechanismen der Verteilung zentraler Ressourcen und damit zu neuen Ungleichheitsursachen. Die individuelle Erwerbsposition wird für den sozialen Status immer maßgeblicher, die Organisationsbindung an eine „danwei“ bestimmt immer weniger die Chancen auf Zugang zu begehrten Gütern.

Im Zuge dieses Prozesses haben sich auch die Kriterien der Positionszuweisung geändert. Die ehemals politisch-ideologisch legitimierte Einteilung der Bevölkerung in „gute“ und „schlechte Klassenelemente“ hat ihre allokativen Wirkung eingebüßt. Die frühere Kontroverse um „rot“ und/oder „fach-

kundig“ ist zugunsten der Qualifikation entschieden<sup>23</sup>.

Prozesse der Positionszuweisung verlieren sowohl ihren zugeschriebenen als auch ihren politischen Charakter. Erweiterte Handlungsoptionen und stärker gewichtete Leistungskriterien verleihen dem jeweiligen Beitrag der Individuen im Prozeß des Staterwerbs größeres Gewicht. Kann darin ein Stück größerer Offenheit der Gesellschaft vermutet werden, so bleiben doch auch andere Kriterien der Positions- und Statuszuweisung im Spiel. Für Arbeitskräfte vom Land z. B. bildet die Herkunft nach wie vor ein zugeschriebenes statusbestimmendes Merkmal, das ihre beruflichen Möglichkeiten in den Städten begrenzt.

Die gegenwärtige Umbruchsituation hat ein erhebliches Maß an Statusinkonsistenz hervorgebracht. Wichtige statusbestimmende Kriterien korrelieren häufig nicht miteinander. Das „alte“ statusbestimmende Kriterium der „danwei“-Zugehörigkeit läßt sich kaum mit den „neuen“ erwerbswirtschaftlichen Kriterien in Einklang bringen, aber auch die Kriterien wie Bildung, Einkommen und berufliches Prestige sind divergent.

Inkonsistenz kann gegenwärtig geradezu als ein Kennzeichen der Situation in China angesehen werden. Fehlendes berufliches Ansehen wird durch ostentativen Luxuskonsum kompensiert. Es kommt zu typischen Verknüpfungen von niedrigem beruflichem Prestige und hohem Einkommen bei privaten Geschäftsleuten bzw. zur entgegengesetzten Kombination bei vielen Intellektuellen. Dabei scheint ein erheblicher Konsens über die Statuskriterien zu bestehen<sup>24</sup>.

### 2. Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit ist in China nicht erst ein Ergebnis der Reform. Ihre Erscheinungsformen und

23 Die Führungskräfte in Partei und Staat sind im Interesse ihrer Machterhaltung bestrebt, über die Rekrutierung von Familienmitgliedern, die u. a. privilegierten Zugang zur Bildung genossen haben, beide Kriterien (Parteiloyalität und Qualifikation) zu vereinbaren. Vgl. Murray Scot Tanner/Michael J. Feder, Family Politics, Elite Recruitment, and Succession in Post-Mao China, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, (July 1993) 30, S. 89–119.

24 Vgl. Ole Bruun, Urban Individual Households and Cultural Change in China: When 'Losers' Become 'Winners', in: Copenhagen Papers in East and Southeast Asian Studies, (1990) 5, S. 29–47; Susan Young, Wealth but not security: attitudes towards private business in China in the 1980s, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, (Jan. 1991) 25, S. 115–137. Z. B. setzen die Privatunternehmer auf das Muster intergenerationeller Mobilität und fördern die folgende Generation über den Erwerb von Bildung, um für die Kinder einen konsistenten und hohen Status zu erreichen.

ihre Spannweite haben sich indes verändert. Ungleichheit ist eine im Zuge des Reformprozesses ausdrücklich beabsichtigte und geförderte Erscheinung („Ein Teil der Gebiete, ein Teil der Betriebe und einige Menschen sollen zuerst reich werden“), wenn vielleicht auch nicht in dem derzeit sichtbar werdenden Ausmaß.

Generell hat sich der Lebensstandard nach offiziellen Angaben gegenüber 1978 mehr als verdoppelt. Besonders bemerkenswert ist die Vielfältigkeit des chinesischen Konsumgüterangebots. Die ländliche Konsumstruktur hat sich der städtischen angenähert<sup>25</sup>. Trotz deutlicher Preissteigerungen ging die Wirtschaftsreform mit einer Wohlstandsmehrung für Teile der Bevölkerung einher.

Die Teilhabe an dem erhöhten Lebensstandard unterscheidet allerdings verschiedene soziale Gruppen voneinander. Eine wesentliche Differenzierung besteht zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Nachdem bestehende Unterschiede bis 1985 zunächst abgenommen hatten, sind sie seitdem wieder größer geworden. Zudem läßt sich die Vermutung begründen, daß sich die Einkommensskala in beiden Bereichen spreizt und die Zahl der Spitzenverdiener ebenso steigt, wie die Armut zunimmt<sup>26</sup>. Bessere Verdienstmöglichkeiten eröffnen sich vor allem in den marktorientierten Wirtschaftsbereichen und bieten damit großen Anreiz, in diese dynamischen Sektoren zu wechseln.

Die Lebensverhältnisse auf dem Land differieren generell stark entlang regionaler Kriterien. Vor allem Faktoren wie die Stadtnähe, die Infrastruktur, der Industrialisierungsgrad, aber auch die landwirtschaftliche Nutzfläche, die Zahl der Erwerbspersonen pro Familie, Einkommen aus privater Geschäftstätigkeit in der Stadt, Lohneinkommen, Einkommen aus Marktverkäufen landwirtschaftlicher Produkte und Selbstversorgung

25 Vgl. Joseph C. H. Chai, Consumption and Living Standards in China, in: The China Quarterly, (1992) 131, S. 721-749. Von 1978 bis 1989 stieg das im Jahr verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in der Stadt von 346 auf 629 Yuan (in Preisen von 1980), auf dem Land von 145 auf 340 Yuan. Ebd., S. 723.

26 Auf dem Lande erzielten 1990 nach offiziellen Angaben 1,8 Prozent der Haushalte über 2000 Yuan jährlich, in den Städten allein 2,8 Prozent über 10000 Yuan. Vgl. Li Qiang, Guanyu zhongdeng shouru jieceng wenti de yanjiu (Forschungen zum Problem einer Schicht mit mittlerem Einkommen), in: Guanli shijie (Welt der Verwaltung), (1992) 6 (in: Laodong jingji yu renshi guanli [Arbeitsökonomie und Personalmanagement] - F102, [1993] 4, S. 42f.); das Durchschnittseinkommen lag bei 686 Yuan auf dem Land und 1387 Yuan in der Stadt. Zhongguo Tongji Zhaiyao 1993 (Anm. 11), S. 41.

haben wachsenden Einfluß auf die relativen Ungleichheitspositionen.

Für die Lebensverhältnisse in den Städten spielt die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betrieb immer noch eine wichtige, wenn auch abnehmende Rolle<sup>27</sup>. War früher die „Güte“ einer „danwei“ (z.B. ein staatlicher Schwerpunktbetrieb mit hoher Ressourcenausstattung) für die soziale Lage ausschlaggebend, so verliert dieser Gesichtspunkt für die Versorgungsseite an Bedeutung. Im Zuge der Übertragung der alten „danwei“-Funktionen auf neue Institutionen nimmt die Bedeutung von Geldeinkommen zu, mit deren Hilfe diese Leistungen und Sicherheiten gekauft werden können. Da zwischen Staatsbediensteten noch immer wenig Einkommensungleichheit besteht, werden geduldete Nebenbeschäftigungen und Zweiteinkommen zum entscheidenden Punkt der Differenzierung.

Das Ungleichheitsgefüge ist in China derzeit im Fluß. Das alte Gefälle zwischen Stadt und Land hat weiterhin Bestand, wobei sich die ländlichen Lebensverhältnisse regional zusätzlich unterscheiden. Die bislang privilegierten Schichten – städtische und ländliche Kader sowie die regulären Arbeiter in Staatsbetrieben – fallen mit der marktwirtschaftlichen Entwicklung zurück. Neben die alte bürokratisch bestimmte tritt eine marktvermittelte Hierarchie. Zu den Gewinnern gehören alle diejenigen, denen es gelungen ist, die neuen privatwirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen, gerade auch die bislang deprivilegierten Gruppen. In diesem Prozeß der Restrukturierung wird sich erst allmählich zeigen, welche neuen Gruppen mit gemeinsamer sozialer Lage sich stabilisieren und welche sozialen und politischen Gemeinsamkeiten sie verbinden.

### 3. Erweiterung individueller Entfaltungsmöglichkeiten

Die Einschränkung staatlicher Kontrollmöglichkeiten (Abbau des „danwei“-Systems, Dekollektivierung, Auflösung des Systems lokaler Fixierung der Bevölkerung über Haushaltsregistrierung), die Entpolitisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Entpersonalisierung der Arbeitsbeziehungen sowie die neuen Möglichkeiten ökonomischer Unabhängigkeit haben insgesamt zur Abnahme der Bindung an Organisationen und der Gruppen-

27 Vgl. Azizur Rahman Khan/Keith Griffin/Carl Riskin/Zhao Renwei, Household Income and its Distribution in China, in: The China Quarterly, (1992) 132, S. 1029-1061.

kontrolle geführt; eine Entwicklung zu verstärkter Individualisierung wurde angestoßen<sup>28</sup>.

Lebensstile und Wertvorstellungen ändern sich. Offensichtlich sind die Veränderungen in der Kleidung und im Verhalten in der Öffentlichkeit. Das politische Desinteresse vor allem der Jugend hat seit dem Juni 1989 eklatant zugenommen. Zugleich nehmen Unternehmungsgeist und das Streben nach materiellem Wohlstand in Umfragen zur Rangfolge von Werten die oberen Plätze ein<sup>29</sup>.

Damit ergeben sich auch Veränderungen im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen. Mit der Verringerung der umfassenden Abhängigkeit vom Betrieb schwindet die bislang große Bedeutung von Arbeitskollegen und Parteimitgliedern innerhalb sozialer Netze<sup>30</sup>. Starke Familienbande werden weiterhin positiv bewertet; die Instrumentalisierung sozialer Beziehungen dürfte aber eher noch zunehmen.

---

## V. Bruchstellen im Prozeß sozialen Wandels

---

Die kaum noch beherrschbaren sozialen Konflikte in Osteuropa lassen den chinesischen Sonderweg eines Übergangs zu mehr Marktwirtschaft in günstigem Licht erscheinen. Der Reformprozeß hat bislang noch nicht zu nachhaltigen Strukturbrüchen geführt; er hat Erfolge gezeitigt, die sich in einer verbreiteten Wohlstandsmehrung niederschlugen. Allerdings haben die Ereignisse im Frühjahr 1989 gezeigt, welche soziale Sprengkraft eine Bündelung verschiedener Unmutspotentiale entfalten kann. Indiz dafür dürfte auch die in der Stadt und auf dem Land periodisch aufbrechende Gewaltbereitschaft sein<sup>31</sup>. Entscheidend für die dauerhafte Akzeptanz und Verarbeitung des gesellschaftlichen Wandels in China wird daher sein, ob die starken Disparitäten zwischen Regionen, zwischen Stadt und Land und zwischen sozia-

len Gruppen auf ein konsensfähiges Niveau zurückgeführt werden können; „Blaupausen“ für eine erfolgreiche Transformation gibt es nicht, wohl aber einige Grundbedingungen für die Vermeidung von Strukturbrüchen:

*Erstens* muß die Regierung, die für einen solchen komplexen Prozeß weder über ein umfassendes Konzept, noch über das erforderliche Steuerungspotential verfügt, die Rolle des Zentralstaats neu bestimmen und vor allem ein verändertes Politikverständnis entwickeln. Die Marktwirtschaft bedeutet für China nicht unbedingt weniger Staat, sondern andere Formen von Regierungsaktivitäten und Politiken<sup>32</sup>. In einer autonom werdenden Gesellschaft muß die Regierung die makroökonomische Steuerung und die Formulierung von wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen übernehmen. Des weiteren werden angesichts des Erstarkens einzelner Provinzen andere nationale Strukturen und ggf. föderale Abstimmungsprozesse erforderlich. Die Reformdynamik stellt die Politik vor neue Probleme; etwa, ob ein zentralstaatlich gesteuerter Ausgleich angestrebt werden soll und wenn ja, wie er aussehen sollte (z. B. Angleichung der Lebensverhältnisse).

Auch das politische System selbst wird von der Reformdynamik betroffen. Die Uneinigkeit der politischen Führungselite in ordnungspolitischen Fragen versetzt die Regierung derzeit kaum in die Lage, zu einem wirklichen politischen Diskurs zu finden<sup>33</sup>. Die Kommunistische Partei Chinas hat sich in internen Auseinandersetzungen verfangen und ihre neue Rolle in einem modernen politischen System und in der Gesellschaft noch nicht wirklich zu definieren begonnen. Derzeit bietet sie eher ein Bild unterschiedlicher Machtbehauptungsstrategien<sup>34</sup>.

*Zweitens* geht es um die Frage, wie die gesellschaftlichen Bedingungen für einen sich selbst tragenden Entwicklungsprozeß sozialstrukturell ab-

---

28 Vgl. Lucian W. Pye, *The State and the Individual: An Overview Interpretation*, in: *The China Quarterly*, (1991) 127, S. 443–466, sowie die weiteren Aufsätze in diesem Band.

29 Vgl. Bettina Gransow, *Following Its Own Ways: The Chinese Society*, in: K. Hsin-chi/M. Brosseau (Anm. 13), S. 11.1–11.21.

30 Vgl. Ruan Danqing, *Interpersonal Networks and Workplace Controls in Urban China*, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs*, (Jan. 1993) 29, S. 89–105.

31 Vgl. Lu Yan, *Quanguo qunian shiwei shijian tongji* (Statistik der Demonstrationen und Zwischenfälle in ganz China 1992), in: *Hengming*, (1993) 3, S. 19; *The social unrest in the countryside*, in: *China News Analysis*, (1993) 1492.

32 In diese Richtung geht auch eine Empfehlung der Weltbank. Vgl. *China aktuell*, (1993) August, S. 762.

33 In dieser Unfähigkeit sieht Machetzki gerade eine Chance für eine autonomere Entwicklung der Wirtschaft. Vgl. Rüdiger Machetzki, *Chinas Wirtschaft im Umbruch*, in: *China aktuell*, (1993) August, S. 769–799; siehe auch den Beitrag von Susanne Weigelin-Schwiedrzik in diesem Heft.

34 Die Strategien, mit denen die einzelnen Angehörigen der „Avantgarde“, die für ihre „Kompetenzen“ in der marktorientierten Gesellschaftsordnung keine äquivalente Verwendung mehr finden, diesen Verlust zu kompensieren trachten, reichen von der Mißachtung der neuen Selbstbestimmungsrechte bis zu deren Mißbrauch im Eigeninteresse. Daß es 1989 der studentischen Opposition gelang, verschiedene Interessengruppen unter der Losung der Korruptionsbekämpfung zu einen, zeigt die Brisanz dieses Punktes.

zusichern sind. Dafür werden zahlreiche institutionelle Voraussetzungen notwendig sein, wie z. B. eine Rechtsordnung oder ein soziales Sicherungssystem. Ferner wird wichtig sein, wie sich das Gefüge sozialer Gruppen entwickelt, z. B., ob neue Gruppen als Träger der Entwicklung und eines politischen Meinungsbildungsprozesses hervortreten können, die die gewachsenen Handlungsspielräume und Ressourcen nutzen können und wollen. Die Entstehung eines neuen Mittelstandes und neuer Funktionseliten könnte hierbei wichtig sein und zur Herausbildung einer stärker pluralen politischen Kultur beitragen.

*Drittens* geht es darum, die Akzeptanz der Bevölkerung für die sozialen Veränderungen im Ungleichheitsgefüge, für unsichere Lebensläufe und bisher ungekannte soziale Auf- und vor allem auch Abstiegsbewegungen zu sichern. Als ganz entscheidend für die bisherige gesellschaftliche Stabilität hat sich erwiesen, daß die chinesischen Staatsbetriebe ihre Funktion als soziales Netz vorerst aufrechterhalten haben; man kann Staatsbetriebe verlassen, aber man muß es nicht. Eine solche differenzierte Anreizstruktur (Sicherheit vs. Einkommenserwartungen) erleichtert die „normalen Anpassungsprozesse“ von „Bewegungen in Strukturen“ und scheint damit den schrittweisen Über-

gang zur Marktwirtschaft bislang begünstigt zu haben. Allerdings ist der Preis hoch: rund ein Drittel der Staatsbetriebe wirtschaftet defizitär.

Zusammenfassend läßt sich die politische Weichenstellung zugunsten der Marktwirtschaft als Ausgangspunkt eines Prozesses zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung verstehen, der sich zum einen in einer politischen und wirtschaftlichen Funktionstrennung und zum anderen in einer verstärkten arbeitsteiligen Spezialisierung innerhalb der Wirtschaft ausdrückt. Diese Spezialisierung zeigt sich in neuen Wirtschaftssektoren (Tertiärisierungsschub), aber auch in den Betrieben, die nun marktvermittelt neue Betriebsziele, Organisationsformen, Produkte und Produktionsstrukturen ausbilden. Eine derartige Funktionsdifferenzierung von gesellschaftlichen Bereichen, Betrieben, Organisationen und sozialen Rollen, wie sie typisch für Industriegesellschaften ist, fordert neue Integrationsleistungen heraus. Für die Zukunft der VR China wird von herausragender Bedeutung sein, ob und wie es gelingen wird, den durch die Wirtschaftsreform ausgelösten sozialen Wandel in Geschwindigkeit, Verlaufsmuster und Umfang so zu steuern, daß den Menschen auch zukünftig Anpassungschancen eingeräumt und so die Veränderungen subjektiv verkraftbar gemacht werden.

# Hongkong vor dem 1. Juli 1997

## Leben und Überleben auf geborgte Zeit

---

### I. Die Erfolgsstory Hongkong

---

Für eine Branche steht schon jetzt fest, daß die letzten Stunden Hongkongs als britische Kronkolonie ein absoluter Erfolg sein werden: die Hotelindustrie. Bereits heute sind die Spitzenhotels Hongkongs ausgebucht für ein einzigartiges historisches Ereignis: die Zurückführung Hongkongs an die Volksrepublik China in der Nacht zum 1. Juli 1997.

Hongkong wird oft als Stadt der *Action* und nicht der Reflexion charakterisiert. Die meisten europäischen Besucher sind von dieser schnelllebigen asiatischen Enklave des Kapitalismus mit seinen imposanten Wolkenkratzern, der Geschäftigkeit und Geschäftstüchtigkeit der Hongkong-Chinesen, seiner für Europäer ungewohnten Effizienz fasziniert und beeindruckt.

Leicht wird dabei vergessen, daß Hongkong auch China ist. Und dennoch: das trotz aller Reformbestrebungen nach wie vor weitgehend ineffiziente, sozialistische China soll mit dem kapitalistischen Hongkong 1997 zusammenkommen, wenn Großbritannien seine Kolonie wieder in chinesische Souveränität zurückführt. „One country – two systems“, ein Land – zwei Systeme: das ist das Thema, das seit 1984, das heißt seit der Unterzeichnung der sogenannten „Joint Declaration“ zwischen Großbritannien und China, im Mittelpunkt der Diskussion in und um Hongkong steht.

#### 1. Hongkongs Zukunft: Ein einzigartiges historisches Ereignis

Während die meisten Kolonien seit Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Unabhängigkeit erhalten haben, ist Hongkong nach wie vor eine Kolonie der britischen Krone. Im Falle von Gibraltar und der Falklandinseln ist die Entscheidung über die Unabhängigkeit der Bevölkerung überlassen – nicht so im Fall von Hongkong:

- Sein Schicksal wird nicht von seiner Sechsmillionen-Bevölkerung entschieden, sondern von Beijing und London.

- Nicht nur das Territorium wird an die Volksrepublik China zurückgeführt, sondern – und das ist der Zynismus der Politik – auch die Hongkonger Bevölkerung, diejenigen also, die selbst bzw. deren Eltern einst vor den chinesischen Kommunisten geflüchtet sind.

Hongkong hat dreizehn Jahre vorher über sein zukünftiges Schicksal Bescheid gewußt. Seit 1984, dem Datum der Unterzeichnung der „Joint Declaration“, wird nach Mitteln und Wegen gesucht, die Zukunft weniger ungewiß zu machen.

#### 2. Die wirtschaftliche Bedeutung Hongkongs

Der herausragende Erfolg Hongkongs ist vor allem ein wirtschaftlicher. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt darin, daß die sicherste und vielleicht sogar die einzige Garantie für ein Überleben nach dem 1. Juli 1997 wirtschaftliche Stärke ist. Denn bisher hat die Volksrepublik China von Hongkongs robuster Wirtschaft stark profitiert.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonie Hongkong spielt sich auf drei Ebenen ab: im internationalen Handel, als Teil der Triade (Süd-)China, Taiwan und Hongkong und schließlich als Entrepot (Mittlerin) im innerasiatischen Handel. Hongkongs Rolle auf diesen drei Ebenen ist teils eine Funktion, teils das Resultat der geschickten Ausnutzung seiner internen Wirtschaftsstruktur.

Mangels ausreichender Ressourcen muß Hongkong praktisch alle Rohstoffe sowie Nahrungsmittel und Energie einführen. Dies und ihren steigenden Lebensstandard muß die Kolonie durch Exporte finanzieren. Das bedeutet Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Bedingungen und Handelspolitiken der wichtigsten Abnehmermärkte Hongkongs, nämlich den USA, der Volksrepublik China und der EG. Rund 27 Prozent aller Exporte Hongkongs gehen in die USA, 26 Prozent nach China und 18 Prozent in die EG. Die Bundesrepublik hat lediglich einen Anteil von rund 6,8 Prozent.

Der Produktionssektor als Erzeuger von Hongkongs Exporten ist mit einem Anteil von 16 Prozent am Bruttosozialprodukt nach wie vor eine wichtige Stütze der Hongkonger Wirtschaft. Hong-

kongs Industrie hat sich weg von der Herstellung sogenannter Billigware „up-market“ entwickelt. Hongkong stellt heute Computer, Audio-Video-Anlagen, Präzisionsmaschinen, Telefax- und andere hochqualifizierte Bürogeräte sowie hochmoderne Haushaltswaren her. Ein wesentlicher Faktor für diese „up-market“-Entwicklung war und ist die Möglichkeit, einen Teil der Produktion nach China, vor allem Südchina, auszulagern. Weiterhin ist Hongkong für den Weltmarkt ein wichtiger Exporteur von Uhren, Spielzeug, Haushaltswaren sowie Reise- und Handtaschen.

Eine der bedeutsamsten Entwicklungen der vergangenen Jahre für die Hongkonger Wirtschaft ist die zunehmende Ausweitung des Service-Sektors, insbesondere im Finanzbereich. Nicht zuletzt aufgrund seines exzellenten Kommunikationsnetzes mit Europa und Amerika auf der einen und seiner Verbindungen mit den anderen Ländern des Fernen Ostens und der Volksrepublik China auf der anderen Seite zählt Hongkong heute zu einem der ganz wichtigen internationalen Finanzzentren der Welt. Zwar ist seine Bedeutung verglichen mit Tokio relativ gering, aber die Zahl der vertretenen Finanzinstitute ist hoch: rund 500 Banken, darunter die hundert ersten Banken der Welt, sind in Hongkong vertreten.

Trotz einer Bevölkerung von nur 5,9 Millionen Menschen auf einer Fläche von etwas über 1 000 Quadratkilometern zählt Hongkong heute zu den großen Handelsmächten der Welt. Sein Bruttoinlandsprodukt übertraf 1992 das einer Reihe von EG-Mitgliedsländern (vgl. Tabelle 1). Das für 1993 auf 18 800 US-Dollar geschätzte Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt würde sogar das von Großbritannien übersteigen.

Unabhängig von 1997 bewegen sich die Wirtschaften von Hongkong, der Volksrepublik China (vor allem deren Süden) und zunehmend Taiwans mehr und mehr aufeinander zu und beginnen, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu bilden<sup>1</sup>. Dieser „Chinesische Wirtschaftsraum“ wird von manchen Wirtschaftskommentatoren bereits heute als einer der neuen „Tiger“ der Region bezeichnet. Die Perspektiven sind frappierend: Nach einem Bericht der Weltbank von 1992 wird im Jahre 2002 der Chinesische Wirtschaftsraum wirtschaftlich an vierter Stelle nach den USA, Japan und Deutschland stehen (vgl. Tabelle 2).

Die sich hier anbahnende Entwicklung ist ganz wesentlich durch die Ausstrahlungskraft der Hong-

<sup>1</sup> Siehe auch den Beitrag von Carsten Herrmann-Pillath in diesem Heft.

**Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 1992 (US-Dollar)**

<i>Hongkong</i>	16 500
Belgien	21 963
Dänemark	27 555
Deutschland (vereinigt)	23 939
Frankreich	23 251
Griechenland	7 574
Großbritannien	18 096
Irland	13 703
Italien	21 168
Luxemburg	27 807
Niederlande	21 184
Portugal	9 035
Spanien	14 690
<i>EG</i>	20 230

Quelle: Hong Kong Economic and Trade Office.

**Tabelle 2: Der Chinesische Wirtschaftsraum im Vergleich zu den größten Volkswirtschaften im Jahre 2002 (Bruttoinlandsprodukt berechnet zu Marktpreisen in Milliarden US-Dollar)**

USA	9 737
Japan	6 858
Deutschland	3 509
<i>Chinesischer Wirtschaftsraum</i>	2 516
Frankreich	2 295
Italien	2 021
Großbritannien	1 759
Korea	893
Kanada	880
Indien	586
EG	12 272
NAFTA	11 299
Ost-Asien: (ausschließlich Japan)	4 418
Ehemalige Sowjetunion	762

Quelle: Weltbank, Vorhersage Dezember 1992.

konger Wirtschaft auf den südchinesischen Raum in Gang gesetzt worden. Gefördert durch den 1978 begonnenen Öffnungsprozeß der Volksrepublik China hat sich Hongkong mehr und mehr in sein chinesisches Hinterland ausgeweitet: Vor allem das dort bestehende niedrige Lohn- und Kosten-niveau hat dazu beigetragen, daß der Großteil der

Lohn- und Montagefertigung Hongkonger Unternehmen heute in China durchgeführt wird. Taiwan, dem der direkte Handel mit der Volksrepublik nach wie vor verboten ist, hat seit Jahren über Hongkong in China, vor allem in der Provinz Fujian, in beträchtlichem Ausmaße investiert.

In den letzten Jahren ist eine zunehmende Interdependenz der Wirtschaften des Fernen Ostens zu beobachten. Die Sogwirkung des potentiellen chinesischen Marktes mit mehr als einer Milliarde Verbrauchern, gekoppelt mit der seit 1978 von China aktiv betriebenen Öffnungspolitik, ist ein ganz wesentlicher Faktor für die rapide Ausweitung des innerasiatischen Handels geworden. In diesem Prozeß nimmt Hongkong eine Mittlerrolle ein: Japan, Südkorea und andere fernöstliche Länder verlegen wegen eigener zu hoher Lohnkosten ihre Fertigung nach Hongkong und in die Volksrepublik China, vor allem nach Südchina. Taiwan muß, wie erwähnt, aufgrund eigener Beschränkungen seine Geschäfte mit China über und durch Hongkong abwickeln.

Diese Mittlerrolle spiegelt sich in der in den letzten Jahren enorm zugenommenen Bedeutung von Hongkongs Entrepot-Handel wider: Der Anteil von Re-Exporten hat in den letzten Jahren im Durchschnitt 75 Prozent aller Exporte Hongkongs ausgemacht. Die wichtigsten Ursprungsländer von Re-Exporten waren 1992 China, Japan, Taiwan, die USA und Korea, und die wichtigsten Absatzmärkte für Re-Exporte waren China, die USA, Japan, Deutschland und Taiwan.

Der asiatische Anteil an Hongkongs Exporten beträgt 43 Prozent, während 23 Prozent auf den Export in die USA und 18 Prozent auf den Export in die EG entfallen.

Hongkongs Stellenwert als internationales Finanzzentrum, sein ausgedehntes Netz von Geschäftsverbindungen sowie seine kostengünstige Produktionsstruktur fördert Hongkongs Entrepot-Rolle innerhalb Asiens.

## II. Die China-Verbindung – wirtschaftliche Annäherung

Die wichtigste Entwicklung der letzten Jahre für die Wirtschaft Hongkongs ist die wachsende Bedeutung des Handels mit der Volksrepublik China. Zunehmend wird die Fertigung von Hongkong nach China, vor allem in die südliche Provinz

Guangdong, verlagert. Ungefähr drei Millionen chinesische Arbeitskräfte sind heute für Hongkonger Produzenten vor allem in Südchina tätig. In wachsendem Maße leiten ausländische Unternehmen, sei es aus Europa und den USA, sei es aus der Region selbst – und hier vor allem aus Südkorea und Taiwan –, ihre für China bestimmten Investitionen durch Hongkong.

Die Annäherung zwischen Hongkong und der Volksrepublik China läßt sich am eindrucksvollsten durch einen Vergleich der Besucherzahlen illustrieren (vgl. Tabelle 3):

**Tabelle 3: Hongkong-China-Besuche**

	<i>Hongkonger besuchen die VR China</i>	<i>Chinesen besuchen Hongkong</i>
1978	1,3 Millionen	24 800
1990	16 Millionen	370 000

Quelle: Hongkong-Jahrbuch 1993.

Eine ganz bedeutsame Ursache für das wirtschaftliche Wachstum Hongkongs war und ist die Volksrepublik China. Im Jahre 1990 konnte dem sogenannten China-Faktor ungefähr ein Viertel von Hongkongs wirtschaftlichem Output zugerechnet werden; im Jahre 1980 lag der Anteil bei nur fünf Prozent.

Umgekehrt ist Hongkong heute mit einem Anteil von 50 bis 70 Prozent am Gesamtinvestitionsvolumen in China die wichtigste Quelle für sein externes Investment. Investitionen werden vor allem im Bereich der Leichtindustrie und im Hotelsektor getätigt. Die meisten Investitionen sind in Form von Joint-ventures verschiedenster Ausprägungen organisiert. Daneben sind Hongkonger Produzenten in eine Reihe von Kompensations- und Veredelungs- bzw. Montagearrangements mit chinesischen Partnern eingetreten. Der Großteil dieser von Hongkong ausgehenden Investitionstätigkeit konzentriert sich auf die Provinz Guangdong.

Umgekehrt haben chinesische Unternehmen begonnen, ihre Aktivitäten in Hongkong zu verstärken. Neben dem Handels- und Bankenbereich, insbesondere der Handelsfinanzierung, wachsen die Investitionen chinesischer Unternehmen im Immobiliengeschäft und in Hotel- und Infrastrukturprojekten zusehends.

Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Hongkong und der Volksrepublik China hat der Wirtschaft Hongkongs nicht nur eine neue Dimension gegeben, sondern inzwischen auch dazu geführt,

daß heute, kurz vor 1997, internationale Investoren von der Risikoeinschätzung her kaum noch einen Unterschied zwischen Hongkong und dem sozialistischen China machen.

---

### III. Politische Annäherung und Übergabe Hongkongs 1997

---

In der sogenannten „Sino-British Joint Declaration on the Question of Hongkong“, kurz „Joint Declaration“ genannt, hat China seine zukünftige Politik mit Bezug auf Hongkong definiert: Hongkong soll eine Sonderzone Chinas – „Special Administrative Region“ („SAR“) – mit einem „großen Maß an Autonomie“ werden, und seine derzeit geltenden Gesetze sowie sein augenblickliches Wirtschafts- und Sozialsystem sollen für weitere fünfzig Jahre grundsätzlich unverändert fortgelten. Diese politische Grundsatzerklärung wurde inzwischen in Form eines „Basic Law“ oder „Grundgesetzes“ für Hongkong verankert. Es wurde von Chinas National People's Congress am 4. April 1990 verabschiedet und tritt am 1. Juli 1997 in Kraft.

#### 1. Die Kolonie Hongkong und ihre Verfassung

Die Bedeutung der „Joint Declaration“ läßt sich erst vor dem Hintergrund der Situation Hongkongs als britischer Kronkolonie und seiner jetzigen Verfassung begreifen:

Seit 1841 steht Hongkong als Folge der Opiumkriege unter britischer Oberherrschaft. Das Entstehen der britischen Kronkolonie in ihrer heutigen Form erfolgte allerdings in Etappen. So wurden erst durch den Vertrag von Nanjing im Jahre 1843 die Insel Hongkong und später 1860 durch die Konvention von Beijing auch die Kowloon-Halbinsel und Stonecutters Island auf immer an die britische Krone abgetreten. In einem weiteren Vertrag von 1898 wurden schließlich die sogenannten New Territories an Großbritannien für 99 Jahre im Wege der Pacht überlassen. Diese läuft zum 30. Juni 1997 aus; zu diesem Zeitpunkt wird ganz Hongkong, d.h. einschließlich der an Großbritannien ursprünglich auf immer abgetretenen Hongkong-Insel und Kowloon-Halbinsel, an die Volksrepublik China zurückfallen. So ist es in der „Joint Declaration“ von 1984 vorgesehen.

Hongkong ist von der Verfassung her keine Demokratie. Die Kolonie wird von einem von der britischen Krone ernannten Gouverneur regiert und verwaltet. Seine Stellung und seine Befugnisse er-

geben sich aus den von der Krone erlassenen „Letters Patent“ und „Royal Instructions“, Dokumente, die den Status Hongkongs als britische Kronkolonie definieren. Danach hat die britische Regierung vollkommene Macht über alle Angelegenheiten Hongkongs. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, daß von diesen Befugnissen nur wenig Gebrauch gemacht wurde und sich Hongkong insofern eines großen Ausmaßes an Autonomie erfreut.

Der Gouverneur – seit 1992 Brian Patten – wird bei der Ausübung seiner Regierungsgewalt von einem Executive Council und bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt von einem Legislative Council beraten. In beiden Councils hat der Gouverneur den Vorsitz; beide Organe haben Mitglieder kraft Amtes sowie vom Gouverneur ernannte.

Im Legislative Council gibt es seit 1991 neben indirekt gewählten auch direkt gewählte Mitglieder: Von insgesamt 60 Mitgliedern werden allerdings nur 18 in allgemeinen Direktwahlen und weitere 21 Mitglieder indirekt durch Berufsgruppen gewählt. Die übrigen 21 Mitglieder werden vom Gouverneur ernannt bzw. sind Mitglieder des Legislative Council kraft Amtes.

Der Executive Council ist in erster Linie ein beratendes Organ. Zwar ist der Gouverneur verpflichtet, den Executive Council zu konsultieren, jedoch ist für die Entscheidung über eine Angelegenheit allein der Gouverneur verantwortlich. Die Vergangenheit hat allerdings gezeigt, daß der Gouverneur nur in den seltensten Fällen seine Befugnisse voll wahrgenommen hat. Wichtige und grundsätzliche politische Entscheidungen sowie die allgemeine Verwaltung wurden bisher in der Regel auf der Grundlage eines breiten Konsensus durchgeführt.

#### 2. Die „Joint Declaration“

Die „Joint Declaration“ wurde am 19. November 1984 von den Regierungen Großbritanniens und Chinas unterzeichnet und anschließend ratifiziert. Am 12. Juni 1985 wurde sie offiziell im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York registriert.

Hintergrund für das Zustandekommen der „Joint Declaration“ war zunächst die Tatsache, daß China niemals die zur Entstehung der Kronkolonie Hongkong im letzten Jahrhundert geschlossenen Verträge akzeptiert hatte und die Position einnahm, daß ganz Hongkong chinesisches Territorium sei. Auf der anderen Seite bestand für Großbritannien das Problem, daß die Pacht für die sogenannten New Territories 1997 ausläuft und



dieses Gebiet auf jeden Fall an China zurückfallen würde, daß jedoch ohne die New Territories das verbleibende Hongkong für die Fortführung einer lebensfähigen Wirtschaft nicht groß genug ist.

Vor diesem Hintergrund begann 1982 anlässlich eines Besuches der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in der Volksrepublik China die Diskussion über die Zukunft Hongkongs. Das Schlüsselkonzept der chinesischen Argumentation war die These „ein Land = zwei Systeme“. Auf dieser Grundlage wurden die Verhandlungen 1984 mit Unterzeichnung der Joint Declaration erfolgreich beendet.

Abgesehen von der bereits erwähnten Rückgabe ganz Hongkongs an die Volksrepublik China bestimmt der Vertrag im Detail, daß für einen Zeitraum von 50 Jahren – beginnend mit dem 1. Juli 1997 – Hongkongs rechtliches, wirtschaftliches, finanzielles, soziales und kulturelles System grundsätzlich unverändert fortgelten soll. So heißt es ausdrücklich in Annex 1 zur „Joint Declaration“ mit Bezug auf die zukünftige Special Administrative Region (SAR) Hongkong: *„The socialist system and socialist policies shall not be practiced . . . and . . . Hong Kong's previous capitalist system and lifestyle shall remain unchanged for 50 years.“*<sup>2</sup>

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist, daß der Begriff „capitalist system“ im vorliegenden Kontext nicht lediglich ein wirtschaftlicher Begriff ist, sondern daß damit eine ganze Reihe von rechtlichen Konzepten zusammenhängen, die in der Tradition des „common law“ fest verankert sind, wie insbesondere die Betonung persönlicher, individueller Freiheit oder die Gewähr schnellen Zugangs zu Gerichten sowie die Möglichkeit, seine Rechte und Pflichten durchzusetzen. Die fortdauernde Geltung solcher Konzepte wird von der Joint Declaration versichert.

Im einzelnen sieht diese Vereinbarung vor, daß die zukünftige SAR Hongkong direkt der Zentralregierung Chinas untersteht. An die Stelle des britischen Gouverneurs wird der von der chinesischen Zentralregierung ernannte und ihr verantwortliche Chief Executive treten. Der Chief Executive muß Chinese mit unbeschränktem Wohn- und Aufenthaltsrecht in Hongkong sein. Außen- und Verteidigungsangelegenheiten fallen in den Verantwortungsbereich der chinesischen Zentralregierung.

2 „Sino-British Joint Declaration on the Question of Hongkong“ vom 19. Dezember 1984: „Ein sozialistisches System und sozialistische Politik werden nicht praktiziert . . . und . . . Hongkongs bisheriges kapitalistisches System und sein Lebensstil bleiben für einen Zeitraum von 50 Jahren unverändert bestehen.“

Im übrigen wird jedoch der SAR Hongkong ein „hohes Maß“ an Autonomie zugesichert. So bestimmt Artikel 3(3) der „Joint Declaration“: *„The Hong Kong Special Administrative Region will be vested with executive, legislative and independent judicial power, including that of final adjudication.“*<sup>3</sup>

Ferner sollen die derzeit in Hongkong in Kraft befindlichen Gesetze grundsätzlich unverändert fortgelten. Ebenso wird die Aufrechterhaltung Hongkongs als internationales Finanzzentrum zugesichert, die freie Konvertibilität des Hongkong-Dollar, der offene Hafen und die Fortführung Hongkongs als separates Zollgebiet. Hongkong darf aus eigenem Recht internationale Verträge mit anderen Staaten zur Entwicklung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen abschließen. Rechte wie Rede- und Pressefreiheit, Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, Streikrecht, Freiheit der Berufswahl und Glaubensfreiheit sowie das Recht auf Privateigentum sollen ebenfalls in der SAR Hongkong weitergelten. Die englische Sprache wird neben der chinesischen offizielle Sprache bleiben.

International wurde der Vertrag zunächst als ein Bravourstück staatsmännischer Verhandlungskunst gefeiert: Einer der alten kapitalistischen Mächte war es gelungen, mit einem modernen sozialistischen Regime eine akzeptable Zukunft für knapp sechs Millionen Menschen zu verhandeln. Spätestens jedoch seit dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 weisen kritische Stimmen darauf hin, daß mit diesem Vertrag zum ersten Mal in der Geschichte ein demokratisches Land seine Kolonie an ein kommunistisches Regime ausliefert und daß die „Joint Declaration“ keine internationalen Garantien oder Kontrollen vorsieht, die die Einhaltung des Vertrages sicherstellen.

### 3. Hongkongs zukünftiges Grundgesetz – das Basic Law

Die politischen Grundsätze, zu denen sich China in bezug auf die Zukunft Hongkongs nach 1997 in der „Joint Declaration“ verpflichtet hat, wurden vom chinesischen National People's Congress im April 1990 in Form eines Grundgesetzes für die zukünftige Hongkong SAR erlassen. Die Ansichten sind geteilt, inwieweit der Text des Grundgesetzes die Bestimmungen der „Joint Declaration“ völlig und zufriedenstellend umsetzt:

3 Ebd.: „Die Verwaltungszone Hongkong wird mit exekutiven, gesetzgeberischen und unabhängigen gerichtlichen, einschließlich letztinstanzlichen gerichtlichen Vollmachten ausgestattet.“

Bedenken werden geäußert, daß zwar eine Reihe von Vorschriften wirtschaftliche Autonomie zu gewähren scheinen, daß jedoch die Selbständigkeit im Hinblick auf die Schaffung politischer Institutionen beschränkt ist: Zwar akzeptiert das Grundgesetz in Übereinstimmung mit der Vereinbarung die Einführung von Demokratie, aber nur als langfristiges Ziel; die notwendigen Vorschriften zur Schaffung von Demokratie in Hongkong enthält es nicht. Weder der erste Chief Executive noch die Mehrheit des zukünftigen Legislative Council sollen direkt gewählt werden. Erst nach dem Jahre 2007 können wesentliche Änderungen eingeführt werden, wobei jedoch Änderungen hinsichtlich der Ernennungsmethoden des Chief Executive der Zustimmung des National People's Congress in Beijing bedürfen. Die Einführung allgemeiner, direkter Wahlen für den Legislative Council nach dem Jahre 2007 benötigt die Zustimmung des Chief Executive und die Zweidrittel-Mehrheit des Legislative Council. Dies alles bedeutet im Klartext, daß China ein Vetorecht über die fortschreitende Errichtung von Demokratie in Hongkong hat.

Bedenken bestehen weiterhin darüber, daß bestimmte Fragen der Auslegung und Änderungen des Grundgesetzes in den Zuständigkeitsbereich des ständigen Ausschusses des chinesischen National People's Congress fallen. So bestimmt das Grundgesetz, daß die von Hongkong erlassenen Gesetze, soweit sie mit solchen Bestimmungen des Grundgesetzes nicht übereinstimmen, die das Verhältnis Hongkongs mit der Zentralregierung Chinas betreffen, vom Ständigen Ausschuß des National People's Congress an die Hongkonger Legislative zurückgewiesen werden können mit der Folge, daß diese Gesetze ungültig sind. Die Problematik dieser Bestimmungen wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß rechtsstaatliche Verfassungen in der Regel eine *gerichtliche* Kontrolle über den Umfang und die Auslegung der Verfassung vorsehen; selbst unter dem jetzigen Kolonialsystem haben Hongkonger Gerichte die Befugnis, die Kolonialverfassung (d. h. die Letters Patent und die Royal Instructions) auszulegen. Der Ständige Ausschuß des National People's Congress, der für die Auslegung der Verfassung Hongkongs zuständig sein wird, ist jedoch ein politisches und kein gerichtliches Gremium.

Ebenso hat die Vorschrift des Grundgesetzes einige Unruhe verursacht, wonach Hongkong Gesetze erlassen soll, um u. a. subversive Tätigkeiten einschließlich subversiver Meinungskundgebungen sowie ausländische politische Organisationen und deren politische Aktivitäten zu verbieten. Hier

werden schon jetzt Konflikte mit Grundrechten auf Meinungsfreiheit und anderen demokratischen Rechten befürchtet.

#### 4. Die Patten-, „Revolution“

Nach dem Abschluß der „Joint Declaration“ bestand in Hongkong die allgemeine Erwartung, daß rechtzeitig vor 1997 eine im wesentlichen demokratische Verwaltung entstehen würde. China bestand jedoch auf „Konvergenz“, d. h., Großbritanniens Pläne und Vorhaben für Hongkong hatten mit denen Chinas zu konvergieren. Eine Folge dieses Konvergenz-Druckes war und ist, daß Großbritannien akzeptierte, daß nach dem zukünftigen Hongkonger Grundgesetz nicht mehr als 20 Sitze des 60 Mitglieder umfassenden Legislative Council in allgemeinen Direktwahlen 1997 gewählt werden können.

Die von demokratischen Kreisen in Hongkong erbittert geführte Diskussion um weitere Demokratisierung hat schließlich heute, kurz vor 1997, zu einer Situation geführt, in der Großbritannien etwas unternehmen muß, wenn es nicht völlig das Gesicht verlieren will. Dies ist der Hintergrund zu den höchst kontroversen Vorschlägen, die der amtierende Hongkonger Gouverneur Brian Patten gemacht hat, um den Demokratisierungsprozeß in Hongkong zu beschleunigen. Pattens weitreichendster Vorschlag ist, die derzeit indirekte Wahl von Mitgliedern des Legislative Council durch Berufsgruppen so umzugestalten, daß sie *de facto* auf eine allgemeine Direktwahl hinausläuft. Zu diesem Zweck hat der Gouverneur vorgeschlagen, die Anzahl der wahlberechtigten Berufsgruppen nicht nur zu erhöhen, sondern vor allem auch die Basis innerhalb der jeweiligen Berufsgruppen so zu erweitern, daß praktisch jedes Mitglied einer Berufsgruppe wahlberechtigt ist. So soll in Zukunft beispielsweise in der Berufsgruppe der Banken nicht nur der Bankdirektor, sondern auch der Angestellte an der Kasse ein Wahlrecht haben dürfen.

Diese Vorschläge bleiben zwar formal im Rahmen der Vorschriften des Grundgesetzes; die VR China ist jedoch empört, weil sie ihrer Meinung nach auf ein allgemeines Wahlrecht hinauslaufen, das allenfalls erst nach dem Jahre 2007 in Frage kommt.

Die Meinungen innerhalb Hongkongs über diese „revolutionären“ Vorschläge sind geteilt. Während eine Reihe von Hongkongern diesen Demokratisierungsvorstoß begrüßt, sind andere besorgt, daß diese Vorschläge Hongkongs Überleben gefährden.

---

## IV. Ungewisse Zukunft

---

Die Mehrheit der Bürger Hongkongs ist davon überzeugt, daß für ihre Zukunft nicht so sehr der Wortlaut internationaler Verträge entscheidend ist, sondern ihre größte Chance darin liegt, Hongkongs wirtschaftliche Bedeutung für China zu bewahren. Das werde jedoch, so die Meinung vieler Hongkonger, am besten durch die Aufrechterhaltung von Stabilität und Prosperität gewährleistet. Allerdings haben die Ereignisse um das Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 dieses Argument mit einer Reihe von Fragezeichen versehen.

Sichere Prognosen über die Zukunft Hongkongs nach 1997 lassen sich nicht stellen. Die umwälzenden Entwicklungen in der Volksrepublik China seit der Öffnung 1978 mit allen ihren politischen und wirtschaftlichen Unwägbarkeiten haben einen ganz wesentlichen Einfluß auf das Schicksal Hongkongs. China ist allerdings nicht der einzige Faktor, der für Hongkongs Zukunft entscheidend ist.

Es lassen sich eine Reihe von Plus- und Risiko-Faktoren herausarbeiten, die für die weitere Zukunft Hongkongs von Bedeutung sind. Eine endgültige Bewertung dieser Faktoren läßt sich jedoch nicht durchführen.

### Die Plus-Faktoren sind

1. Hongkongs wirtschaftliche Bedeutung für China;
2. die Fortführung der Wirtschaftsreformen in China (die Unwägbarkeiten der chinesischen Wirtschaft sind heute um einiges geringer geworden wegen der Unumkehrbarkeit des Reformprozesses);
3. der Taiwan-Faktor (je erfolgreicher die Zurückführung Hongkongs in chinesische Souveränität ist, desto größere Chancen hat China,

Taiwan von einer Wiedervereinigung mit dem Festland zu überzeugen);

4. der verbesserte Zugang zu den für Hongkongs Wirtschaft wichtigen Ressourcen Chinas durch die Bildung der SAR;
5. die Entwicklung Hongkongs als das entscheidende Service-Center für den südostasiatischen Raum.

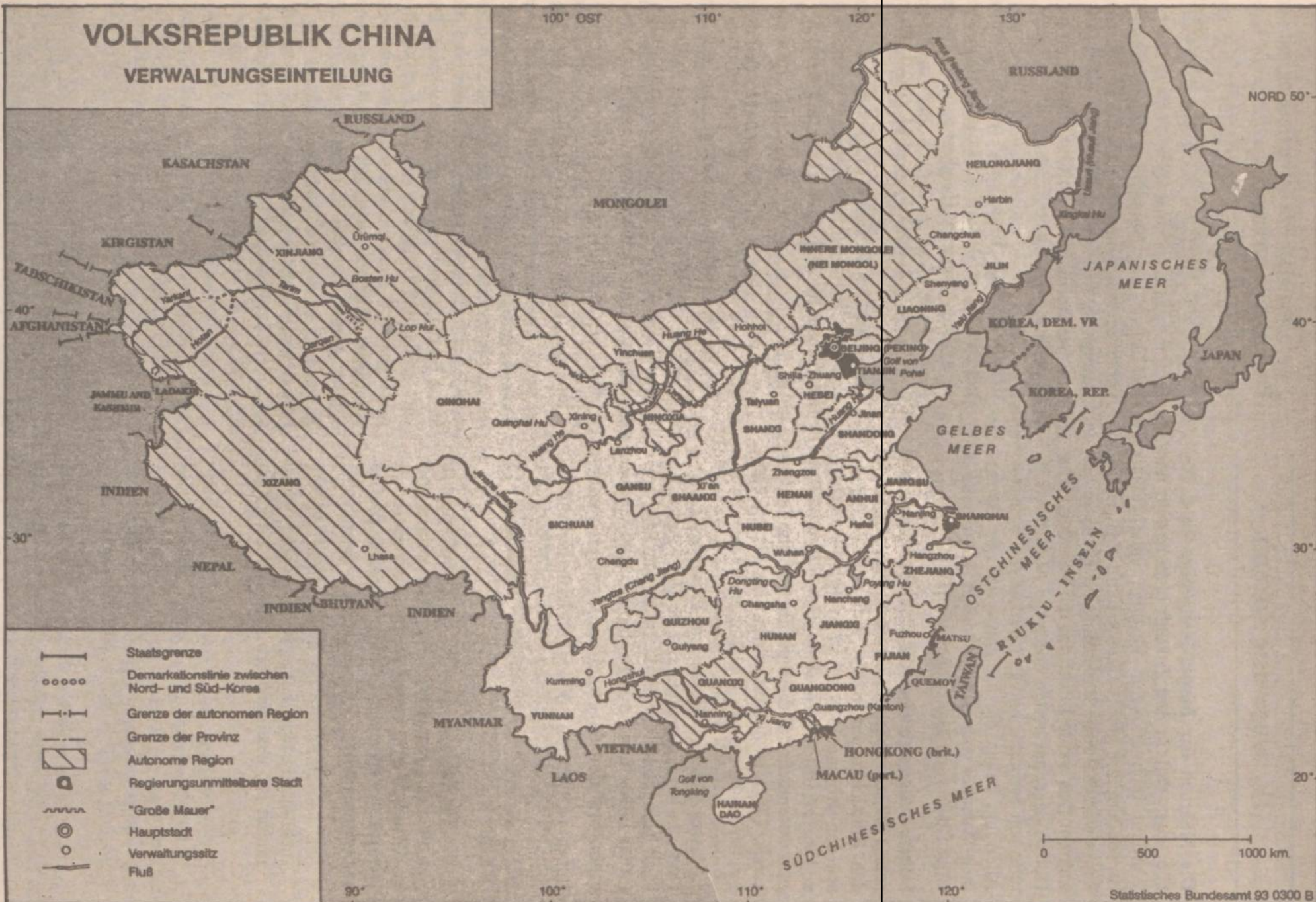
### Die Risiko-Faktoren sind

1. der sogenannte „Braindrain“ (pro Jahr verlassen zwischen 62 000 und 65 000 gut ausgebildete Hongkong-Chinesen Hongkong, um sich anderswo, vor allem in Kanada und Australien, eine zweite Staatsbürgerschaft zu „verdienen“);
2. die steigenden Kosten (Hongkongs Inflationsrate beträgt derzeit zehn Prozent; qualifizierte Arbeitskräfte werden seltener und teurer);
3. Chinas politische Empfindlichkeit;
4. die Konkurrenz durch andere chinesische Städte wie insbesondere Shanghai und die Sonderzone Shenzhen;
5. die Konkurrenz durch andere asiatische Service-Center.

Hongkong kann sicherlich nicht mit einer bevorzugten Behandlung durch die Volksrepublik China rechnen. Chinas Einstellung wird eher die sein, daß es einem kleinen Gebiet, das – ohne die Opfer der revolutionären Jahre durchgemacht zu haben – infolge des China-Handels reich geworden ist, keine besonderen Vergünstigungen schuldet. Das aber heißt, daß Hongkong um sein Fortbestehen weiterhin wird kämpfen müssen. Dabei ist wirtschaftliche Effizienz sicherlich Hongkongs beste Waffe, garantiert aber keinesfalls den Erfolg. Hongkongs in der Vergangenheit immer wieder bewiesene Widerstandsfähigkeit und Flexibilität sind allerdings wichtige Hilfen in diesem Kampf.

# VOLKSREPUBLIK CHINA

## VERWALTUNGSEINTEILUNG



Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Volksrepublik China 1993, Wiesbaden 1993, S. 10.

### Bevölkerungsentwicklung und -dichte \*)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1950	1960	1970	1980	1990	1991		
Bevölkerung .....	Mill.	552,0	662,1	829,9	987,1	1 143,3	1 158,2		
männlich .....	Mill.	286,7	342,8	426,9	507,9	589,0	594,7		
weiblich .....	Mill.	265,3	319,2	403,1	479,2	554,3	563,6		
Sexualproportion .....	Männer je 100 Frauen	108,1	107,4	105,9	106,0	106,3	105,5		
Bevölkerungsdichte, bezogen auf die Gesamtfläche <sup>1)</sup> .....	Einw. je km <sup>2</sup>	57,7	69,2	86,7	103,1	119,4	121,0		
		1950-1960		1960-1970		1970-1980		1980-1990	
Durchschnittliches Bevölkerungswachstum .....	% p.a.	+ 1,8		+ 2,3		+ 1,7		+ 1,5	

\*) Stand: Jahresende.

1) 9 572 900 km<sup>2</sup>.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Volksrepublik China 1993, Wiesbaden 1993, S. 30/31.

### Bevölkerung nach Stadt und Land \*)

Stadt/Land	Einheit	1970	1980	1991
In Städten .....	Mill.	144,24	191,40	305,40
	%	17,4	19,4	26,4
In Landgemeinden .....	Mill.	685,68	795,65	852,80
	%	82,6	80,6	73,6

\*) Stand: Jahresende.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Volksrepublik China 1993, Wiesbaden 1993, S. 38.

### Daten des Arbeitsmarktes \*)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1970	1980	1985	1990	1991
Erwerbstätige .....	Mill.	344,3	423,6	498,7	567,4	583,6
Anteil an der Gesamtbevölkerung .....	%	41,5	42,9	47,1	49,6	50,5
Erwerbstätige in ländlichen Gebieten .....	Mill.	281,2	318,4	370,7	420,1	430,9
Arbeiter und Angestellte in Städten .....	Mill.	62,2	104,4	123,6	140,6	145,1
in Staatsbetrieben .....	Mill.	47,9	80,2	89,9	103,5	106,6
in Kollektivbetrieben .....	Mill.	14,2	24,3	33,2	35,5	36,3
in privaten und halbprivaten Betrieben .....	Mill.	-	-	0,4	1,6	2,2
Selbständige in Städten .....	Mill.	1,0	0,8	4,5	6,7	7,6
Arbeitslose in Städten .....	1 000	5 415	2 385	3 779	3 832	3 522
Personen im Alter von 16 bis 25 Jahren .....	1 000	3 825	1 969	3 090	3 127	2 884
Anteil an den Arbeitslosen .	%	70,6	82,6	81,8	81,6	81,9
Arbeitslosenquote .....	%	4,9	1,8	2,6	2,5	2,3

\*) Stand: Jahresende.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Volksrepublik China 1993, Wiesbaden 1993, S. 55/56.

### Unternehmen des Produzierenden Gewerbes nach Eigentumsformen

1 000

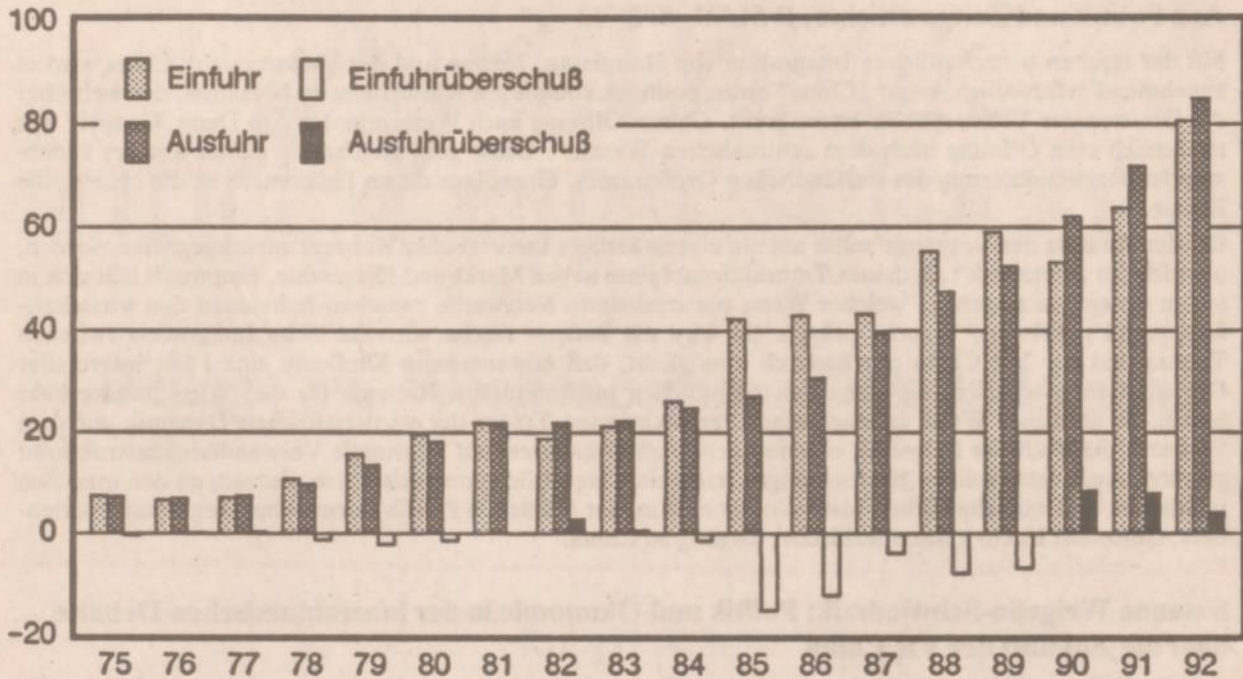
Gegenstand der Nachweisung	1985	1988	1989	1990	1991
Insgesamt .....	5 185,3	8 105,6	7 980,7	7 957,8	8 079,6
staatseigene Unternehmen .....	93,7	99,1	102,3	104,4	104,7
Kollektivbetriebe .....	1 742,1	1 853,0	1 747,0	1 668,5	1 577,2
Private Unternehmen .....	3 347,8	6 148,1	6 124,2	6 176,0	6 386,7
Andere Eigentumsformen	1,7	5,4	7,2	8,8	10,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Volksrepublik China 1993, Wiesbaden 1993, S. 71.

## AUSSENHANDEL VON CHINA

Nationale Statistik

Mrd.US-\$



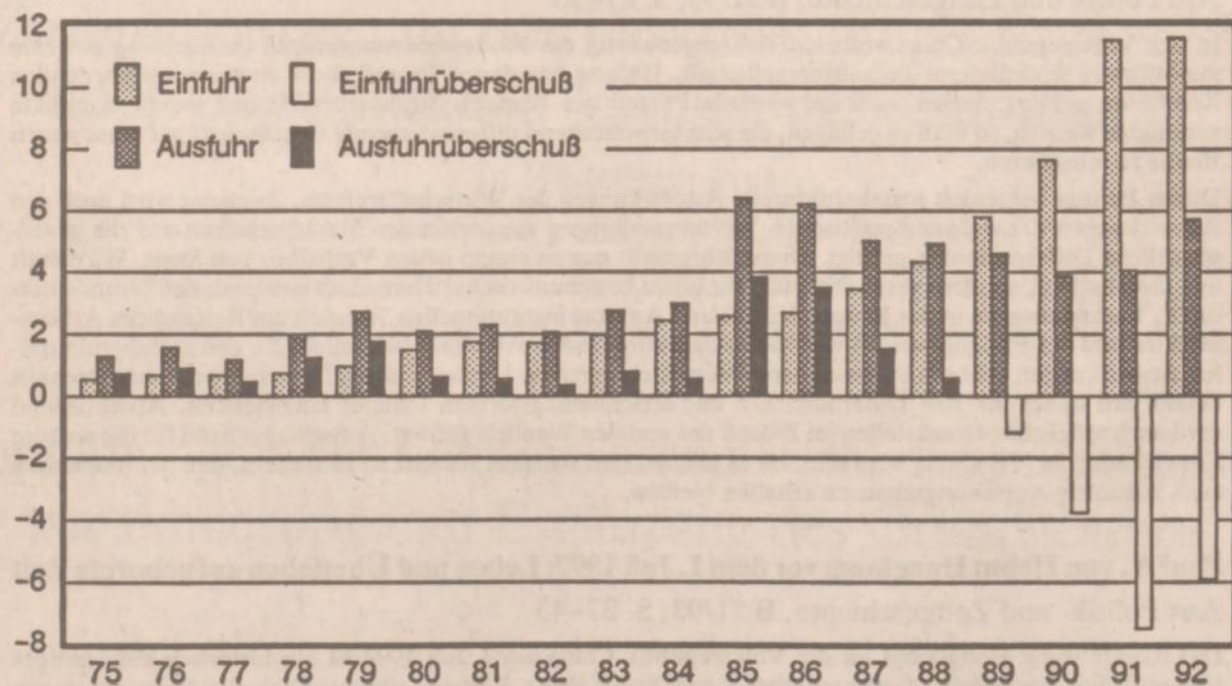
Statistisches Bundesamt 93 0310 B

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Volksrepublik China 1993, Wiesbaden 1993, S. 90.

## AUSSENHANDEL DEUTSCHLANDS MIT CHINA

Deutsche Statistik

Mrd.DM



Statistisches Bundesamt 93 0311 B

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Volksrepublik China 1993, Wiesbaden 1993, S. 99.

## **Carsten Herrmann-Pillath: Kulturell geprägte Wirtschaftsdynamik und politischer Wandel in China**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/93, S. 3–13

Mit der raschen wirtschaftlichen Integration von Hongkong, Taiwan und der Volksrepublik China wird es zunehmend erforderlich, unter „China“ einen politisch komplexen Kulturraum zu begreifen, der weit über die Grenzen der Volksrepublik hinausgreift. Chinas Öffnung nach Westen in der Ära Deng Xiaoping war tatsächlich eine Öffnung nach dem „chinesischen Westen“. Diese geht gleichzeitig einher mit der zunehmenden Regionalisierung des festländischen Großraumes. Grundlage dieses Phänomens ist die chinesische Kultur.

Bei der Analyse der Vorgänge sollte auf ein eigenständiges theoretisches Konzept zurückgegriffen werden, nämlich das „Netzwerk“ als drittes Transaktionsregime neben Markt und Hierarchie. Empirisch läßt sich in vielen Bereichen zeigen, in welcher Weise personalisierte Netzwerke zwischen Individuen den wirtschaftlichen und politischen Wandel prägen. So wird die äußerst rasche wirtschaftliche Integration zwischen Taiwan und der VR China nur dadurch ermöglicht, daß taiwanische Kaufleute eine Fülle informeller Organisationen schaffen, die dann den eigentlichen institutionellen Rahmen für den Wirtschaftsverkehr bieten. In ähnlicher Weise ist auch einer der wichtigsten Träger der wirtschaftlichen Dynamik auf dem Festland, die ländliche Industrie, organisatorisch unter anderem auf informelle Verwandtschaftsstrukturen gestützt. Angesichts solcher Erscheinungen leitet ein China-Bild systematisch irre, das sich an den formalen politischen und wirtschaftlichen Institutionen oder an der offiziellen Politik chinesischer Regierungen orientiert. Gefordert ist ein kulturspezifischer Zugang zu China.

## **Susanne Weigelin-Schwiedrzik: Politik und Ökonomie in der innerchinesischen Debatte über die Zukunft der VR China**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/93, S. 14–26

Die Diskussion über die Reformbewegungen in der ehemaligen Sowjetunion sowie in der Volksrepublik China wird im Westen unter dem Schlagwort „Politik versus Ökonomie“ zusammengefaßt, die VR China für ihre ökonomischen Reformbewegungen „gelobt“, für ihre Passivität im Bereich der politischen Reform jedoch „getadelt“. Der Aufsatz rekonstruiert die innerchinesische Debatte seit der Reise Deng Xiaopings nach Südchina (Frühjahr 1992), stellt diese in den Zusammenhang der jüngsten historischen Entwicklung und formuliert die These, daß Politik und Ökonomie in der VR China so eng miteinander verwoben sind, daß der im Westen favorisierte Ansatz einer Gegenüberstellung von Politik und Ökonomie den Blick auf die Verhältnisse in der VR China verstellt.

## **Jutta Hebel/Günter Schucher: Sozialer Wandel in der Volksrepublik China**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/93, S. 27–36

In der Volksrepublik China vollzieht sich gegenwärtig ein Modernisierungsprozeß in Richtung auf eine marktförmig koordinierte Industriegesellschaft. Bislang hat dieser Prozeß nicht zu systemgefährdenden Konflikten geführt. Sollen auch im weiteren Prozeß des Wandels Strukturbrüche und soziale Konflikte vermieden werden, so muß es gelingen, die sich fortschreitend differenzierende Gesellschaft auf einer neuen Ebene zu integrieren.

Dieser Beitrag behandelt sozialstrukturelle Auswirkungen der Wirtschaftsreform. Zunächst wird nach den Auswirkungen der ordnungspolitischen Weichenstellungen zugunsten der Marktwirtschaft auf die gesellschaftliche Differenzierung gefragt. Diese führt nicht nur zu einem neuen Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, sondern verändert auch die unter kommunistischer Herrschaft entstandenen Grundstrukturen. Veränderungen in der Erwerbssphäre und Ansätze institutionellen Wandels am Beispiel des Arbeitsmarktes und des Bildungswesens werden im darauffolgenden Abschnitt behandelt. Zu den sozialstrukturellen Auswirkungen gehören im besonderen Verschiebungen im Ungleichheitsgefüge. Ein weiterer Abschnitt befaßt sich daher mit den Determinanten und Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit. Abschließend wird nach möglichen Bruchstellen im Prozeß des sozialen Wandels gefragt. Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der VR China wird sein, ob es gelingt, den sozialen Wandel so zu steuern, daß den Menschen auch zukünftig Anpassungschancen erhalten bleiben.

## **Paul A. von Hehn: Hongkong vor dem 1. Juli 1997: Leben und Überleben auf geborgte Zeit**

Aus Politik- und Zeitgeschichte, B 51/93, S. 37–43

Die Rückführung Hongkongs an die Volksrepublik China am 1. Juli 1997 ist ein historisch einzigartiges Ereignis: Ein westliches, demokratisches Land liefert seine Kolonie einschließlich Bevölkerung an ein kommunistisches Regime aus. Garantien oder Absicherungen für die knapp sechs Millionen zählende Bevölkerung gibt es nicht. China hat lediglich die Einhaltung des Konzepts „One country – two systems“ versprochen. Ob Hongkong eine Überlebenschance hat, hängt vor allem davon ab, inwieweit es der Volksrepublik China wirtschaftlich nützt. Bisher ist Hongkongs wirtschaftlicher Erfolg weltweit unumstritten und für Chinas wirtschaftliche Entwicklung von ganz entscheidender Bedeutung gewesen. Ob die dann ehemalige britische Kronkolonie diese Rolle auch in Zukunft erfüllen können, ist nicht sicher. Hongkong wird in jedem Fall hart dafür kämpfen müssen.